

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschnitt“, „Sozialistische Literatur-Bibliothek“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Poststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Zusteller zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu erlöschten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 12 Pf. am Ende 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Verjammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Poststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Zusammenbruch der KPD.

Die ganze Rathausfraktion der KPD. in Fürth tritt zur Sozialdemokratie über.

Nürnberg, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei in Nürnberg und in Fürth ist dieser Tage in eine Werberaktion eingetreten. Sie hat bisher einen sehr schönen Erfolg zu verzeichnen; denn die kommunistische Rathausfraktion von Fürth gibt heute im Nürnberger Parteiblatt folgende Erklärung der Öffentlichkeit bekannt:

„Die politischen Verhältnisse in Deutschland wickeln sich immer ungünstiger für die Lage der Arbeiterschaft aus. Dem kann nur begegnet werden durch eine einige machtvolle Arbeiterpartei. Nach den bisherigen Erfahrungen kann dieses Ziel die kommunistische Partei nicht erreichen. Die Haltung der kommunistischen Partei und die dort um sich greifende Zersplitterung macht sich immer nachteiliger für die gewerkschaftlichen Organisationen und damit für die Arbeiter selbst geltend.

In der klaren Erkenntnis, daß die Sozialdemokratische Partei allein noch die Möglichkeit zu einer Zusammenfassung der Arbeiterschaft und zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion bietet, erklären die Unterzeichneten ihren Übertritt zu dieser Partei. Getreu ihrem Grundsatz, nur den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, sind sie, soweit sie dem Fürther Stadtrat angehören, davon überzeugt, mit diesem Schritt auch im Sinne ihrer Wähler zu handeln. An ihre bisherigen Gefinnungsfreunde und Genossen richten die Unterzeichneten das Ersuchen, ihrem Beispiel zu folgen und durch Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft herzustellen.

gez. Fischer, Bauer, Koch, Scheid, Seeger.“

Damit hat in Fürth die kommunistische Rathausfraktion aufgehört, zu existieren, genau

so, wie das vor einem Jahre in Nürnberg bei der kommunistischen Partei sich ebenfalls abspielte. In Nürnberg und in Fürth gibt es heute keine kommunistischen Gemeindevertreter mehr in den Rathhäusern.

Keine Verständigung zwischen Reich und Ländern.

Berlin, 7. Oktober. (Eigener Funterbericht.)

Die Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder ist am Donnerstag abgeschlossen worden, ohne daß eine Verständigung über die Aufbringung der Mittel zwischen Reich und Ländern erzielt worden wäre. Steuererhöhungen sollen jedoch unter allen Umständen vermieden werden. Warten wir ab!

Auflösung des braunschweigischen Landtags

Braunschweig, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der braunschweigische Landtag hat am Donnerstag beschlossen, sich mit dem 28. November aufzulösen und die Neuwahlen am 27. November stattfinden zu lassen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte, um einen früheren Wahltermin zu erreichen, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, das jedoch mit 24 zu 22 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt wurde. Ein Abgeordneter der Demokratischen Partei fehlte. Die vier Abgeordneten der Wirtschaftspartei, die seit drei Monaten in offener Opposition zur Regierung stehen, veräußerten, die Konsequenzen aus dieser Opposition zu ziehen.

politik auch rein fachlich-volkswirtschaftlich, wie gezeigt wurde, die schwersten Bedenken, und es ist auch von großen Teilen der bürgerlichen Presse, besonders den Blättern, die auf wirtschaftlichem Gebiete als führend gelten, außerordentlich scharfe Kritik an der Anleihepolitik der Reichsbank geübt worden.

Es wäre deshalb geradezu ein Skandal, wenn das Reichskabinett die vorstehend mitgeteilten Anträge des Reichsbankpräsidenten annehmen sollte. Es würde das tatsächlich die Auslieferung der Länder und Gemeinden an das deutsche und ausländische private Großkapital bedeuten. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die deutsche Volkswirtschaft auf dieses Attentat gegen die deutsche Volkswirtschaft unverzüglich aufmerksam gemacht wird und Aufklärung erhält über die überragende Bedeutung, die einem solchen Beschlusse des Reichskabinetts zukommen würde. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch wieder auf die ungeheure Verantwortung hinweisen, die das Zentrum auf sich nehmen würde, wenn es diesen Plänen des Reichsbankpräsidenten zustimmt bzw. ihre Durchführung nicht verhindert. Der Skandal wäre um so größer, als ein solcher Beschluß auch ein leichtfertiges Sichhinweggehen der zuständigen Stellen über die Ansichten der bedeutendsten Fachleute auf diesem Gebiete darstellen würde. Wir sind in Deutschland heute offenbar schon so weit gekommen, daß die Ratschläge der Fachleute nichts mehr gelten, wenn das Interesse irgend einer profitgierigen Kapitalisten-Klique dabei berührt wird.

Das Tragische an der Sache wäre aber, daß in Wirklichkeit ein solcher Beschluß auch nicht den Interessen des deutschen Kapitals dienen würde. Denn wenn auch der Haß gegen die wirtschaftliche Betätigung der Länder und der Gemeinden und deren soziale Arbeit viele Stellen des Großkapitals blind macht gegen die wirtschaftlichen Folgen, die eine solche radikale Beschneidung des langfristigen Auslandskredits für Länder und Gemeinden nach sich ziehen würde, so bleibt es dennoch wahr, daß eine solche Politik die Wirtschaftslage Deutschlands auf das schwerste schädigen muß weil sie die deutsche Wirtschaft in untragbar großem Maße in die kurzfristige Auslandsverschuldung hineinreibt. Heute werden die kurzfristigen Auslandsschulden der deutschen Wirtschaft (vor allem in der Form von Bankkrediten deutscher Firmen bei ausländischen Banken) bereits auf mehrere Milliarden geschätzt. Es besteht also schon heute die Gefahr, daß bei einem Nachlassen der Konjunktur in Deutschland oder bei plötzlichem Ansteigen des Kapitalbedarfs im Auslande die deutsche Wirtschaft ganz plötzlich mehrere Milliarden in kurzer Zeit an das Ausland zahlen muß. Das würde in Deutschland einen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeiführen, dessen Folgen schrecklich sein müßten. Diese kurzfristige Auslandsverschuldung muß aber rapide zunehmen, wenn es möglich wird, daß allein durch den Einspruch der Reichsbank jede langfristige Auslandsanleihe abgewürgt werden kann, zumal die den Auslandsanleihen feindliche Einstellung der Reichsbank feststeht.

In Wirklichkeit würde ein solcher Beschluß aber auch die Diktatur derjenigen deutschen und ausländischen Großunternehmer, die im Verwaltungsrat der Reichsbank vertreten sind, über alle anderen deutschen Unternehmungen begründen. Es wäre jenen Unternehmungen dann möglich, wenn es ihnen aus Konkurrenzgründen wünschenswert erscheint, unter Umständen Konkurrenzfirmen dadurch kaputt zu machen, daß sie durch ihren Einspruch ihnen die Aufnahme einer Auslandsanleihe unmöglich machen. Es würde also tatsächlich die Durchführung dieser Maßnahme auf eine Auslieferung der deutschen Wirtschaft an eine kleine Gruppe deutscher und ausländischer Großunternehmungen hinauslaufen.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß alle diejenigen, die die verhängnisvollen Folgen einer solchen wahnwitzigen Wirtschaftspolitik erkennen, mit aller Kraft gegen diese geplante Maßnahme protestieren.

Verhöhnung zweier kroatischer Parteiführer

Belgrad, 4. Oktober. (Agentur-Nachricht.) Heute, am Abend des Zusammentritts der neuen Kammer, gab die politische Gruppe ihre parlamentarischen Reden ab. Der Tag fand im Zeichen eines aufsehenerregenden Ereignisses, das in einer Unterredung und der Verhöhnung des Führers der Bauernpartei, Stefan Raditsch, und des Führers der unabhängigen Demokraten, Branko Stokich, durch unerschrockene nationale Vertreter die in inspolitischen Fragen zwei diametral entgegengesetzten Richtungen vertrat, bestand.

Schacht will seine Diktatur befestigen

Er beantragt Einstimmigkeit der Zulassungsstelle für die Genehmigung der Auslandsanleihen.

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag fand eine sogenannte Chefbesprechung der Reichsminister statt. Die Beratung galt Fragen der Auslandsanleihe bzw. der beim Reichsfinanzministerium eingereichten Beratungsstelle für Auslandsanleihen und Fragen der Preis- und Lohnpolitik. Mit den Ergebnissen der Besprechung wird sich das Kabinett bereits am Freitag nachmittag beschäftigen.

Der Reichsbankpräsident Schacht war, entgegen anderen Meinungen, bei der Chefbesprechung nicht zugegen. Wie wir erfahren, lagen aber den Beratungen bestimmt formulierte Vorschläge des Reichsbankpräsidenten auf Aenderung der Richtlinien für die Tätigkeit der Auslandsberatungsstelle und auf Aenderung ihrer Organisation vor. Schachts Vorschläge beziehen sich vor allem auf eine Aenderung des gegenwärtigen Abstimmungsmodus in der Beratungsstelle und auf eine Ergänzung der Beratungsstelle selbst. Bis jetzt wurden die Anträge auf Genehmigung einer Auslandsanleihe mit Stimmenmehrheit gutgeheißen. Es konnte also eine Anleihe, wie das ja bei der Preußenanleihe der Fall war, gegen Auffassung und Stimme der Reichsbank genehmigt werden. Die Vorschläge Schachts zielen dahin, daß für die Genehmigung einer Anleihe Einstimmigkeit erforderlich ist. In der Praxis bedeutet das die Ablehnung einer beantragten Anleihe schon für den Fall, daß sich der Vertreter der Reichsbank in der Beratungsstelle gegen die Anleihe ausspricht. Gest das Kabinett auf diesen Vorschlag Schachts ein, dann verleiht es ihm Genehmigung der Auslandsanleihe. Schacht macht ihn zum Diktator. Bis jetzt war auch der Spruch der Beratungsstelle, endgültig und abschließend. Die Schacht'schen Vorschläge sehen hier eine Aenderung vor und zwar soll die Beratungsstelle nach: Das fürhalten des Reichsbankpräsidenten durch eine Beratungsinstanz ergänzt werden. Diese Beratungsinstanz soll aber das Reichskabinett sein. Ein Gegenwärtig gegen die von Schacht verlangte Ein-

stimmigkeit für die Entschliessungen der Beratungsstelle bedeutet die von ihm gewünschte Berufungsinstanz unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht; denn ein Kabinett, das den Schacht'schen Vorschlägen hinsichtlich der Einstimmigkeit in der Entschliessung der Beratungsstelle folgt und Schacht zum Diktator macht, dürfte auch als Berufungsinstanz mit ihm durch Dick und Dünn gehen und gegenüber den rein wirtschaftlichen Fragen, bei denen es sich um Auslandsanleihen handelt völlig versagen.

Kr. Wir haben erst vor ein paar Tagen scharfe Kritik üben müssen an der Anleihepolitik des Reichsbankpräsidenten. Wir haben bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß der Reichsbankpräsident sich langsam zu einem Wirtschaftsdiktator auswächst, der es in der Hand hat, den Ländern und Kommunen ihre Finanzpolitik vorzuschreiben und ihre eigene wirtschaftliche Tätigkeit zu bestimmen. Wir haben weiterhin betonen müssen, daß diese Wirtschaftsdiktatur des Reichsbankpräsidenten tatsächlich auf eine Wirtschaftsdiktatur des privaten Großkapitals (Finanz- und Großindustrie) über die Länder und Gemeinden hinauslaufen muß, da der Reichsbankpräsident seit der Umbildung der Reichsbank in seiner eigenen Stellung nicht mehr selbständig ist, sondern stark abhängig von dem Verwaltungsrat der Reichsbank, in dem vor allen Dingen Vertreter der Großindustrie und der Großfinanz sitzen, und zwar nicht nur der deutschen Großindustrie und Großfinanz, sondern auch der ausländischen Großindustrie und Großfinanz. Da vor allen Dingen die Länder und Gemeinden auf ihre politischen Interessen zu erfüllen haben, und es ferner durchaus im Interesse des Proletariats liegt, daß die öffentliche Hand immer mehr in die Wirtschaft einbringt und sich wirtschaftlich betätigt, so läuft die Möglichkeit der Reichsbank, die Anleihepolitik der Länder und Gemeinden zu beherrschen, auf einen Klassenkampf von oben heraus. Ganz abgesehen davon aber bestehen gegen diese Anleihe-

Aus aller Welt.

Ruppolt stellt sich der Polizei.

Der Berliner Nachschlüssel Paul Ruppolt, der seit Anfang August wegen schwerer Betrübungen und amtlicher Verfehlungen von der Kriminalpolizei gesucht worden ist, fand sich am Dienstag vormittag im Berliner Polizeipräsidium ein, um sich selbst der Polizei zu stellen. Er war in der Nacht aus Paris zurückgekehrt und hatte nur noch wenige Pfennige Bargeld bei sich. Ruppolt hat zahlreiche Nachlässe bestohlen, bares Geld und Wertpapiere veruntreut, Möbel verkauft und den Erlös für sich behalten. Er hat sich in mindestens 25 Fällen große Unterschlagungen zuschulden kommen lassen.

Fabrikantentat.

In einer großen Berliner Graphischen Kunst-Anstalt in der Königsgräberstraße ist in der vergangenen Nacht zum dritten Male ein geheimnisvolles Attentat verübt worden. Unbekannte Täter, die sich nachts Einlass in die Fabrikräume verschafft hatten, haben die wertvollen optischen Gegenstände demoliert und unbrauchbar gemacht.

Eine festschöpfige Einbrecherbande verhaftet.

Den Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine festschöpfige Einbrecherbande zu ermitteln und unschädlich zu machen. Die Ermittlungen bei einem Einbruch in einem Zuvengeschäft in der Friedrichstraße hatten ergeben, daß man es mit Verbrechern zu tun hatte, die in erster Linie sich mit Konfektionseinbrüchen beschäftigten. Es gelang der Kriminalpolizei, die drei an dem Juwelierraub beteiligten Einbrecher zu verhaften und nach längeren Vernehmungen und Nachforschungen die drei anderen Mitglieder der Bande, die gemeinsam eine Reihe großer Konfektionseinbrüche auf dem Kordhoiz hat, festzunehmen.

Notlandung des Verkehrsflugzeuges Berlin—Frankfurt a. M.

Das Verkehrsflugzeug D 597 der Deutschen Luftfahrt-Gesellschaft auf dem Flug Berlin—Frankfurt a. M. infolge Motordefektes in der Nähe des Kinzigheimer Hofes eine Notlandung vornehmen. Bei der Landung sollte das Flugzeug in einen Graben, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde. Führer und Passagiere kamen mit dem Schrecken davon. Die Maschine, deren Fahrwerk und Propeller zerbrochen wurde, mußte abmontiert werden.

Der falsche Schöffe vor Gericht.

Ein Fall, der in der Kriminalgeschichte einzig dasteht, stand am Mittwoch vor einem Berliner Gericht zur Verhandlung. Wegen Zusammenhänger und Urkundenfälschung hatte sich der Angeklagte Mittelstaedt, wegen Verleitung dazu der frühere Kollereibehälter Buttler zu verantworten. Buttler ist seit langem dem Trunke ergeben und es gibt nur ein Urteil über ihn, daß er eigentlich nie nüchtern ist. Er brachte es fertig, in wenigen Wochen 12 000 Mark zu vertrinken. Mittelstaedt, der arbeitslos und mit der Familie Buttler eng befreundet war, erlebte für diese zahlreichen Gänge und Gesäfte. Der Zufall wollte es, daß im vergangenen Jahr das Los eines Schöffens auf Buttler fiel. Zunächst war er ziemlich stolz auf sein Amt, je näher aber der Gerichtstermin kam, desto mehr bekam er mit der Angst zu tun. Auch ein befreundeter Gastwirt vermochte ihn nicht mit der Erklärung zu beruhigen, daß er „bloß Sa und Amen zu sagen“ habe. Buttler trank noch etwas mehr als sonst, legte sich zu Bett und spielte den tranken Mann. Vergebens ließ die Frau den Arzt kommen, um den Mann durch ein Krankheitsattest als Schöffe zu entbinden. Buttler ließ sich nicht unterziehen. Daraufhin überredete Frau Buttler — nach der Angabe Mittelstaedts, sie selbst bestritt es — Mittelstaedt, statt ihres Mannes der Gerichtsschöffe als Schöffe beizuwohnen. Sie gab ihm ein Hemd, zwei Mark, damit er sich rasieren und die Haare schneiden lassen konnte, und noch vier Mark Spesen. Und so erschien Mittelstaedt statt Buttler und waltete des Amtes eines Schöffens und strich auch 12 Mark Schöffengehälter ein. Buttler und Mittelstaedt haben den Rollenwechsel keineswegs geheim gehalten, und so kam es zur Anklage. Vor Gericht rebete sich Mittelstaedt darauf hinaus, daß er sich unter den abwartenden Umständen bei der Vertretung seines Freundes nichts Schlimmes gedacht und lediglich das Gericht vor Scherereien habe bewahren wollen. Buttler entschuldigte sich mit seiner Trunkenheit. Er wisse von gar nichts mehr, er habe damals unter dem Pantoffel seiner Frau gestanden. Als er später zur Beeridigung seiner Mutter nach Ostpreußen reiste, habe sie ihm Rühle, Pferde und Möbel verkauft und sei ausgerückt. Das Urteil fiel für den falschen Schöffen außergewöhnlich schwer aus. Während der Staatsanwaltschaft drei Monate Gefängnis gegen Mittelstaedt beantragte, wurde das Urteil auf acht Monate. Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Buttler wurde seine Trunkenheit zugute gehalten, er kam mit zwei Monaten Gefängnis davon.

Ein Jagdunfall vor Gericht.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht hatte sich gestern der Berliner Universitätsprofessor Dr. Heinrich von Bardeleben wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Prof. von Bardeleben hatte auf der Jagd den Kantinenwirt des Rittergutes Marquardt bei Potsdam angeschossen, der durch die Schußverletzung ein Auge verloren hat. Das Gericht schloß sich dem Gutachten der Sachverständigen an, wonach die Schrotkugeln an einem angeschossenen Rebhuhn abgeprallt seien und sprach Prof. von Bardeleben frei.

Bereitung durch Gemeindefiskus.

In Maadeburg ist eine vierköpfige Familie nach dem Genus von Konventionen schwer erkrankt. An dem Aufkommen eines der Erkrankten wird gezweifelt.

Weniger Katastrophen in Zukunft.

Der bekannte Afrikaner und Wetterprophet Abbe Wörner versichert, daß die Naturkatastrophen und Erderdbeben in den Jahren 1928 abnehmen, 1929 und 1930 noch geringer werden und daß wir von 1931 bis zum Jahre 1934/1935 eine Beruhigung der Erde erwarten dürfen.

Die Flugroute

des Deutschen Ozean-Gruppen-Fluges.



Der deutsche Ozean-Gruppen-Flug. Die Flugroute ist durchgezogen gezeichnet. Die gestrichelte Linie zeigt die Flugroute der Expedition.

Militärischer Aufruhr in Mexiko.



Einige Generale haben mit unterstellten Truppen gegen die Regierung des Präsidenten Calles gemeutert; der Aufruhr scheint jedoch bereits niedergeschlagen zu sein. Präsident Calles, seit Dezember 1924 im Amt, ist bekanntlich Sozialist und Gewerkschafter, und wird deshalb von allen Reaktionsären seines Landes, besonders den militärischen und kirchlichen, entsprechend gehäßt und bekämpft.

Gasvergiftung.

Bei der J. G. Farbenindustrie, Abteilung Offenbach, ereignete sich ein schwerer Unfall. Ein Arbeiter entdeckte eine mit Phosgen gefüllte Gasbombe, die undicht war. Um seine Arbeitskollegen vor dem tödlichen Gas zu retten, rief er laut: „Phosgen!“, worauf diese auch die Arbeitsstätte verließen. Die Gasbombe wurde dann von mit Gasmasken versehenen Arbeitern auf den Hof geschleudert; während die Arbeiter sämtlich unverletzt blieben, fielen bei zwei Chemikern, Fräulein Dr. Gebhardt und Dr. Weber, die im ersten Stock gearbeitet hatten, Vergiftungsercheinungen ein. Fräulein Gebhardt ist inzwischen gestorben. Der Zustand Dr. Webers ist bedenklich.

Präsident Dr. von Pöhlner gestorben.

Der „unkrone König der Bayern“, der Passauer Dompropst und Präsident Dr. von Pöhlner, ist in der Nacht zum Mittwoch, an seinem 75. Geburtstag, an den Folgen einer Bruchoperation gestorben. Pöhlner war als Sohn eines Zimmermanns in einem niederbayerischen Dorf geboren und brachte es in seiner Laufbahn als katholischer Geistlicher bis zum Dompropst und päpstlichen Hausprälaten. Dem Reichstag gehörte er von 1893 bis 1913, dem bayerischen Landtag von 1893 bis 1918 an. Er war einst einer der freistrickesten Geister im Modernistenkampf. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 und der Beseitigung der Monarchie, die Pöhlner als einzig mögliche Lösung hinnahm, zog er sich aus dem politischen Leben zurück, da er sich mit der Neugestaltung der Dinge nicht mehr abfinden vermochte.

B 1230 aufs Meer niedergegangen.

Infolge einer Panne auf der Höhe von Cap Roca sah sich das Juntersflugzeug B 1230 auf seinem Flug von Amsterdam nach den Azoren gezwungen, bei Santa Cruz, 83 Kilometer westlich von Lissabon, zu landen. Nachdem es Hilferufe ausgesandt hatte, schickte die portugiesische Regierung sofort einen Dampfer zur Hilfeleistung ab.

Die spinale Kinderlähmung in Dresden.

Im Stadtbezirk Dresden wurden zwei neue Fälle von spinaler Kinderlähmung beobachtet. Der Gesamtbestand der erkrankten Kinder beträgt demnach sieben. Todesfälle waren bisher nicht zu verzeichnen. In der Stadt Freital wurden bisher drei Fälle von spinaler Kinderlähmung beobachtet. Es handelt sich nunmehr um nicht schulpflichtige Kinder. Einer der Fälle ist tödlich verlaufen.

Eine Autostraße zwischen Norbsee und Mitteländisches Meer.

Die Herstellung einer Autostraße zwischen Hamburg und Rom verbindet eine große Reihe wichtiger Wirtschaftszentren und gestattet eine Fortsetzung nach Süden durch die Schweiz nach Mailand und Genoa, so daß am diese Weise die Nordsee und das Mitteländische Meer verbunden werden würden. Da auf dieser Strecke große Ebenen liegen, so ist auch ein verhältnismäßig billiger Bau möglich. Zur Durchführung des Gedankens ist ein besonderer Verein gegründet worden, dem sämtliche von der Straße berührten Städte, Provinzen und Länder, Verkehrsverbände, industrielle Vereinigungen etc. angehören. Wie Oberbaurat Hoffmeister in der „Wirtschaft“ mitteilt, ist das Projekt schon völlig ausgearbeitet, und man beschäftigt zunächst einzelne Straßen, die besondere Verkehrsbedeutung haben, auszuführen, um zu beweisen, daß das investierte Kapital seine volle Verwertung finden wird.

Berzertlung eines Sonderhändlers.

Das Schwurgericht in Tübingen verurteilte den 57jährigen Geschäftsmann H. Brühl aus Tübingen zu fünf Jahren Zuchthaus wegen verübter Tötung. Der Angeklagte gehörte einer Sonderhändlertruppe an und bestand sich in der Nacht zum 22. Oktober 1922 mit einem anderen Sonderhändler an einer Erkundungstreife. Als die beiden auf einer Straße auf einen Ingenieur W. v. B. trafen, zog Brühl eine pistole armeripolize aus seiner Westentasche und schloß.

Sein Drahtenspiel spielte.

In Tübingen in Württemberg wollte eine Schülerin einen an einem Aufsehbahn befestigten Draht betreten lassen. Im Draht, der 25 Jahre alte Maurer Wilhelm Stiefel war, war ein Draht befestigt, der die Schülerin der Draht betreten ließ. Sie fiel und wurde schwer verletzt. Der Draht wurde sofort entfernt.

Schiffsuntergang auf der Nordsee.

Der schwedische Dampfer „Sermod“, mit einer Erladung von Helsingborg nach Cardiff unterwegs, ist ein Opfer des schweren Sturmes in der Nordsee geworden und anscheinend mit der gesamten Besatzung von 25 Mann untergegangen.

Spritschmuggel in der Lübecker Bucht.

Die Zollfahndungsstellen Riel und Lübeck konnten in der Lübecker Bucht einem neuen Spritschmuggel auf die Spur kommen. Die Persönlichkeiten der Schmuggler waren den Behörden seit langem bekannt. 3000 Liter Spiritus wurden beschlagnahmt.

Ein holländisches Postflugzeug unterwegs nach Niederländisch-Indien.

Leutnant Koppin, der das erste niederländische Postflugzeug von dem holländischen Flugplatz Schiphol nach Niederländisch-Indien führt, ist in Bulhira um 2 Uhr nachmittags gelandet. Er hat die Strecke von Kieppo in acht Stunden zurückgelegt und geht morgen früh 6 Uhr den Flug nach Karachi fort. Leutnant Koppin hat den Flugplatz Schiphol am Sonnabend morgen um 7 Uhr verlassen.

Bombenanschlag in Nizza.

Vor dem italienischen Generalkonsulat in Nizza ist in der Nacht zum Mittwoch eine Bombe explodiert. Es wurde nur Materialschaden angerichtet. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die Aufregung in der Stadt soll sehr groß sein. Von der französischen Regierung sind angesichts der Attentate und Grenzwissensfälle, die sich in den letzten Wochen gewaltig mehrten, außerordentliche Polizeimaßnahmen an der Azurlküste getroffen worden. Die Polizeikräfte wurden in sämtlichen Städten verstärkt. Von Paris wurden drei Polizeikommissare nach Mentone, zwei nach Fontane und einer nach Cannes versetzt. Diesen ist eine ganze Brigade von Pariser Kriminalbeamten zugeteilt worden. Die Präfecten haben scharfe Anweisung erhalten, gegen alle verdächtigen Ausländer vorzugehen. In den letzten Tagen sind zahlreiche neue Ausweisungen erfolgt.

Ein französisches Wasserflugzeug vermisst.

Das zwischen Marseille und Alger verkehrende Wasserflugzeug, das Dienstag früh 8 Uhr in Alger aufgestiegen ist, wird vermisst. Von Marseille ist ein Dampfer zur Absuchung der Strecke abgegangen.

Untergang von Fischerbarken an der bretonischen Küste.

Der Montag hat in Bret vier Fischern das Leben gekostet. Außer einer Barke, die mit ihrem Besitzer vor den Augen der Kameraden und der Mutter des Besitzers unterging, erlitt eine weitere Fischerbark Schiffsbruch, wobei drei Personen ums Leben kamen.

Politischer Nordprozess in Paris.

Am 18. Oktober beginnt in Paris der Prozess gegen Schalom Schwarzbart, der am 25. Mai 1926 in Paris ein Attentat auf den ukrainischen Politiker Peteljura verübt hat. Die Verteidigung Schwarzbarts will das Attentat als Gegenstück zu der Ermordung des türkischen Innenministers Talaat Pascha in Berlin hinstellen, da hier der Täter, der armenische Student Tahtian frei gesprochen wurde, weil er die Tat als Rache seiner Angehörigen ausgeführt hatte, die bei den Armentier-Meleleien umgekommen waren. Die Tat Schwarzbarts soll als eine Folge der furchtbaren Judenprogramm in der Ukraine in den Jahren 1919 und 1920 hingestellt werden.

Der Kampf um die Schachmeistererschaft.

Das achte Spiel um die Schachmeistererschaft zwischen Capablanca und Aljechin in Buenos-Aires endete nach dem 41. Zuge mit remis. Die Stellung der beiden Spieler war völlig ausgeglichen. Der Stand des Spieles ist 2:1 für Capablanca, fünf Partien sind bis jetzt remis.

Eine Ehetragödie.

In Mchabane (Swasiland) tötete ein Mann seine Frau, sowie fünf seiner Kinder, und erhängte sich dann selbst. Die Tat wird Geschäftsstress zugeschrieben.

500 000 Flugkilometer.



Ein außergewöhnliches Fliegerjubiläum feierte am Mittwoch der Verkehrsflieger Max Kahlam, einer der besten und erprobtesten Piloten der Deutschen Luftfahrt. Er hatte an diesem Tage im regelmäßigen Luftverkehr 500 000 Kilometer zurückgelegt. Kahlam ist seit 1915 als Flieger tätig. Nach seiner Rückkehr aus dem Felde als Kriegspiloter ging er sofort zur Handelsluftfahrt über. Er war der erste, der im regelmäßigen Streckenverkehr nach London flog. Auf dem Tempelhofener Flughafen in Berlin wurde Kahlam an seinem Jubiläumstage mit Heut und Glück beglückwünscht.

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Auswahl“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Buchenstraße 11, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Tragelohn + 0.50 Rmt., monatlich 1.75 Rmt. + 86 Pf. Tragelohn + 2.10 Rmt. Durch die Post einfr. Zustellungsgebühren 2.40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlobungs-, Vermählungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Zusammenbruch der KPD.

Die ganze Rathausfraktion der KPD. in Fürth tritt zur Sozialdemokratie über.

Nürnberg, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei in Nürnberg und in Fürth ist dieser Tage in eine Werbeaktion eingetreten. Sie hat bisher einen sehr schönen Erfolg zu verzeichnen; denn die kommunistische Rathausfraktion von Fürth gibt heute im Nürnberg Parteiblatt folgende Erklärung der Öffentlichkeit bekannt:

„Die politischen Verhältnisse in Deutschland wirken sich immer ungünstiger für die Lage der Arbeiterschaft aus. Dem kann nur begegnet werden durch eine einigene machtvolle Arbeiterpartei. Nach den bisherigen Erfahrungen kann dieses Ziel die kommunistische Partei nicht erreichen. Die Haltung der kommunistischen Partei und die dort um sich greifende Zersplitterung macht sich immer nachteiliger für die gewerkschaftlichen Organisationen und damit für die Arbeiter selbst geltend.“

In der klaren Erkenntnis, daß die Sozialdemokratische Partei allein noch die Möglichkeit zu einer Zusammenfassung der Arbeiterschaft und zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion bietet, erklären die Unterzeichneten ihren Übertritt zu dieser Partei. Getreu ihrem Grundsatz „nur den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, über sie, soweit sie dem Fürth auch im Sinne ihrer Wähler zu handeln. An ihre bisherigen Gefinnungsfreunde und Genossen richten die Unterzeichneten das Gesuch, ihrem Beispiel zu folgen und durch Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft herzustellen.“

gez. Fischer, Bauer, Koch, Scheid, Seeger.“
Damit hat in Fürth die kommunistische Rathausfraktion aufgehört, zu existieren, genau

so, wie das vor einem Jahre in Nürnberg bei der kommunistischen Partei sich ebenfalls abspielte. In Nürnberg und in Fürth gibt es heute keine kommunistischen Gemeindevertreter mehr in den Rathäusern.

Keine Verständigung zwischen Reich und Ländern.

Berlin, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder ist am Donnerstag abgeschlossen worden, ohne daß eine Verständigung über die Aufbringung der Mittel zwischen Reich und Ländern erzielt worden wäre. Steuererhöhungen sollen jedoch unter allen Umständen vermieden werden. Warten wir ab!

Auflösung des braunschweigischen Landtags

Braunschweig, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der braunschweigische Landtag hat am Donnerstag beschlossen, sich mit dem 26. November aufzulösen und die Neuwahlen am 27. November stattfinden zu lassen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte, um einen früheren Wahltermin zu erreichen, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, das jedoch mit 24 zu 22 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt wurde. Die vier Abgeordneten der Demokratischen Partei sind seit drei Monaten in offener Opposition zur Regierung stehen, veräumten, die Konsequenzen aus dieser Opposition zu ziehen.

Schacht will seine Diktatur befestigen

Er beantragt Einstimmigkeit für die Genehmigung der Auslandsanleihen.

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag fand eine sogenannte Chefbesprechung der Reichsminister statt. Die Beratung galt Fragen der Auslandsanleihe bzw. der beim Reichsfinanzministerium eingereichten Beratungsstelle für Auslandsanleihen und Fragen der Preis- und Lohnpolitik. Mit den Ergebnissen der Besprechung wird sich das Kabinett bereits am Freitag nachmittag beschäftigen.

Der Reichsbankpräsident Schacht war, entgegen anderen Meinungen, bei der Chefbesprechung nicht zugegen. Wie wir erfahren, lagen aber den Beratungen bestimmte formulierte Vorschläge des Reichsbankpräsidenten auf Änderung der Richtlinien für die Tätigkeit der Auslandsberatungsstelle und auf Änderung ihrer Organisation vor. Schachts Vorschläge beziehen sich vor allem auf eine Änderung des gegenwärtigen Abstimmungsmodus in der Beratungsstelle und auf eine Ergänzung der Beratungsstelle selbst. Bis jetzt wurden die Anträge auf Genehmigung einer Auslandsanleihe mit Stimmenmehrheit gutgeheißen. Es sollte also eine Anleihe, wie das ja bei der Freizinsanleihe der Fall war, ohne Auffassung und Zustimmung des Reichsbankpräsidenten genehmigt werden. Die Vorschläge Schachts zielen dahin, daß für die Genehmigung einer Anleihe Einstimmigkeit erforderlich ist. In der Praxis bedeutet das die Ablehnung einer beantragten Anleihe schon für den Fall, daß sich der Vertreter der Reichsbank in der Beratungsstelle gegen die Anleihe ausspricht. Geht das Kabinett auf diesen Vorschlag Schachts ein, dann versteht es sich von selbst, daß die Anleihe nicht genehmigt werden kann. Bis jetzt war auch der Spruch der Beratungsstelle endgültig und abschließend. Die Schacht'schen Vorschläge sehen hier eine Veränderung vor und zwar soll die Beratungsstelle nach Dafürhalten des Reichsbankpräsidenten auch eine Berufungsinstanz ergänzt werden. Diese Berufungsinstanz soll aber das Kabinett nicht im Gegengewicht gegen die von Schacht verlangte Ein-

stimmigkeit für die Entschlüsse der Beratungsstelle bedeuten, die von ihm gewünschte Berufungsinstanz unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht; denn ein Kabinett, das den Schacht'schen Vorschlägen hinsichtlich der Einstimmigkeit in der Entscheidung der Beratungsstelle folgt und Schacht zum Diktator macht, dürfte auch als Berufungsinstanz mit ihm durch Dick und Dünn gehen und gegenüber den rein wirtschaftlichen Fragen, bei denen es sich um Auslandsanleihen handelt völlig versagen.

Kr. Wir haben erst vor ein paar Tagen scharfe Kritik über müssen an der Anleihepolitik des Reichsbankpräsidenten. Wir haben bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß der Reichsbankpräsident sich langsam zu einem Wirtschaftsdiktator auswächst, der es in der Hand hat, den Ländern und Kommunen ihre Finanzpolitik vorzuschreiben und ihre eigene wirtschaftliche Tätigkeit zu bestimmen. Wir haben weiterhin betonen müssen, daß diese Wirtschaftsdiktatur des Reichsbankpräsidenten tatsächlich auf eine Wirtschaftsdiktatur des privaten Großkapitals (Finanz- und Großindustrie) über die Länder und Gemeinden (Finanzanstalten) der Reichsbankpräsidenten seit der Umbildung der Reichsbank in seiner eigenen Stellung nicht mehr selbständig ist, sondern stark abhängig von dem Verwaltungsrat der Reichsbank, in dem vor allen Dingen Vertreter der Großindustrie und der Großfinanz sitzen, und zwar nicht nur der deutschen Großindustrie und Großfinanz, sondern auch der ausländischen Großindustrie und Großfinanz. Da vor allen Dingen die Länder und Gemeinden auch vorläufige finanzielle Aufgaben zu erfüllen haben und es ferner durchaus im Interesse des Proletariats liegt, daß die öffentliche Hand immer mehr in die Wirtschaft eintritt und sich wirtschaftlich betätigt, so läuft die Möglichkeit der Reichsbank, die Anleihepolitik der Länder und Gemeinden zu beherrschen, auf einen Klassenkampf vor, wenn heraus-Gang abgesehen davon aber bestehen gegen diese Anleihe-

politik auch rein sachlich-volkswirtschaftlich, wie gezeigt wurde, die schwersten Bedenken, und es ist auch von großen Teilen der bürgerlichen Presse, besonders den Blättern, die auf wirtschaftlichem Gebiete als führend gelten, außerordentlich scharfe Kritik an der Anleihepolitik der Reichsbank geübt worden.

Es wäre deshalb geradezu ein Skandal, wenn das Reichskabinett die vorstehend mitgeteilten Anträge des Reichsbankpräsidenten annehmen sollte. Es würde das tatsächlich die Auslieferung der Länder und Gemeinden an das deutsche und ausländische private Großkapital bedeuten. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die deutsche Öffentlichkeit auf dieses Attentat gegen die deutsche Volkswirtschaft unverzüglich aufmerksam gemacht wird und Ausklärung über die überragende Bedeutung, die einem solchen Beschlusse des Reichskabinetts zukommen würde. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch wieder auf die ungeheure Verantwortung hinweisen, die das Kabinett auf sich nehmen würde, wenn es diesen Plänen des Reichsbankpräsidenten zustimmt bzw. ihre Durchführung nicht verhindert. Der Skandal wäre um so größer, als ein solcher Beschluß auch ein leichtfertiges Sichhinwegsehen der zuständigen Stellen über die Ansichten der bedeutendsten Fachleute auf diesem Gebiete darstellte. Wir sind in Deutschland heute offenbar schon zu weit gekommen, daß die Ratschläge der Fachleute nichts mehr gelten, wenn das Interesse irgend einer profitgierigen Kapitalisten-Ligue dabei berührt wird.

Das Tragische an der Sache wäre aber, daß in Wirklichkeit ein solcher Beschluß auch nicht den Interessen des deutschen Kapitals dienen würde. Denn wenn auch der Haß gegen die wirtschaftliche Betätigung der Länder und der Gemeinden und deren soziale Arbeit viele Stellen des Großkapitals blind macht gegen die wirtschaftlichen Folgen, die eine solche radikale Verschneidung des langfristigen Auslandskredits für Länder und Gemeinden nach sich ziehen würde, so bleibt es dennoch wahr, daß eine solche Politik die Wirtschaftslage Deutschlands auf das schwerste schädigen muß weil sie die kurzfristige Auslandsverschuldung hineintreibt. Heute werden die kurzfristigen Auslandsschulden der deutschen Wirtschaft (vor allem in der Form von Bankkrediten deutscher Firmen bei ausländischen Banken) bereits auf mehrere Milliarden geschätzt. Es besteht also schon heute die Gefahr, daß bei einem Nachlassen der Konjunktur in Deutschland oder bei plötzlichem Ansteigen des Kapitalbedarfs im Auslande die deutsche Wirtschaft ganz plötzlich mehrere Milliarden in kurzer Zeit an das Ausland zahlen muß. Das würde in Deutschland einen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeiführen, dessen Folgen schrecklich sein müßten. Diese kurzfristige Auslandsverschuldung muß aber rapide zunehmen, wenn es möglich wird, daß allein durch den Einspruch der Reichsbank jede langfristige Auslandsanleihe abgewürgt werden kann, zumal die den Auslandsanleihen feindliche Einstellung der Reichsbank feststeht.

In Wirklichkeit würde ein solcher Beschluß aber auch die Diktatur derjenigen deutschen und ausländischen Großunternehmen, die im Verwaltungsrat der Reichsbank vertreten sind, über alle anderen deutschen Unternehmungen begründen. Es wäre jenen Unternehmen dann möglich, wenn es ihnen aus Konkurrenzgründen wünschenswert erscheint, unter Umständen Konkurrenzfirmen dadurch kaputt zu machen, daß sie durch ihren Einspruch ihnen die Aufnahme einer Auslandsanleihe unmöglich machen. Es würde also tatsächlich die Durchführung dieser Maßnahme auf eine Auslieferung der deutschen Wirtschaft an eine kleine Gruppe deutscher und ausländischer Großunternehmen hinauslaufen.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß alle diejenigen, die die verhängnisvollen Folgen einer solchen maßlosen Wirtschaftspolitik erkennen, mit aller Kraft gegen diese geplante Maßnahme protestieren.

Verführung zweier sozialistischer Parteiführer

Belaab, 4. Oktober. (Agentur Bala.) Heute am Abend des Zusammentritts der neuen Kammer haben die beiden Gruppen ihre parlamentarischen Gruppen gebildet. Der Tag fand im Zeichen eines außerordentlichen Ereignisses, das in einer Unterbrechung und der Veränderung des Bundes der Bauernpartei, Stefan Radlitz, und der Bauernpartei der unabhängigen Demokraten, Dr. K. H. H. H., selber unvorstellbare politische Wendungen herbeiführte, bestand.

Die Schleier fallen!

Weitere Einzelheiten über den ersten Hitlerputsch.

München, 8. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der zweite Tag des parlamentarischen Untersuchungs-ausschusses des Bayerischen Landtages brachte ein vierstündiges Referat des Mitberichterstatters Genossen Dr. Hoegner, der anhand der Akten über alle Einzelheiten der Putschgeschichte vom 1. Mai 1923 berichtete. Zunächst auf seinen Protokollnach der Kampferbände über die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Kampferbände vom 4. Februar bis 30. April 1923. Als politischer Leiter in dieser Arbeitsgemeinschaft fungierte der frühere deutschnationale Justizminister Dr. Roth, als militärischer Leiter Kriebel, als Führer des ausschlaggebenden Verbandes der Nationalsozialisten Hitler. Ferner waren eine Reihe Leute von den übrigen vaterländischen Verbänden sowie aktive Reichswehr-offiziere beteiligt, darunter der Festungs-kommandant von Ingolstadt, Oberleutnant Hoffmann. Der Zweck der Sitzung war, ein einheitliches Ziel der Kampferbände für „innere Reinigung“ festzulegen und die Staatsregierung durch ständigen Druck diesem Ziel geneigt zu machen. Von Anfang an wurde die Umgestaltung der Staatsregierung im Sinne der Kampferbände betrieben. Es sollten insbesondere Innenminister Dr. Schwegler und der Polizeipräsident Kory verschwinden. Bemerkenswert ist, daß diese nationalsozialistische bereits Verbindung mit dem damaligen Reichsminister Cuno unterhielt. Für die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaft sorgte neben Herrn Keller, dem Vorsitzenden der vaterländischen Verbände Münchens, vor allem auch Kommerzienrat Zenz. Bereits in der Sitzung vom 11. April wurde die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft ausdrücklich interpretiert, daß eine Gewähr für den Weiterbestand der bayerischen Regierung nicht übernommen wird. Hitler war auch für die Aufnahme des Kampfes gegen die bayerische Volkspartei, denn auch sie pflege aus dem letzten Loch. Als der Staatsgerichtshof in Leipzig gegen Hitler, Meger und Dietrich Eardt Verhaftungsbefehle erteilte, wollte die Arbeitsgemeinschaft schon damals die bayerische Regierung zwingen, die Verhaftungsbefehle nicht durchzuführen und das Republikanengesetz für Bayern aufzuheben. In der Sitzung vom 20. April wurde beschlossen, die Weisung der Gewerkschaften zu verhindern. Die Staatsregierung wurde unter Druck gesetzt und zum den Verbänden insofern entgegen, als sie den geplanten Märschverbot und nur Teilzüge zum Festzug gestattete. In der Sitzung vom 30. April wurde die Sachlage besprochen und beschlossen, nachdem Hitler zur aggressiven Vorgehen eingetreten war:

Die Aktion wird bewaffnet gemacht.

Der Landeskommandant wurde verständigt. Die Vertreter der Verbände begaben sich sodann zum Landeskommandanten von Lossow und verlangten von ihm die Herausgabe von Waffen, um die Züge der Arbeiter gewaltlos auseinanderzulassen. Lossow erklärte bei den Verhandlungen, daß er die Waffen nicht herausgibt. Von der Aktion der Kampferbände gegen die Weisung der Gewerkschaften wurde auch der Polizeipräsident Kory durch Kriebel verständigt. Kory sollte ersucht werden, die Notpolizei aufzurufen, die aus den vaterländischen Verbänden und dem Bund Oberland bestand. Die Notpolizei war verpflichtet, im Falle von Unruhen sich der Staatsregierung zur Verfügung zu stellen. In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 30. April war aber bereits vereinbart worden, daß die vaterländischen Verbände München und Oberland unter dem Deckmantel als Notpolizei die Kampferbände unterstützen sollten. Der Polizeipräsident warnte nachdrücklich vor bewaffnetem Vorgehen. Er setzte sich auch mit dem Rektor der Universität, Weiskopf, in Verbindung, damit dieser die Studenten von einem Auftreten gegen die Staatsregierung abhalte. Dem Polizeipräsidenten wurde schließlich das Zugeständnis abgerufen, daß die Notpolizei für den 1. Mai von ihm tatsächlich aufgerufen wird und daß sie niemals gegen rechts eingeseht wird. Den Ausführungen der Bezirksführer der vaterländischen Verbände entnahm der Polizeipräsident, daß die Arbeiter in München am 1. Mai in den Straßen zusammengedrängt und wie tolle Hunde niedergeschossen werden sollten. Diese Feststellung machte der Polizeipräsident in seinem amtlichen Bericht an den Staatsanwalt. Gleichzeitig, also am 30. April, hatte Dr. Roth im Auftrage der Kampferbände wiederholt Verträge unternommen, den Innenminister zur Verhängung des Ausnahmezustandes zu veranlassen. Bei einer Besprechung Roths mit Knilling und Schwegler kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den beiden Ministern. Knilling war geneigt, den Forderungen der Kampferbände entgegenzukommen, während Schwegler sich auf den Boden der Staatsautorität stellte. Die Kampferbände hatten sich in den Unterredungen mit den Ministern immer darauf berufen, daß am 1. Mai ein Kommunistenputsch zu befürchten sei. Die abenteuerlichsten Gerüchte wurden von ihnen aufgeschleppt, zum Beispiel daß die Münchener Arbeiter am 1. Mai München überfallen wollten, daß bereits 5000 Arbeiter in der Nähe Münchens einquartiert seien um. Es wurde amtlich nachgewiesen, daß alle diese Meldungen glatt erfunden waren. Inzwischen hatten die Kampferbände ihre militärischen Rüstungen für den 1. Mai in die

Weg geleitet. Die vaterländischen Verbände wurden durch Befehl ihrer Bezirksführer für den Morgen des 1. Mai alarmiert. Auch Häuserwachen sollten mitgebracht werden. Ein ähnliches Befehl erteilte der Bund Oberland. Die Nationalsozialisten hatten ihre auswärtsigen Stützpunktführer am 28. April in München zusammengerufen und den Aufruf durch Verteilung von Briefen für den 1. Mai verbreitet. Diese Telegramme gingen am 30. April mittags ins Land hinaus. Als Zweck der Alarmierung wurde der Schutz der Staatsregierung ausgedrückt.

Darauf legten sich aus ganz Bayern nationalsozialistische Truppen, zum Teil in voller Bewaffnung, gegen München in Marsch.

Es waren insgesamt etwa an die tausend Mann. In München wurden die Nationalsozialisten für den 30. April, abends 7 Uhr, mit roten Alarmzetteln alarmiert. Das bedeutete nach Aussagen zweier militärischer Führer, daß die Gewerkschaften sich auf den Kampf eingestellt hätten. Göring erklärte unter anderem, daß bei der Alarmierung mit roten Zetteln der Tag der Abrechnung mit dem inneren Feind gekommen sei. Kriebel hatte sich inzwischen einen militärischen Weisung für den 1. Mai ausgearbeitet, der an die Unterführer weitergegeben wurde. Die Hauptpunkte dieses Weisungs lauteten: Die Arbeitsgemeinschaft der Kampferbände wird die Ausführung roter Fahnen bei der Märschfeier verhindern und die Einzelzüge zerstreuen. Die Aufgabe ist ohne Säuwaffen zu lösen. Macht der Gegner von Säuwaffen Gebrauch, so ist der Widerstand mit den gleichen Waffen zu treffen. Jede Gruppe nimmt auf Balkenstrangen leichte und schwere Maschinen-gewehre, sowie Gewehre mit ausreißender Munition mit. Jede Gruppe sorgt für entsprechende Sanitätsausstattung und Mitnahme von Ärzten. Als Aufstellungsplätze waren den Kampferbänden die gleichen Plätze zugewiesen, an denen sich die Gewerkschaften zu ihrem Festzug aufstellen wollten und die in dem Etat der Gewerkschafts-kassens öffentlich bekannt gemacht worden waren. Die Kampferbände rechneten also nach Aussage des Hauptmanns Seibel damit, daß beim Heranziehen der roten Abteilungen Schlägereien entstehen würden. In Erwartung von Straßen-kämpfen waren am Abend des 30. April in München eine Unmenge Flugblätter verteilt worden, in denen unter anderem auf-gesordert wurde, daß Frauen und Kinder von der Straße weg-ziehen sollten. Die Bevölkerung wurde durch Erinnerung an die Notzeit aufgehetzt. Diese Vorgänge veranlaßten den Ministerpräsidenten, nach auswärts Reichswehr und Landespolizei nach München herbeizuholen. Knilling war demselben nach Berlin gereist. Der Ministerpräsident lehnte nach wie vor die Verhängung des Ausnahme-zustandes ab. Am Abend des 30. April lehnte infolge Einwirkung des Universitätsrektors die Studentenschaft eine Beteiligung an dem geplanten Aufbruch ab. Daraufhin mußte Zenz für seine Organisation die Beteiligung ablagen. Er schrieb infolgedessen dem militärischen Oberbefehlshaber der Kampferbände Kriebel, daß sich seine Leute an der Sache gegen den Polizeipräsidenten und die Staatsregierung nicht beteiligen würden. Nach einer Mitteilung, die Kriebel im Laufe der Nacht erhielt, gingen auch die vaterländischen Verbände Münchens nicht aus ihren Läger heraus. Daraufhin traten die Truppen der Kampferbände gegen 3 Uhr früh den Marsch nach Oberwiesenfeld an. Im Morgen-grauen drangen sie unter Mißbrauch von Ausweisen in die schwach gesicherte Kaserne der Reichswehr und holten Waffen aller Art auf Balkenstrangen heraus, sogar Geschütze der Reichswehr verschleppten sie, allerdings vergeblich, herauszubringen und weg-zuschleppen. Besondere Mühe machten sie sich, einen Panzer-wagen in ihre Hände zu bekommen, den sie von einer Reparaturwerkstätte mitten durch die Landespolizei hindurch in das Kaserneviertel hinausgefahren hatten. Infolge des Ein-spruchs von Reichswehroffizieren wurde der Panzerwagen schließlich den Kampferbänden entzogen. Seit dem Morgen traten von allen Seiten die Mitglieder der Kampferbände auf dem Oberwiesenfeld zusammen, wo sie weiter bewaffnet wurden. Die Angaben über die Zahl der Bewaffneten schwankt nach den Angaben zwischen 8000 und 8000 Mann. Ihre Bewaffnung bestand im wesentlichen aus leichten und schweren Maschinen-gewehren, sowie Handgranaten und Minen-werfern. Zur Sicherung des Aufmarsches sperrten im ganzen Kaserneviertel Schützenketten die Straßen ab, führten die Knotenpunkte der Straßen mit leichten und schweren Maschinen-gewehren. Gleichzeitig übten geschlossene Formationen der Landespolizei und der Reichswehr neben den Kampferbänden, Offiziere hielten gegenseitig Besprechungen ab. Auf Grund dieser Sachlage gab der Innenminister Dr. Schwegler wiederholt den Befehl aus, die irregulären Kampferbände zu entwaffnen und aufzulösen. General Danner, der den Oberbefehl über Reichswehr und Landespolizei übernommen hatte, führte auf Grund der Weisungen des Polizeiministers die Ein-streifung der Kampferbände auf dem Oberwiesenfeld durch. Um einen Durchbruch der bewaffneten Verbände gegen die Theresienwiese, wo die Märschfeier stattfand, zu verhindern, wurden die Abmarschstraßen vom Oberwiesenfeld abgeriegelt und Befehl gegeben, bewaffneten Widerstand mit der Schakotte zu brechen. Dieser Befehl wurde den Nationalsozialisten durch einen Reichswehroffizier sofort wieder erteilt. Jetzt entschloß sich Hitler, seine Aktion abzubrechen. Die Polizei gewährte, nachdem er

sich verpflichtet hatte, die Waffen abzulegen, freien Abzug. In kleinen Trupps zogen die Nationalsozialisten in die Stadt, wo es zu gelegentlichen kleinen Zusammenstößen mit den Arbeitern kam. Am Abend des 1. Mai hielt Hitler dann eine Versammlung seiner Anhänger im Zirkus Krone ab, und seine Unterführer kündigten der Staatsregierung, daß sie den Tag nicht zur Durchführung der inneren Reinigung benutzt hätte.

Wegen dieser Vorgänge kam es auf Veranlassung des Innenministers Dr. Schwegler und des Landrats zur Ein-leitung des Strafverfahrens gegen Hitler und Genossen wegen Vergehens nach § 127 des Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch). Die Vernehmungen waren am 1. August 1923 abgeschlossen. Das Verfahren wurde aber erst am 22. Mai 1924 eingestellt, und zwar auf Grund der Ermittlung. Novelle, die erst am 1. Januar 1924 in Kraft getreten war. Im Anschluß an Aussagen Hitlers im Münchener Luppel-Strascher-Prozess vom Dezember 1923 wurde gegen Hitler auch ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet. Die politische Abteilung der Polizeidirektion hatte Hitler wegen Meineides in 15 Fällen angezeigt. Auch diese Verfahren wurden im Dezember 1923 eingestellt.

Nach der Berichterstattung Hoegners unternahm das deutliche nationale Mitglied des Untersuchungsausschusses eine Entlastungs-offensive zugunsten des Justizministers Gurtner. Der deutschnationale Stationsführer Schmiedt verächtliche in der unglücklichsten Weise die beiden Bericht-erstatter, indem er ihre Referate als oberflächlich und einseitig bezeichnete, obgleich er zugestehen mußte, daß er die Akten selbst gar nicht kannte. Es kam wiederholt zu scharfen Zusammenstößen. Das Ergebnis war schließlich der einstimmige Beschluß des Ausschusses, bereits in der Freitagsitzung als Zeugen zu vernehmen: den Justiz-minister Gurtner, den Landgerichtspräsidenten Stengel, den Landgerichtsrat Dresse und den Ministerialrat Dürr. Durch ihre Aussagen soll der unehrerliche Justizskandal geklärt werden, bei dem behauptet wurde, daß durch geschwändriges Eingreifen des Justizministers Gurtner das Strafverfahren gegen Hitler und Genossen gehemmt und schließlich eingestellt wurde. Die Ver-eidigung dieser vier Zeugen wird nicht vor ihrer Vernehmung, sondern erst in einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden.

Das Schulgesetz vor dem Reichsrat.

Wahrscheinlich eine Mehrheit für die preussischen Entwürfe vorhanden.

Berlin, 7. Oktober. (Eigener Fundbericht.)

Der zuständige Ausschluß des Reichsrats wird nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ voraussichtlich noch heute die erste Lesung des Reichsschul-gesetzes zu beschließen. Die zweite Lesung soll dann am Montag nächster Woche beginnen. Die Ver-abschiedung des Gesamtentwurfes im Plenum des Reichsrates ist nach der gleichen Quelle für den kommenden Donnerstag in Aussicht genommen. Werden die genannten Termine eingehalten, dann dürfte bestimmt mit dem Zusammen-tritt des Reichstages am 17. Oktober zu rechnen sein.

Allem Anschein nach findet sich im Reichsrat für die preussischen Entwürfe zum Schulgesetzentwurf der Bürgerhoch-schule eine Mehrheit. Unglücklich ist dann damit zu rechnen, daß die Reichsregierung dem Reichsrat zwei Entwürfe, und zwar ihren eigenen und den Entwurf in der Fassung des Reichsrats zur Beschlußfassung vorlegt.

Internationale sozialistische Zoll-Konferenz am 15. Oktober.

Paris, 6. Oktober. Der ständige Verwaltungsaus-schluß der Sozialistischen Partei beschloß gestern, die geplante internationale Zollkonferenz, an der Sozialisten aus Deutschland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Frankreich teilnehmen, auf den 15. und 16. Oktober nach Paris einzuberufen.

Die Abberufung Katsorffis erneut verlangt.

Paris, 6. Oktober. Havas berichtet: Infolge der von der Telegraphenagentur der Sowjetunion veröffentlichten Meldung über den diplomatischen Schritt des französischen Botschafters in Moskau Herbert de Tschischerin und in dessen Abwesenheit bei Litwinow hat Briand gestern abend neue Weisungen an den französischen Bot-schaftler in Moskau übermittelt, damit dieser auf neue neue Vertreter der Sowjetunion zur Kenntnis bringe, daß die französische Regierung Katsorffis nicht mehr als persona grata betrachte und die Entsendung eines neuen Sowjetbotschafters nach Paris erwarte.

Die Kämpfe in China.

Die Nordtruppen weiter im Rückzug.

Peking, 5. Oktober. (Reuter.) Nach hier eingegangenen Nach-richten befinden sich die Nordtruppen auch an der südwestlichen Front im Rückzug. Sie haben Pao tching fu erobert, das 100 Meilen südwestlich Peking an der Eisenbahn-strecke Peking-Hankow liegt. Der Rückzug soll auf die Anwesenheit relativ geringer Streitkräfte zurückzuführen sein, die aus der Provinz Schansi vorgestoßen sind und die Ver-bindungslinien der Nordtruppen bedrohen.

Der falsche Welt.

Leben und Abenteuer von Harry Dowela.
Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben
Januar bis Juni 1927.
Copyright 1927 by Rast-Verlag K.-G., Berlin W. 50.
(Nachdruck verboten.)

Was mich zuerst bestrich hatte, verlief nach und nach seine Bedeutung, — und der Grund, den ich nun von ihnen gewann, war nicht der beste.
Bisweilen wäre ich nicht so leicht zu dem nächsten Wesen dieser Weltentele vorgetragen, hätte ich eines Tages nicht die Bekanntschaft eines Barons L., eines österreichischen Adligen, gemacht, der sich damals für kurze Zeit in Potsdam zu Besuch aufhielt. Er war ein lustiges Haus, trotz der sechzig Jahre, die er haben mochte. Vor dem Kriege hatte er als Hofmaler gewirkt. Die „Jura aller Reichen“ hatte er porträtiert, den deutschen Reichskanzler, eine Legion von Erbknechten und Erbknechtinnen, die Mächtigen der New Yorker Wallstreet, den Präsidenten Roosevelt, die vornehmsten Mitglieder des englischen Hofes.
Die Unterhaltung mit diesem seltsamen und reichen Mann, der nicht müde wurde, seinen Witz an vielen Gelegenheiten auszuspielen, war für mich in mehr als einer Hinsicht von Nutzen. Hätte ich jetzt in der vornehm abgelebten Gesellschaft dieser Weltentele eine gewisse Unzufriedenheit nicht antedrahen können, so gewann ich in der Zeit mit ihm, je berühmter ich die Schwächen und Uebertreibungen dieser Welt sah, eine solche Distanz, ein solches Gefühl der Überlegenheit, daß ich mich noch mehr wunderte, wie sie ihren Willen einem so lebenswichtigen und zerknirschenden Volke hatten aufzuzwingen können.
Als dieser seltsame Mann abreiste, war ich an dem Tag schon wieder in Potsdam. Ich hatte mir ein Zimmer in einem kleinen Haus am Rande der Stadt genommen. Ich kannte dort keinen Menschen, und ich war noch ganz unbekannt.
Ich kannte dort keinen Menschen, und ich war noch ganz unbekannt.
Ich kannte dort keinen Menschen, und ich war noch ganz unbekannt.

mich an einem der nächsten Tage von einem Fräulein v. B., einer auffallend schönen Blondine, in die Stube eines spiritistischen Klubs schleppen ließ.

In einem Hotelzimmer, an einem großen, langen Balkenbalken, traf ich die ganze noble Potsdamer Gesellschaft. An den kleinen Tischen saßen die einfachen Leute. Ich mußte einen ellenlangen Vortrag über Indien, die Rosenkreuzer und ähnliche Dinge über mich ergehen lassen. Am Schluß trat ein Redner auf, der von allem möglichem sprach und unvermittelt auf einmal Ansetzung — zum Kartentischen gab! Er kannte seine lieben Zuhörer. Ich freute mich höchlich über die feierlichen Geheißer der Anwesenden. Fräulein v. B. überreichte mir die Namen zu: „Gezellen v. D. Oberst v. G. Grafin W., ihre Freundin, Frau Major... Frau v. St., General v. R.“, so ging es endlich. Alles hohe Offiziere und alle Schachteln. Steif und gemessen, kerpengerade, mit nichtslegendem, angepanntem Gesichtsausdruck, saßen sie wie auf einem Präsidentenstuhl da. Eine wirklich interessante Versammlung! Nach Schluß des Vortrags wurde ich überredet, heranzuschreiten und vorzutreten. Auf einmal gibt es eine große Aufregung. Eine berühmte Kartenlegerin „Ah, wie reizend!“ erwidert es überaus. Alles krümmt sich vorwärts, so daß die Kartenlegerin niedergelassen hat. Bald ist sie so langsam und leiser, daß sie nicht mehr zu entdecken ist. „Kleine Grille, wie durch irgendwelche Künste unterbrochen.“
Es schwebte es hin und her. Als die Kartenlegerin endlich ihre Sitzung aufhob, ließen sich alle die Abreise geben. Die weiße Frau zog von dannen und die gute Gesellschaft wieder an ihren Tisch, während der „Redner“ sich genötigt sah, ein paar alten Offiziere und ein älteres Fräulein, er sah einem ausgedienten Feldwebel nicht unähnlich. Sie, die gebildet, gab sich nach immer, wie sie es in früherer Jugend gelernt hatte, mit Höflichkeit und vielen unterbreiten „Ach“ und „Oh!“-Rufen. Ich mußte mir von ihnen bis zum Weitersehen allezeit gesellige Gespräche anhören. Ich kannte die Namen der Kartenlegerin, die Kartenlegerin, die Kartenlegerin, die Kartenlegerin.
Das nächste Mal ging es ebenfalls. Von heute war bereits ein Kartenleger neben der Grafin W. erschienen. Wie ich jetzt erfuhr, hatte er einige gemauert, ich hatte in Wirklichkeit einen viel höheren Titel, bei ein Paar und anderes mehr. Als ich mich an den Tisch der Kartenlegerin setzte, trat ich auf

einen „Hellscher“. Ich ließ ihm den Glauben. So wurde ich ab und zu mit „Pring“ und „Durchlaucht“ angeredet; ich trat indes, als ob ich es überhörte. Als ich das zweite Mal in dem Saal erschien, trank ich meinen Augen kaum. Wer sah denn da?! Mittlen unter den Spiritisten mein lutherischer Pastor...! Als bibelfester Streiter des Herrn hatte ich ihn kennen gelernt. Die Hände über dem Haupte gefaltet, die Augen gegen den Himmel gerichtet, so hatte er mich immer sehr salbungsvoll empfangen. Der heilige Mann führte ständig Bibeltexte im Munde. Und jetzt mochte ich ihn so wiederfinden?! Wie er mich sieht, drückte er sich ohne Grund in eine Ecke. Hatte er meine Herrschaft und mein Erstaunen bemerkt? Die Gesellschaft hier fand jeden falls in seiner Anwesenheit gar nichts Auffälliges. Er lag zwischen ein paar alten Jungfern und harzte der Geister, die da kommen sollten und nicht kamen. Als ich mich bei meiner Nachbarin nach ihm erkundigte, erfuhr ich, daß er in diesem Zirkel für gewöhnlich als eine Art geistlicher Hilfslehrer bei Betriebsstörungen usw. fungierte. Wenn das Medium nicht genug Anziehungskraft besaß, sollte er wahrscheinlich im Namen des Paters, des Sohnes und des Heiligen Geistes die Geister zum Erscheinen bewegen.

Wie ich mich mit der Grafin W. weiter unterhalte, bemerkte ich, daß sie auf einmal merkwürdig unruhig wird. „Hören Sie nicht das geheimnisvolle unterirdische Grollen!“ misbert sie mit mir. „Wie meinen Frau Gräfin?“ „Es rollt und grollt so unheimlich da unten.“ — „Wo unten?“ fragte ich. „Jum unten irgendwo... hören Sie!“ „Bleich vor Schreck packte sie meinen Arm. Ich hörte wirklich ein dumpfes Rollen. „Mein Gott, was mag das nun sein?“ sagte sie nun schon etwas lauter und sah mich erschrocken an. „Auch die andern waren aufmerksam geworden.“ „Jetzt hören Sie?“ „Es grollt in bestimmtem Zwischenraum“, sprach sie an und verlor sich wieder schnell. Die meisten riefen unruhig auf ihrem Sitz. Ihre künstliche Selbstbeherrschung war dahin, jeder stand auf dem Sprünge, sich zur Tür durchzuschlagen. Der Redner unterbrach seinen Geistesvortrag. „Hören Sie?“ „Es rollt und grollt so unheimlich da unten.“ „Wie meinen Frau Gräfin?“ „Es rollt und grollt so unheimlich da unten.“
Schließlich ging ich beherrzt hinaus. Ein Kellner hat mir in den Weg. „Sagen Sie mal, was drüben denn da unten? Können Sie auf die Spiritisten gehen Ihnen gleich mit der Jesse durch!“ Der Kellner lachte aus vollem Halse.
(Fortsetzung folgt.)

Warum Lohnerhöhungen?

Uns wird geschrieben:
 Seitdem der Rechtsblock regiert, sind die Lebenshaltungs-
 kosten unaufhörlich gestiegen. Neben der Zollerhöhung ist das im
 wesentlichen auf die zweimalige Erhöhung der Mieten zurück-
 zu führen. Im Haushalt der Lohn- und Gehaltsempfänger ver-
 zehrt dabei gegenwärtig die Miete etwa denselben Anteil des
 Lohnes wie in der Friedenszeit. Die steigenden Preise
 haben überall zu dem Verlangen nach höherer
 Entlohnung geführt. In unzähligen Bewegungen ist
 allerdings nur geringer Teil dieser Lohnforderungen durch-
 gesetzt worden. Die beabsichtigte Besoldungsreform soll auch den
 Beamten eine erhebliche Steigerung der Bezüge bringen. Daß
 durch diese Besoldungsreform die Gehälter der unteren Beamten
 wesentlich aufgehoben werden, verdanken sie nicht der sozialen
 Gerechtigkeit des Rechtsblocks. Die entscheidende Ursache dafür ist
 einfach der unaufhörliche Druck, den die Arbeiter und An-
 gestellten mit ihren Organisationen auf den Lohnstand in der
 Privatwirtschaft ausgeübt haben, und dem sich nun auch die
 öffentlichen Körperschaften nicht mehr länger entziehen können.
 Man sollte meinen, daß dieses gemeinsame Interesse
 aller Arbeitnehmer auch von den Beamten anerkannt
 würde. Aber das ist leider nicht der Fall. Innerhalb derjenigen
 Gruppen der Beamtenschaft, die jedes Zusammengehen mit den
 Arbeitern und Angestellten ablehnen und die nur an ihr eigenes
 Wohl denken, sieht man mit Sorge, daß auch die Arbeiter und
 Angestellten weiterhin bemüht sind, einen Ausgleich für die
 Teuerung durch höhere Löhne zu erzielen. Das Empfinden
 auf diesem Gebiet aber hat sich der völksparteiliche Reichstags-
 abgeordnete Morath geleistet. In einem Artikel der "Täg-
 lichen Rundschau": "Gehälter, Löhne, Preise" warnt er
 vor den Preissteigerungen, die aus Lohnerhöhungen hervor-
 gehen und fordert er den Reichsarbeitsminister
 auf, unnachgiebig Lohnforderungen abzulehnen.
 Wirklich heißt es in seinem Aufsatz:

"Es besteht die volkswirtschaftlich nicht groß
 genug einzuschätzende Bedrohung, daß der Ge-
 haltserhöhung für Beamte eine Lohnerhöhung aller übrigen
 Arbeitnehmer auf dem Fuße folgt." Und an anderer Stelle
 heißt es: "Dennoch stehen wir mitten in einer neuen Lohn-
 bewegung. Ihr Sieg wäre von geradezu katastro-
 phalen Folgen nicht nur für unsere gesamte Wirtschaft,
 sondern auch für alle Arbeitnehmer."

Zweifellos spricht aus diesem schwarzmalerischen Bekenntnis
 von Herrn Morath nicht nur der Beamtensvertreter, sondern
 ebenso der Vertreter der großkapitalistischen
 Deutschen Volkspartei. Das Interesse der Beamten
 wird durch Lohnerhöhungen der Angestellten und Arbeiter in
 keiner Weise gefährdet. Ebenso wenig das Interesse der Volkswirtschaft.
 Es ist eine durch nichts begründete Behauptung, daß
 Lohnerhöhungen für Angestellte und Arbeiter Preissteigerungen
 zwangsweise zur Folge haben müssen. In den allermeisten In-
 dustrien ist in den letzten Jahren durch technische und organi-
 satorische Fortschritte die Produktion so erheblich ver-
 billigt worden, daß höhere Löhne ohne höhere Preise gezahlt
 werden können. Auch ist der Lohnanteil am Gesamtprodukt
 nie so gering, daß er keinen ausschlaggebenden Einfluß
 auf die Preisbildung ausübt. Denkt man ferner daran, daß die
 Steuerlasten von 1925 zu 1927 fast 50 Prozent gesunken
 sind, und die Rentabilität der Unternehmungen erheblich ge-
 stiegen ist, so hat man weitere Anhaltspunkte dafür, daß Preis-
 erhöhungen vermeidbar sind, auch wenn Lohn-
 erhöhungen eintreten.

Unverhört aber ist die Argumentation des Herrn Morath
 im einzelnen. Er behauptet, daß die Löhne in den letzten drei
 Jahren im Durchschnitt um mehr als 30 Prozent gestiegen sind.
 Das ist eine lächerliche Übertreibung. Nur in ganz
 wenigen Industrien mit andauernd günstiger
 Konjunktur haben die Löhne diese Höhe er-
 reicht. Morath verschweigt aber, daß in der gleichen Zeit die
 Friedensmiete von 40 Prozent der Friedensmiete auf 120 Prozent
 der Friedensmiete gesteigert worden ist, also sich verdrei-
 facht hat. Er verschweigt ferner, daß die gesamten Lebens-
 haltungskosten von etwa 125 Prozent auf 150 Prozent ge-
 stiegen sind. Infolgedessen hat die zahlenmäßige Steigerung der
 Löhne fast keine Erhöhung des Reallohnes und
 keine Verbesserung der Lebenshaltung gebracht. Schließlich aber
 verschweigt Morath auch, daß am 1. Oktober die neue Miet-
 steigerung eingetreten ist, und daß daher das Lebens-
 interesse breiter Schichten der Arbeiter und Angestellten dringend
 eine weitere Erhöhung der Löhne verlangt.

Morath bemüht sich aber auch noch, durch ein anderes Argument
 die Beamten und die Staatsgewalt gegen die Lohnerhöhungen
 für Arbeiter und Angestellte aufzupumpen. Er behauptet, die
 neuen Lohnforderungen der Arbeiter und An-
 gestellten richteten sich gegen die Erhöhung der
 Beamtengehälter. Davon kann natürlich gar keine Rede
 sein. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben
 immer anerkannt, daß die Gruppen der unteren und mittleren
 Beamten unzulänglich entlohnt werden und ihre Besserstellung
 notwendig ist. An dieser Auffassung halten sie auch gegenwärtig
 fest. Aber sie können sich nicht gefallen lassen, daß durch eine
 kapitalistische Wirtschaftspolitik mit dauernden Preissteigerungen
 und Erhöhungen des Unternehmergewinns die Lebenshaltung
 der Arbeiter und Angestellten weiter eingeschränkt wird.
 Sie müssen auch darauf bedacht sein, daß die Löhne in der
 Privatwirtschaft nicht allzu sehr hinter den
 Gehältern zurückbleiben, die die öffentlichen
 Körperschaften für gleiche Dienste zahlen. Be-
 rücksichtigt man die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit, sowie
 ihr Recht auf Pension und vergleicht dann die Bezüge von ge-
 lerten und qualifizierten Arbeitergruppen mit den entsprechenden
 Beamtengruppen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die
 Beamten sich bisher bereits besser stellen und künftig noch weiter
 behoben werden.

Wir haben gegen diese Entwidlung nichts einzuwenden, da
 wir alle Löhne und Gehälter in Deutschland für
 zu niedrig und aufbesserungsfähig halten. Es
 ist aber notwendig, die Gefahr zu erkennen, die durch die Ge-
 dankengänge derjenigen entstehen, die einen Keil zwischen Ar-
 beiter und Angestellten und Beamten treiben und die Staats-
 gewalt zum Einschreiten gegen Lohnerhöhungen veranlassen
 wollen. Wir warnen den Reichsarbeitsminister,
 solchen leichtfertigen Ratgebern Gehör zu
 schenken. Die große Welle der Lohnbewegung ist nicht die
 Folge der Erhöhung der Beamtengehälter. Sie ist vielmehr die
 Folge des Zurückbleibens der Löhne überhaupt und die
 Folge der Teuerung, die durch die Maßnahmen der Reichs-
 regierung gefördert worden ist. Deshalb brauchen wir
 Lohnerhöhungen und deshalb werden sich die
 Arbeiter und Angestellten diese Lohn-
 erhöhungen erkämpfen, wenn sie ihnen nicht frei-
 willig gegeben werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Unterbrechung der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Die gegenwärtigen Prager Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wurden am Freitag unterbrochen, da die tschechische Delegation sich zu einer diplomatischen Konferenz in Angelegenheit der Ein- und Ausfuhrverbote nach Genf begab.

Fünf Todesurteile in einem russischen Spionageprozess. Das Gericht in Kamenez-Podolski schloß die Verhandlung gegen 50 Personen, die der Spionage auf dem Boden der Ukraine zu Gunsten Polens seit 1924 angeklagt waren. Die Hauptangeklagten wurden zum Tode, die übrigen zu fünf bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Parteitag der englischen Arbeiterparteien

Annahme einer Entschlieung zur Außenpolitik. MacDonald wiedergewählt.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der 4. Ver-
 handlungstag der Konferenz der Arbeiter-
 partei in Blackpool wurde mit einer von der Exekutive
 der Arbeiterpartei eingebrachten Entschlieung
 zur Außenpolitik eingeleitet. Die Resolution erklärt sich
 eingangs für das Genfer Protokoll, verweist auf die Ge-
 fahren, die sich möglicherweise aus Sonderabmachungen
 zwischen Einzelstaaten ergeben und fordert, daß der
 Völkerverbund sich in Zukunft weigern möge, Verträge im Völkerver-
 bündnis zu protokollieren, die mit dem Völkerverbundstatut im
 Widerspruch stehen. Die Entschlieung erklärt ferner, daß die
 Weigerung der britischen Regierung, einen allgemeinen Schieds-
 gerichtsvertrag abzuschließen und die sogenannte fakultative
 Haager Klausel zu unterzeichnen, einer Friedenspolitik wider-
 spreche; die Entschlieung mißbilligt die Haltung der
 britischen Regierung auf der vorbereitenden
 Entwaffnungskonferenz und weist darauf hin, daß das
 Nihilieren der Seeabstimmungskonferenz die Notwendigkeit des Ab-
 schlusses von vorhergehenden Abkommen für die Beilegung von
 Streitigkeiten beweise. Diese Seeabstimmungskonferenz habe
 gezeigt, daß Großbritannien und den Vereinigten
 Staaten mehr an einer Beherrschung der See im Kriegsfall
 als an der Abrüstung gelegen sei. Dieser Abschnitt der Resolution
 schließt mit einer Forderung zur Aufnahme neuer Verhandlungen
 mit den Vereinigten Staaten.

Den englisch-russischen Beziehungen sich zu-
 wendend, verurteilt die Entschlieung das Verhalten der konser-
 vativen Regierung gegenüber Rußland und gelobt, normale
 politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Basis der gegen-
 wärtigen Einmischung wiederherzustellen. Zu den englisch-
 chinesischen Beziehungen erklärt die Resolution, die
 fortwährende Unwissenheit der chinesischen Verhältnisse
 dürfe England nicht daran hindern, das Vertrauen der chinesischen
 Nationalbewegung durch die Einhaltung striktester Neu-
 tralität im Bürgerkrieg zu gewinnen. Die Landung
 britischer Truppen wird als unnötige Anreizung
 kritisiert. Die Resolution schließt mit einer Sympathieerklärung an
 die Adresse der chinesischen Arbeiter.

Der Eisenbahnführer Cramp, der im Namen der Exekutive
 diese Resolution begründete, betonte, daß alle inneren und
 sozialpolitischen Maßnahmen unwirksam sein müssen, falls keine
 im Sinne dieser Resolution gestaffelte Außenpolitik von Groß-
 britannien betrieben werde. Im Gegensatz zur Arbeiter-
 regierung, der es während ihrer kurzen Regierungszeit gelungen
 sei, eine neue internationale Atmosphäre zu schaffen, sei es den
 jetzt herrschenden Klassen nicht möglich geworden, einen sicheren
 Frieden herbeizuführen.

Macdonald stellte fest, daß das Genfer Protokoll
 oder eine ähnliche Konvention eine notwendige
 Voraussetzung für jede Revision des Versailler
 Vertrages bilden müsse. Bei dieser Gelegenheit stellte
 Macdonald unter gespanntester Aufmerksamkeit des Kongresses
 fest, seine Erfahrungen in Genf hätten ihn gelehrt, daß man
 in Genf — sobald man nur das Wort Revision von
 Versailles erwähne — die Geister der Toten durch die
 Konferenzhalle gleiten sehen und das Donnern der Kanonen
 hören könne.

Nachdem die radikale Gegenresolution verworfen worden
 war, nahm die Konferenz die Resolution der Exekutive zur
 Außenpolitik mit überwältigender Mehrheit an. Der Kongress
 nahm dann die Wahl des Parteivorstandes vor: Die
 neugewählte Exekutive weist weitgehende persönliche
 Veränderungen gegenüber dem alten Parteivorstand auf.
 Der Wandelungen kommt jedoch keinerlei politische Be-
 deutung zu. Macdonald, der von nicht weniger als
 62 Organisationen als Schatzmeister der Partei vorgeschlagen
 worden war, wurde, ohne daß ein Gegenkandidat aufgestellt
 worden war, wiedergewählt.

Zusammentritt des Memelländtags.

Die erste konstituierende Sitzung.

Königsberg i. Pr., 7. Oktober. (Eigener Funkenbericht.)
 Am Donnerstag trat der neugewählte Landtag
 des Memelgebietes zu seiner konstituierenden Sitzung zu-
 sammen. Der Gouverneur von Memel verlas bei dieser
 Gelegenheit in litauischer und dann in deutscher Sprache eine
 längere Erklärung, in der darauf verwiesen wurde, daß der
 memelländische Landtag vor allem ein Wirtschaftsparlament sei.
 Auch die Sprachenfrage wurde behandelt. In jeder öffent-
 lichen Schule soll danach der Unterricht in
 litauischer und deutscher Sprache erteilt werden.
 Von dem Landtag wünscht man, daß er sich ebenfalls beider
 Sprachen in völliger Gleichberechtigung bedient. Die Richter
 sollen nicht nur die beiden Landes Sprachen beherrschen, sondern
 auch mit den Gesetzen zum Wohle des Gesamtstaates und des
 Memelgebietes bekannt sein.

Die Abstimmung über die Zusammensetzung des Präsidiums
 ergab die Wahl eines sozialdemokratischen Vize-
 präsidenten. Ein Kandidat gehört dem Präsidium
 nicht an.

Er mordung eines Brigadegenerals in Süd-Serbien.

Belgrad, 5. Oktober. Nach einer Meldung aus Stip
 (Südserbien) wurde heute abend der Brigadegeneral
 Kovacic von zwei unbekannt Personen durch drei Re-
 volvergeschüsse getötet. In Begleitung des Generals befand sich
 ein Lehrer, der unversehrt blieb. Er gab an, daß er die Attentä-
 ter, die sofort flüchteten, wegen der Dunkelheit nicht erkennen
 konnte. Die Truppen zerrieten sofort die Stadt, um das Ent-
 wachen der Attentäter zu verhindern. Man erwartet, daß die
 Regierung angeht, diesen neuen Attentatsversuch im Sinne
 gegen die Aktionen des bulgarisch-mazedonischen Komitees unter-
 nehmen wird.

Belgrad, 6. Oktober. Infolge der von bulgarischen Komit-
 tados an General Kowatschew in Belgrad verübten Mord-
 tat hat die jugoslawische Regierung heute abend beschlossen, den
 Schutz an der jugoslawisch-bulgarischen Grenze zu verstärken und
 bulgarischen Staatsangehörigen mit Ausnahme der Durch-
 reisenden den Aufenthalt auf jugoslawischem Gebiet zu verbieten.

Finanznot und Einheitsstaat.

Uns wird geschrieben:
 Die Rechtskoalition hat gegenwärtig wieder einmal
 schwere Sorgen. In den letzten Tagen haben eingehende Be-
 sprachungen zwischen der Reichsregierung und den Ländern statt-
 gefunden, die in der Hauptsache der Erörterung der schwierigen
 Finanzlage vieler Länder und Gemeinden dienten. Der Aus-
 gangspunkt für diese Besprechungen ist die neue Besol-
 dungsreform. Sie veranschlagt dem Reich eine jährliche Mehraus-
 gabe von 325 Millionen. Die Mehrlöhne für Post und
 Eisenbahn werden auf etwa 800 Millionen beziffert. Mindestens
 ebenso groß sollen die Mehrausgaben sein, die den Ländern und
 Gemeinden erwachsen. Alles in allem handelt es sich um einen
 Mehrbedarf von rund zwei Milliarden Mark.

Die Aufbringung dieser Mittel macht selbst-
 verständlich allen öffentlichen Körperschaften
 große Sorgen. Am geringsten sind die Schwierigkeiten beim
 Reich, dessen Finanzlage durch hohe Einnahmen und durch
 Ersparnisse bei der Erwerbslosenfürsorge sich so günstig entwickelt
 hat, daß die 325 Millionen ohne neue Steuern aus vorhandenen
 Mehrlöhnen gedeckt werden können. Post und Eisenbahn sind
 selbständig, haben also durch eigene Maßnahmen den Mehrbedarf
 zu decken. Länder und Gemeinden aber sind vom Reich abhängig,
 haben fast keine eigenen Steuerquellen mehr und sind im Gegen-
 satz zum Reich meist in schlechten Finanzverhältnissen. Eine Reihe
 von Ländern hat bereits im laufenden Etat Zuschüsse auf-
 zu weisen und behauptet, die Besoldungsreform ohne neue Mittel
 vom Reich nicht vornehmen zu können.

Daher ist in den Verhandlungen von den Ländern das Ver-
 langen nach einer Verringerung des Finanzausgleichs
 durch eine Besserstellung der Länder gestellt worden. Aber wie
 schon früher, so hat auch jetzt der Reichsfinanzminister Dr. Köhler
 diese Forderung abgelehnt. Nicht gleich unannehmbar hat er sich
 zu der Forderung gestellt, den Ländern einmalige Zuschüsse für
 das Etatsjahr 1927 zu gewähren. Aber trotz dieser Ablehnung
 ist im Reichsrat über derartige Forderungen verhandelt worden,
 und es erscheint ziemlich wahrscheinlich, daß auf dieser Grundlage
 die Verständigung zwischen Ländern und Reich erzielt wird.

Kaum jemals war nämlich eine Regierung
 den Ländern gegenüber so schwach wie die jetzige.
 Die Rechtskoalition lebte von der Gnade der bayrischen Volkspartei.
 Ohne die 20 Reichstagsabgeordneten dieser Partei würde
 die Reichsregierung keine Mehrheit haben. Diese Machtstellung
 wird von der bayrischen Volkspartei und der bayrischen Re-
 gierung auf das Schärfste ausgenutzt. Immer, wenn die Reichs-
 regierung irgend einen Schritt tun will, der Bayern nicht paßt,
 wird mit Sprenzung der Rechtskoalition gedroht. Das genügt,
 um die bayrischen Wünsche zu erfüllen. Daher kann man schon
 heute damit rechnen, daß der starke Widerstand, den Bayern dem
 Entwurf eines Steuervereinteilungsgesetzes
 von Anfang an entgegengelehrt hat, erfolgreich sein wird, zumal
 Bayern sich auf der Stuttgarter Konferenz die Unterstützung von
 Württemberg und Baden gesichert hat. Ein Fortschritt in der
 Richtung der Steuervereinteilung kann jedenfalls nur im
 Kampf gegen Bayern erzielt werden.

Kein sachlich besteht also zwischen dem Reichsinter-
 esse und dem Interesse der durch eine aufgelöschte Verwaltungs-
 organisation lebensunfähig gewordenen Länder
 ein scharfer Gegensatz. Ein solcher Gegensatz ist auch vor-
 handen zwischen den Gemeinden und den Ländern. Da das Reich
 seine finanziellen Beziehungen nur zu den Ländern regelt und
 den Ländern die Auseinandersetzung mit den Gemeinden über-
 läßt, so haben die Gemeinden den allergrößten Teil der Lasten
 zu tragen. Ihnen hat man dauernd neue Aufgaben aufgebürdet,
 zugleich aber die Einnahmen entzogen oder beschränkt. Es war
 deshalb nur eine gesunde Reaktion, daß die Städte auf ihrer
 Magdeburger Tagung nach direkten Beziehungen zum
 Reich verlangt haben. Sie haben eingesehen, daß die Länder ein
 Hindernis für die Entwicklung und Selbstverwaltung der Ge-
 meinden darstellen. Daher war es hochbedeutend, daß sie zum
 erstenmal die Front gegen die Länder nahmen.

In den Besprechungen der Reichsregierung mit den Ländern
 ist der Wunsch nach einer Sonderlösung laut geworden, in
 der die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen dem Reich und
 den Ländern erörtert werden sollen. Zum Teil ist dieser Wunsch
 die Folge der Erkenntnis, daß die wachsende Finanznot zwingend
 eine Vereinfachung unserer Verwaltungsorganisation erfordert.
 Zum Teil aber ist diese Sonderlösung auch gedacht als der Ver-
 such, der drohenden Einheitsfront zwischen Reich und Gemeinden
 gegen die Länder zu begegnen. Bei dieser Verflechtung in den
 Beweggründen wird man der Konferenz nicht die Bedeutung be-
 messen dürfen, die ihr zum Teil zugesprochen wird. Aus
 solchen Besprechungen wächst der Einheitsstaat
 nicht hervor. So nützlich es ist, daß rechtzeitig über das
 Problem des Einheitsstaates diskutiert wird, so wenig ist die
 Hoffnung berechtigt, daß Diskussionen ihn begründen werden.

Die Ministerkonferenz ist ohne positives Er-
 gebnis auseinandergegangen. Man hat die
 Schwierigkeiten nicht lösen können und hat sie deshalb vertagt.
 Mittlerweile zerbröckelt sich der Reichsrat den Kopf über das
 Schicksal des Schulgesetzes, der Beamtensoldatenreform, des
 Schulgesetzes für die Liquidationsgeschädigten und der Beschaffung
 der Mittel für alle diese Aufgaben. Sachliche Gesichtspunkte
 spielen dabei keine entscheidende Rolle mehr. Der Zusammenhalt
 der Rechtskoalition wird angesichts der näher rückenden Neuwahl
 immer geringer, und man gewinnt den Eindruck, als ob
 die Partner mehr an ihre Wahlausichten denn an Regierungs-
 notwendigkeiten denken.

Austritt Dr. Heims aus der Vorstandschafft des Bauernvereins.

München, 6. Oktober. Dr. Heim ist aus der Vorstand-
 schaft des bayrischen Christlichen Bauernvereins
 ausgeschieden. Der Grund ist in den Meinungsverschiedenheiten
 im Zusammenhang mit den beim deutschen Bauerntag in
 München zwischen Dr. Heim und Dr. Schlichtbauer
 aufgetretenen Unstimmigkeiten zu suchen. Die Gründe von
 einem Austritt Dr. Heims aus dem Bauernverein selbst sind
 unzutreffend.

Wo bleiben Thüringens Gnadenbeweise?

Weimar, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Da Thüringen,
 trotz der Anmeldung der Regierung, noch keine Gnaden-
 beweise zum Geburtstag des Reichspräsidenten erlassen hat,
 schickte die Sozialdemokratische Fraktion des
 Thüringischen Landtages eine Anfrage an die
 Regierung, in der es heißt, ob das Kabinett bereit sei, dem
 Landtag Mitteilung über die Begründungen, die Zahl der
 Fälle, ihre strafrechtlichen Merkmale und die amnestierten
 Straftatbestände zu machen.

Soll noch Oberhausreform.

Der Parteitag der englischen Konservativen bringt das
 allgemeine Frauenwahlrecht.
 Cardiff, 6. Oktober. Auf dem konservativen Parteitag er-
 klärte Premierminister Baldwin zur Frage der
 Oberhausreform, die Regierung begehre alle vorläu-
 figen und sachlichen Kritik. Sie werde sich mit dieser Kritik
 über den Bericht über das Parlament im Jahr mitteilen, zu
 welchen Entscheidungen sie gekommen sei.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der am
 Donnerstag in Cardiff abgehaltene Parteitag der
 konservativen Partei nahm mit großer Mehrheit
 eine Entschlieung an, die das Wahlrecht für alle
 Frauen vom 21. Lebensjahre an fordert. Ebenso wurde eine
 Resolution angenommen, die eine föderale Reform der Re-
 gierung zum Zwecke der beschleunigten Reform des Hauses der
 Lords verlangt.

Sonnabend
früh 8 Uhr
die

billige Woche!

in allen Abteilungen, das was Sie täglich brauchen, im

billigen Sonderangebot

★

Morgen:
Der große

Konfektionsverkauf

Dam-, Herr- u. Kind-Bekleidung

außergewöhnlich billig

Besichtigen
Sie unsere
Schaufenster



Besichtigen
Sie unsere
Schaufenster

Schöne elegante
9956
Fräulein
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, Tel. 9.1901
früher Albrechtstraße.

Liederbuch
des Reichsbanners
Schwarz - Rot - Gold
69 Lieder mit Noten
Preis 90 Pf.
Vollständig - Buchhandlung

Es empfiehlt
zu billigen Preisen
Zigaretten,
Zigaretten, Tabak
Ernst Anders
Zeilstr. 13, 6. u. Deisterstr.



Henkel's Scheuer-Pulver in
handlicher Straußflasche!

Sichert sparsamste Verwendung

Extra billige Preise für die Herbst- u. Winter-Saison

Winter-Mäntel, moderne Stoffe und Formen	27 ⁰⁰
Mark 68,00 57,00 46,00 37,00 und	
Winter-Paletts mit Samtkragen, schwarz und Morengo	32 ⁵⁰
Mark 75,00 64,00 55,00 45,00 und	
Rock-Paletts, modern, elegant	39 ⁰⁰
Mark 72,00 58,00 47,00 und	
Winter-Joppe, warm gefüttert	13 ⁷⁵
Mark 28,00 24,00 21,00 18,00 und	
Smoking- und Tanz-Anzüge mit und ohne Borte	49 ⁰⁰
Mark 85,00 75,00 65,00 54,00 und	
Blau-Anzüge aus Kasimir-Cheviot, 1- und 2-reihig	45 ⁰⁰
Mark 82,00 75,00 65,00 57,00 und	
Herrn-Anzüge, dauerhafte Stoffe	23 ⁰⁰
Mark 62,00 52,00 45,00 35,00 28,00 und	

Besonders preiswert da eigene Anfertigung

Eugen Hamburger

Breslau, Teichstr. 31, Ecke Springerstraße

2. P. von Hauptbahnhof



zögern Sie noch?

Sie brauchen wirklich nicht viel Geld
für Ihre

Herbst- u. Winter- Garderobe

Kommen Sie voll Vertrauen
schon

jetzt zu uns!

Wir liefern Ihnen Alles gegen
sehr bequeme monat-
liche Teilzahlungen

Beamte, Angestellte
und alte Kunden
ohne jede Anzahlung

1. Ratenzahlung:
November 1927

Reichste Auswahl!
bester und neuester
Mode-Schöpfungen!

Besichtigen Sie unsere
6
grossen Schaufenster,
eine ständig
wechselnde Modenschau und
vergleichen Sie die Preise
Auswärtige Käufer
erhalten
Reisevergütung!
Kaufe gleich,
Zahle später!

Damen-
Bekleidung
Herren-
Bekleidung
Kinder- und
Sport-
Bekleidung
Pelzmoden
Maßabteilung
für
Damen . Herren

Deutsche Bekleidungs-Ges. m. b. H.
Das große Modekaufhaus mit Zahlungserleichterung!
Junkernstr. 39/40 Breslau direkt am Christophorplatz

Das Wettrennen

um die Gunst der Käufer ist überall eröffnet.
Auch wir haben in unserem Geschäftstotal

auf der Oderstraße

die Auswahl in Berlin, Wien, Neap, Kopenhagen,
Lissabon, Genua, Rom, Venedig, Brüssel, London,
Paris, Prag, Warschau, etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.
Möglichkeit ermöglicht heute die Preise niedrigst
möglich. Wir erwarten zahlreichsten Besuch

Lorenz & Co., Oderstraße 5

G. m. b. H.

Rechtl. vom King

Hut-Haus Hanke

inb. Johannes Trosman
Friedrich-Wilhelm-Straße 23
Neueste Herbst- u. Wintermoden
in Filz, Velour-, Klapp- und Seidenhüten
Mützen * Filz- und Strohhutwäscherei

Fahrräder in jeder Preislage. Reparaturen
Nähmaschinen wöchentlich 2 bis 3 Mk. Abzahlung
auch ohne Anzahlung.
Fränkelplatz 2,
am Hauptbahnhof.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Oktober.

Freimachung des Ringes.

Große Rattenjagd am Rathaus.

Mit der Beilegung der Wunden an der Südseite des Ringes wurde gestern der Anfang gemacht. Sie müssen nun dem Verkehr weichen, wenn auch bei einer für die Beilegung eine Viertelmillion Mark verlangt, erst das Entleerungsarbeiten durchgeführt werden muß. Gegen mittag ging man an die Freimachung des Ringes mit Art und Spitzhacke zu. Die Wände lagen Dächer und Wände als Trümmer aufgeschichtet. Man aber daran ging, den Fußboden wegzureißen, kamen jeder Wunde ganze Scharen von Ratten zum Vorschein, die die Flucht ergriffen. Das Publikum beteiligte sich an der Jagd, mit Latzen, Stöcken und Fußtritten wurden eine große Anzahl der Rager zur Strecke gebracht. Es war ein Rattenkrieg von altem Adel, das sich dort durch Jahrhunderte von Generationen genährt hat, von Wurstkellen, Obst- und Gemüseböden. Das schloß am Tage und trah sich bei Nacht, wenn der Ring still und menschenleer geworden war. Die Abmahlung des Geschlechts bedürftigen zugleich die Häuser am Ring immer wieder aufs neue, so oft auch die Polizei eine Rattenvertilgung anordnete. Die Beilegung der Wunden ist ja auch wegen der Ungezieferplage, die von ihnen ausging, überhaupt zu begrüßen. Soweit sie heute noch stehen, werden sie in den Tagen von gestern folgen. Das gewohnte Bild am Ring führt dadurch eine wesentliche Veränderung. Zunächst nicht in seinem Vorteil, denn der Fuß des Rathauses tritt ungepflastert und häßlich in Erscheinung. Erst nach erfolgter Renovation wird zu entscheiden sein, ob das Rathaus völlig frei stehen soll oder im unteren Teile durch kleine massive Bauten zu verdrängt ist.

Der Breslauer Orchesterverein

kommt heute in einer Zuschrift an die Presse zum Konflikt im Landesorchester Stellung. Bekanntlich stand das Orchester ebenfalls ganz im Dienste dieses Vereins, bis es in die Gemeinnützige Gesellschaft Schlesiens Landesorchester m. b. H. umgewandelt wurde. Der Orchesterverein stellt sich nun als unschuldig an dem Konflikt. Die Schuld wird in dem Tarifvertrag des Landesorchesters gesucht und schließlich dem Orchester selbst zugeschrieben. Der Breslauer Orchester-Verein hat seinerseits keine Möglichkeit, auf die Beilegung des Konfliktes einzuwirken; er ist infolgedessen der Leidtragende, als ihm die Mitwirkung eines bisher künstlerisch hochwertigen Orchesters bei seinen Veranstaltungen entzogen ist, und ist daher gezwungen, mit auswärtigen Orchestern Engagements anzunehmen, was ihm wiederum der Deutsche Musikerverband unzulässig zu machen versucht. Ob nun diese unglücklichen Verhandlungen zu einem Erfolge führen oder nicht — auf jeden Fall bleibt der Beginn der Abonnementskonzerte am 17. Oktober 1927 unrichtig, und der Verein wird seinen Abonnenten gegenüber keine Verpflichtungen soweit als irgend möglich erfüllen. Wenn es aber in dieser Übergangszeit um verständnisvolle Berücksichtigung der ihm unverschuldet erwachsenen Schwierigkeiten bittet, so ist er auf die Einsicht aller seiner Mitglieder und Freunde, die über die notwendig gewordene vorübergehende Veränderung seines Programms gemäß so lange hinweg helfen werden, bis es der Gesellschaft Schlesiens Landesorchester gelungen ist, wieder ein künstlerisch vollwertiges Orchester zur Verfügung stellen zu können. Der Breslauer Orchesterverein hat nur ein Interesse daran, mit einem Orchester zu konzertieren, dem die Möglichkeit künstlerischer Fortentwicklung gegeben ist.

Diese Rundgebung zwingt uns, erneut zu dem Konflikt Stellung zu nehmen, der allein durch den Geschäftsverfall der Orchestervereine in Kunst verschuldet ist. Dabei ist der Orchesterverein durchaus nicht so unschuldig, er nimmt das Landesorchester genau noch so in Anspruch, als wenn es sein eigenes wäre, und hätte natürlich ein Recht, sich in den Konflikt zu mischen, ein Recht, das wir übrigens auch dem Oberpräsidenten und dem Breslauer Oberbürgermeister zusprechen. Wir müssen sogar verlangen, daß die Arbeit- und Geldgeber des Landesorchesters sich ganz energisch einmischen, und Herrn Kunth warnen, daß der von der Republik geschaffene Begriff der gemeinnützigen Gesellschaft mit Partnerschaft nichts zu tun hat. Denn rechte Partnerschaft ist es, die sich der Herr herausnimmt, wobei er von seiner schwarz-weiß-roten Kumpanei gestützt wird. Vor ihm hat es, trotz des gleichen Tarifs, keinen Konflikt zwischen Berufsleistung und Orchester gegeben. Er wurde in diesem Sommer vom Jaun gebrochen, indem drei alte Mitglieder willkürlich aus dem Orchester entfernt werden sollten, ohne daß ihre Zukunft irgendwie sichergestellt worden wäre. Wie ein Fabrikarbeiter vor 20 Jahren glaubt dieser Kunth schalten zu dürfen; merkt er nicht, daß er die Arbeiter, die den Dienst leisten verbraucht hat, der fliegt auf Pfaffen. Und das nennt sich dann „Gemeinnützige Gesellschaft!“ So die Ursache des Konfliktes aus der sich alles weitere ergab.

Am 1. Oktober hat Kunth dann „auf die weitere Tätigkeit des Orchesters verzichtet“. Die Entlassung entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen und so stellen sich die Musiker, um ihre Rechtsansprüche zu wahren an anderen und am zweiten Tage schließlich ein, um nach etwaigen Dienst zu fragen. Da wurden sie am zweiten Tage von Kunth als Hausfriedensbrecher hinausgejagt. Er werde die Polizei holen lassen, wenn sie nicht sofort gingen, oder noch einmal in das Konzerthaus kommen sollten.

Und was sind die Absichten, die Kunth mit seinen Kumpanen verfolgt? In das Orchester sollen nur noch Musiker aufgenommen werden, die nicht dem Deutschen Musikerverbande angehören. Zweitens sollen auch ehemalige Volkschüler nicht mehr aufgenommen werden, sondern nur noch solche, die eine höhere Schule besucht haben. Kunth meint das „Hebung des künstlerischen Niveaus“, obwohl Künstlerbildung und Schule, soweit es sich nicht gerade um die Berufsausbildung handelt, nicht das Mindeste mit einander zu tun haben.

Aber eine gewisse Klasse sorgt für ihre Brut, sie besetzt ehemals alle Offiziersstellen, und nach dem Zusammenbruch sucht sie alle anderen festen Stellen zu besetzen. War ehemals nur der Adel standesgemäß, so jetzt auch der Fideles. Insofern man in einem von öffentlichen Mitteln unterhaltenen Orchester spielt, sind Fähigkeiten allein kommt es nicht mehr an, denn diese sind in dem künstlerisch hochstehenden Landesorchester vorhanden, sondern um die Reservierung der Leiterstelle für eine gewisse Klasse.

Republikaner dürfen so etwas nicht mitmachen, und auch nicht indirekt unterstützen. Nicht Mühsal gilt es in diesem Konflikt zu nehmen, wenn künftig minderwertige Kräfte musizieren, sondern alle Veranstaltungen im Konzertsaal sind zu meiden. Das ist der einzige Standpunkt, den Republikaner zunächst einnehmen können. Darüber hinaus aber gilt es an positivem Aufbau im Sinne der Republik und einer wahren Gemeinnützigkeit zu denken. Hat die Volksbühne Theater-

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das am 18. Februar 1927 veröffentlichte Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten legt als Zeitpunkt des Inkrafttretens den 1. Oktober d. J. fest und überträgt die Durchführung der daraus erwachsenden gesundheitlichen Aufgaben der „Gesundheitsbehörde“, indem es die Einrichtung dieser Behördenorganisation den Ländern überläßt.

Das Gesetz stellt einen Ausbau der Notverordnung vom 11. Dezember 1918 dar. Während aber diese Verordnung lediglich die wissenschaftliche Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter Strafe stellte und die zwangsweise Behandlung und Ueberführung in ein Krankenhaus in dringlichen Fällen vorsah, hat das neue Gesetz in weit umfassenderer Weise den Kampf aufgenommen, zu dem die Erkenntnis der unheilvollen Wirkung der Geschlechtskrankheiten unbedingt nötig ist. Das Gesetz sucht dem Uebel einmal allerdings auch durch Strafandrohung im Sinne der Notverordnung vom 11. Dezember 1918 zu steuern (indem es mehrjährige Gefängnisstrafen für Geschlechtskrankheiten vorsieht, die wissenschaftlich andere Personen durch geschlechtlichen Verkehr gefährden) und stellt auch noch andere Fälle unter Strafe, wobei es insbesondere Personen, die sich ohne ärztlichen Nachweis ihrer Gesundheit als Unken vertrieben und ebenso Personen, die ohne ein solches Zeugnis zu fordern, Unken annehmen, mit Strafe bedroht. Auch wird dem eine Ehe eingetragenen Teile, der von dem anderen über seine geschlechtliche Erkrankung nicht unterrichtet ist, das Recht gegeben, eine Strafverfolgung des anderen Teiles zu beantragen. Wichtiger und mehr Erfolg versprechend dürfte aber das zweite durch das Gesetz geschaffene Kampfmittel sein, das darin besteht, daß der Arzt zwar nicht etwa jede, ihn wegen einer Geschlechtskrankheit aufsuchende Person der Gesundheitsbehörde zu melden, wohl aber jeden Patienten, der sich der Krankheitsbehandlung entzieht, der Gesundheitsbehörde anzeigen hat. Wer somit die eigentlich selbstverständliche, im Gesetz aber ausdrücklich noch hervorgehobene Pflicht erfüllt, sich bei Erkrankung an einem Geschlechtsleiden einer ärztlichen Behandlung zu unterziehen, bleibt unbestraft. Die einzige Ausnahme von dieser Regel bilden Fälle, in denen die Berufs- oder persönlichen Verhältnisse eine besondere Gefährdung anderer mit sich bringen. Gegen alle die, die der Arzt anzeigen genötigt ist, weil sie die begonnene ärztliche Behandlung vor völliger Beilegung der Infektionsgefahr aufgegeben haben, hat die Gesundheitsbehörde nötigenfalls mit Zwangsmitteln (Helferfahren, Unterbringung in einem Krankenhaus) vorzugehen. Eine Schonung derartig unverantwortlich handelnder Personen wäre ein Unrecht gegenüber der Allgemeinheit, und es ist erziehllich, daß das Gesetz eine Handhabe bietet, gegen sie mit aller Schärfe einzuschreiten. Natürlich hat der Arzt, aus dessen Behandlung der Erkrankte sich entfernt hat, vor der Anzeige an die Gesundheitsbehörde festzustellen, daß der Patient sich nicht etwa nur in die Behandlung eines anderen Arztes begeben hat.

Weit schwieriger als die Fälle, in denen es sich um nachweislich geschlechtskrankte Personen handelt, die sich der Behand-

lung entziehen, liegen die Fälle, in denen Personen als einer Geschlechtskrankheit dringend verdächtig gemeldet werden. Hierbei sind zu unterscheiden Anzeigen von Privatpersonen und solche von Behörden. Was die erste Gruppe anlangt, so bestimmt das Gesetz vernünftigerweise, daß anonyme Anzeigen nicht zu beachten sind. Die Durchführungsanweisung ihrerseits gibt bezüglich der Meldungen mit Namensnennung des Anzeigenden Vorrichtungen, die das Ziel verfolgen, daß nicht auf Grund falscher, haltloser oder gar böswilliger Beschuldigungen gegen die angezeigte Person Schritte getan werden und sich damit eine Behörde als Mithelferin bei unlauteren Machenschaften mißbrauchen läßt. Bei den behördlichen Anzeigen wird es sich in erster Reihe um die Anzeigen der bisherigen Sittenpolizei handeln, durch die der Gesundheitsbehörde diejenigen Personen benannt werden, die der gewerblichen Unacht nachgehen. Bei diesen kann nach dem Wortlaut der Durchführungsanweisung regelmäßig der dringende Verdacht einer Geschlechtskrankheit und deren Verbreitung angenommen werden. Die Anweisung bezeichnet daher die wiederholte Untersuchung solcher Personen, die bekanntlich nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Oktober 1927 ab nicht mehr der Sittenpolizei in der Aufsicht unterliegen, mit Recht als notwendig. Das Verfahren bezüglich dieser Personen muß demnach nach den durchaus einschlägigen Gesichtspunkten der Anweisung besonders geteilt werden.

Die vielleicht wichtigste Bestimmung des Gesetzes ist die, daß die ärztliche Versorgung der minderbemittelten Geschlechtskranken, die keinen Anspruch auf anderweitige ärztliche Behandlung haben, aus öffentlichen Mitteln gewährleistet wird. Wie diese Frage in der Praxis praktisch gelöst werden wird, steht noch dahin. Die Durchführungsanweisung stellt einstweilen nur eine Erweiterung der gesetzlichen Fürsorgepflicht in der angegebenen Richtung in Aussicht; daß eine solche Regelung mit außerordentlich hohen Kosten für die Gemeinden verbunden sein wird, liegt auf der Hand. Angesichts der gar nicht zu überschätzenden Bedeutung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird diese neue Belastung aber als notwendig hingenommen werden müssen.

Die Aufgaben der Gesundheitsbehörde liegen in Breslau dem städtischen Gesundheitsamt ob. Die Verhältnisse haben sich in Breslau infolgedessen vielleicht günstiger entwickelt als anderswo, als hier bereits in der Politik mit der Hautabteilung des Allerheiligen-Hospitals, in der Poliklinik der Universitäts-Hautklinik und in der von der Landesversicherungsanstalt geschaffenen Beratungsstelle für Geschlechtskranke Einrichtungen vorhanden sind, in denen Unbemittelte kostenlos ärztlichen Rat erlangen und untersucht werden können. Ein Zusammenarbeiten dieser Stellen, wie auch des städtischen Pflegedienstes, des Jugendamtes und anderer öffentlicher Wohlfahrtsinstitutionen und Organisationen mit dem Gesundheitsamt ist bereits sichergestellt.

gemeinden ins Leben gerufen, und damit überhaupt erst die Existenz anständiger Theaterkunst in Breslau ermöglicht so kann sie ebensogut Konzertgemeinden ins Leben rufen. Und wenn die Republikaner im Orchesterverein dort austreten, und ihren Gönnerbeitrag der Volksbühne entrichten, dann ist mit Hilfe einer Lotterie oder die Frage nach einem geeigneten Konzertsaal zu lösen. Vorläufig gibt es noch andere Säle, und das Orchester ist da. Die schwarz-weiß-rote Kumpanei, die das Musikleben der Stadt ebenso zerstört, wie sie auf allen Gebieten nur zerstörend wirkt, läßt sich schon noch zur Räson bringen. Deshalb auch hier: Republikaner vor die Front!

Ein neuer Stadtteil im Westen.

Das Viehwidengebiet westlich des Tschepiner Platzes soll in nächster Zeit der Bebauung erschlossen werden. Im öffentlichen Interesse ist daher die Benennung der nach dem maßgebenden Fluchtlinienplan für diesen Stadtteil vorgezeichneten Straßen notwendig. Da dort bereits mehrere niederösterreichische Städtenamen vertreten sind, erhalten die neuen Straßen auf Vorschlag des Magistrats folgende Bezeichnungen: a) Die Verlängerung der Steinauer Straße über den Tschepiner Platz in nordwestlicher Richtung bis an die Eisenbahn den Namen „Steinauer Straße“; b) die Abzweigung vom Schnittpunkt der Steinauer Straße mit der Eisenbahn nach Süden, bis zum Treffpunkt mit der Frankfurter Straße den Namen „Saganer Straße“; c) die Verlängerung der Schweigerstraße nach Norden parallel zur Liegnitzer Straße bis an die Steinauer Straße den Namen „Grünberger Straße“; d) die Straße an der Westseite des Tschepiner Platzes von der Westseite bis an die Steinauer Straße den Namen „Lübener Straße“; e) die Straße an der Westseite der zur Glogauer Straße gehörenden Grünanlagen den gleichen Namen wie an der Ostseite „Glogauer Straße“; f) die Straße auf der Nordseite der Grünanlagen an der Glogauer Straße zwischen Liegnitzer und Grünberger Straße den Namen „Haynauer Straße“; g) der von der Steinauer Straße in etwa Halbkreisform nach der Saganer Straße an der Volkschule vorbeiführende Weg den Namen „Sprottauer Straße“; h) der zwischen Sprottauer und Haynauer Straße liegende, von der an der Liegnitzer Straße befindlichen Volksschule nach Westen bis an die Saganer Straße gehende Verbindungsweg den Namen „Löwenberger Straße“ und i) der südlich davon führende, parallel zur Löwenberger Straße von der Liegnitzer nach der Saganer Straße laufende Weg den Namen „Laubaner Straße“. — Da nach dem neuen Fluchtlinienplan der mittlere Teil der bereits benannten Glogauer Straße von der Bebauung ausgeschlossen bleibt, so fällt die Bezeichnung des nördlich von der Steinauer Straße bis an die Dammstraße führenden Teils der Glogauer Straße künftighin fort.

Eine Arbeitsstätte der Stadtmision

ist Frankfurter Straße 77 (Rasthofweg) seit Mitte Juni im Betrieb. Der Leiter, Stadtmisionar Gelbert, erläuterte bei einem Rundgang durch die Heimstätte den eingeladenen Pressevertretern und Gästen im einzelnen die Bauverhältnisse. Die dort, teilweise mit städtischer Unterstützung, geschaffen hatte. Nach den vertraglichen Abmachungen muß die Anstalt im Jahre 1930 wieder abgegeben werden. Sie dient dazu, mittellose Männer und Jugendlichen (ebenfalls nur männlichen) vorübergehend Obdach und Verpflegung zu gewähren, also besonders solchen, die sich auf Wanderschaft befinden oder durchreisen wollen. Durch eine Halbspaltkammer und eine Brodenkammer ist dafür gesorgt, daß die obdachlosen, heimatlosen, arbeitslosen und meist auch hoffnungslosen Menschen, neben Logis und Verpflegung auch einige Mark in der Tasche verdienen können. Da in die Brodenkammer so ziemlich alles geliefert wird, Ähren, Silber,

Bücher, Hausrat, Schuhwerk, Kleidungsstücke und anderes mehr, können Handwerker, soweit sie das Heim aufsuchen, sich in ihrem alten Beruf betätigen. Die wieder hergestellten Sachen werden an bestimmten Verkaufstagen zu ganz mäßigem Preise an Minderbemittelte abgegeben, eventuell auch verschenkt. Der Erlös der Brodenkammer dient mit zur Bestreitung der Verwaltungskosten.

Vom Herold.

In dem Heroldblatte „Die Gemeinschaft“ wird in der Oktobernummer den Mitgliedern wie gewöhnlich ein sehr dicker kapitalistischer Brei um den Mund geschmiert und schließlich wird gesagt: „Was will es einem Unternehmen von solcher Bedeutung gegenüber belagen, daß in einer gewissen Presse halloße Verdächtigungen gegen den „Deutschen Herold“ ausgesprochen und verbreitet werden. Wir lehnen es ab, in dieser Presse die unwahren Angaben zu herichtigten und uns mit ihr in eine Zeitungspolemik einzulassen.“

Da steht einmal an! Es ist noch nicht lange her, als der Herold in einem Falle „die unwahren Angaben“ der sozialdemokratischen Presse zu „berichtigen“ suchte. Damals, als man nach der Kritik unserer Parteipresse einen ganz ungeheuerlichen Fall korrigiert hatte. Wenn der Herold also jetzt nicht herichtigten und sich in keine Zeitungspolemik einlassen will, wird jedermann wissen, warum er es nicht tut. Wir weisen auch bei dieser Gelegenheit wieder auf die „Volksfürsorge“ hin, das einzig empfehlenswerte Versicherungsunternehmen.

Empfindliche Strafen für einen ausgebliebenen Zeugen.

Unendlich häufig kommt es vor, daß wichtige Zeugen ohne Entschuldigung einer Verhandlung fernbleiben. Die Folge ist dann die Vertagung des Prozesses, die oftmals für denjenigen, dem die Kosten des Verfahrens auferlegt werden, ein recht kostspieliges Vergnügen ist. Auch am Donnerstag spielte in einer größeren Strafsache der wichtigste Zeuge, der Prof. Dr. J. Er hatte dem Gericht keine Entschuldigung für sein Ausbleiben zugehen lassen und deshalb wurde er nach vergeblichem Warten zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem mußte der Prozeß vertagt werden, und das Gericht legte ihm auch noch die Kosten des Prozesses auf, die durch sein unentschuldigtes Ausbleiben entstanden waren. Da zu der Verhandlung 12 Zeugen und zwei Sachverständige geladen waren, dürften die Kosten keine geringen sein, falls er nicht noch nachträglich eine ausreichende Entschuldigung für sein Fernbleiben beibringen kann.

Die Frauen mit den selbstgeschriebenen Empfehlungen.

Wegen Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung stand vor dem Großen Schöffengericht der Arbeiter Erich Tsch. Er hatte im Vorjahre Empfehlungsschreiben selbst angefertigt und diese mit einem falschen Stempel und falscher Unterschrift versehen. Mit diesen selbstverfertigten Empfehlungsschreiben wurden einige Frauen ausgestattet, die im Landstrafe dann als Händlerinnen auftraten. Sie setzten als Empfehlung, daß sie besonders bedürftig seien, das polizeilich hehnhaltige Schreiben vor, worin zu lesen war, daß die Vorzeigerin Witwe sei, deren Mann im Grenzschutz gefallen ist, und die nun sechs oder acht Kinder zu ernähren habe. Zwei Frauen, die mit solchen selbstgeschriebenen Empfehlungen angehalten wurden, sind bereits wegen schwerer Urkundenfälschung, in Tateinheit mit Beihilfe abgeurteilt worden. Tsch. wurde jetzt wegen Beihilfe dazu zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Jungsozialisten!

Jungsozialisten vor die Front zur Flugblattverteilung! Beachtet die in der „Volkswacht“ angegebenen Lokale zur Abholung der Flugblätter.

Breslauer werktätige Jugend

trifft sich heute Abend 20 Uhr im Elisabeth-Gymnasium zu einigen unterhaltenden Stunden. Musik, Rezitationen, parabolische Jugendspiele, die lebende Landkarte bilden das Programm. Jeder komme und freute sich mit uns.

Walter Maschke-Berlin

Jugendleiter des ADGB, spricht Sonntag vormittag 10 Uhr im Großen Saal des Gewerkschaftshauses.
Das Schicksal der proletarischen Jugend ist Kampf gegen Ausbeutung und Schädigung ihrer Arbeitskraft. Wie dieser Kampf zu führen ist, wird allen jungen Arbeitern geschildert werden. Der Vorkämpfer der Arbeiterjugend wird sprechen. Niemand veräume diese Kundgebung der Freigewerkschaftsjugend am Sonntag.

Schwere Gasexplosion.

Heute früh gegen 14 Uhr wurde die Feuerwehr zu einer schweren Gasexplosion nach Opernauer Straße 4 gerufen. Der erste Stock des Grundstückes enthält eine nach der Straße zu gelegene Mittelwohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche und zwei Seitenwohnungen, ebenfalls aus zwei Zimmern und Küche, mit je einem Zimmer nach der Straße zu. In der Mittelwohnung war ein einseitiges Balkonzimmer bis zum 1. Oktober vermielet gewesen und stand leer. Die an der Decke befindliche Gasbeleuchtung war entfernt worden, ohne den Gasleitungen vorchriftsmäßig zu verschließen. Die Inhaber der eigentlichen Wohnung wollten in der Hauptsache nur das Küchengas mit besonderem Zähler benutzt haben. Festgestellt ist, daß der Abperrhahn für den Zähler des Leuchtgases etwas offen stand. Wer den Hahn geöffnet hat, war mit Sicherheit noch nicht festzustellen. Der Wohnungsinhaber war gegen 11 Uhr von der Reise nach Hause gekommen und hat angeblich die Gasbeleuchtung nicht benutzt. Gasgeruch ist zu dieser Zeit nicht bemerkt worden. Das Gas ist in dem erwähnten Balkonzimmer ausgebrochen, hat sich allmählich in der Wohnung ausgebreitet und ist dann wahrscheinlich an der noch vorhandenen Glut des Küchenherdes zur Entzündung und Explosion gekommen, trotzdem die Küche durch das dazwischen liegende Klosett von den genannten Räumen vollkommen getrennt war. Hier in der Küche kam es auch zu einem Brande, der von der Feuerwehr gelöscht werden mußte. Durch die Explosion wurden die Gipsdeckenwände nach dem Klosett und der Küche eingedrückt. Die massive Trennungswand nach dem Schlafzimmer blieb erhalten, jedoch wurde die Tür aufgerissen und im Schlafzimmer die Gipswand nach der angrenzenden Wohnung eingedrückt, desgleichen auch die Trennungswand von der Küche nach der anderen angrenzenden Wohnung. In der Küche schlief ein junger Mann, der durch die einwirkende Gipswand verschüttet wurde, ohne jedoch nennenswerte Verletzungen davonzutragen. Im Schlafzimmer der Mittelwohnung lag das Ehepaar mit den Kindern ebenfalls noch in den Betten. Hier fiel eine schwere Gipsdecke in das Bett und verletzte den Wohnungsinhaber am Bein. In dem Schlafzimmer der angrenzenden Nordwohnung wurde ein Bett verschüttet, das der Wohnungsinhaber kurze Zeit vorher verlassen hatte. Die anderen herunterfallenden Trümmer stürzten verhältnismäßig noch so glücklich, daß sie von einem Bett, in dem eine Frau mit einem Kinde lag, zum Hatten kamen. In dem Vorderzimmer der südlichen Wohnung war durch den Einsturz der Wand auch nur Sachschaden verursacht worden. In der im zweiten Stock gelegenen Mittelwohnung wurde in einem Zimmer der Ofen teilweise beschädigt und ein Bewohner erlitt eine leichte Gasergiftung und einen Herzenschlag. Fast sämtliche Fensterscheiben der ersten Etage wurden herausgerissen und die Gasleitungen beschädigt, so daß der Hauptzähler des Hauses abgepaßert werden mußte. Die Trümmer bilden einen wüsten Anblick, in denen die Bewohner verstört herumhüpfen, da sie zum Teil gegen Feuergefahr nicht versichert und schwer geschädigt sind. Die Aufbaumarbeiten sind noch in vollem Gange und werden noch einige Stunden in Anspruch nehmen. Die Tragfähigkeit des Hauses hat durch die Explosion nicht gelitten.

Ueber die deutsche Sowjetrepublik an der Wolga

sprach am Dienstag Abend im Lokal von Kaufsuf, Friedrich-Wilhelmstraße, der Leiter des „Deutschnorddeutschen Presbiteriums“, Harry Richter aus Berlin. Vor nahezu 200 Jahren gründeten ausgewanderte deutsche Bauern, die vornehmlich aus Hessen, der Pfalz, aus Baden und Württemberg stammten, im Osten des europäischen Kontinents an den Ufern der unteren Wolga die ersten deutschen Kolonien, die heute, — nach vielen Jahren der Unterdrückung und Verfolgung — völlig autonom sind und ihre staatliche Zusammenfassung in der Käterepublik der Wolgadeutschen finden. Als Staatswesen gehört die Wolgadeutsche Republik der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik an und durch diese zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Das Land ist für russische Verhältnisse nicht sehr groß; seine Fläche ist etwas größer als das Areal der Freistaaten Sachsen und Oldenburg zusammen. Genau beträgt der Flächeninhalt 25 000 Quadratkilometer oder 2 725 000 Hektar, die sich auf 11 Kantone verteilen. Das von über einer halben Million Deutschen bewohnte Land ist ein ausgeprägter Agrarstaat. Am besten werden widmen sich die Wolgadeutschen dem Anbau des berühmten Wolgaweizens, ferner dem Roggen- und Tabakanbau. Der Gesamtenergieertrag erreichte im Jahre 1926 30 Millionen Rubel gegenüber 17,5 Millionen Rubel im Jahre 1925. Auch die Viehzucht, vor allem die Schweine- und Pferde- und Rindviehzucht, ist von nicht geringer Bedeutung. Die Industrie stellt sich im Wolgabereich vorläufig nur als Klein- und Hausindustrie dar und weist Textilspinnereien und -webereien, Sägewerke, Tabak- und Lederfabriken, Getreidemöhlen, Korn- und Strohschleifereien und neuerdings auch Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen auf. Doch schreitet die Industrialisierung des Landes tüchtig vorwärts. Für die deutsche Wirtschaft und Technik bietet sich Gelegenheit, an der Wolga fruchtbringende Arbeit zu leisten. Vor einiger Zeit hat die Wolgarepublik auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse den deutschen Kaufleuten und Industriellen ihre Exportmöglichkeiten vor Augen geführt. Mit der Ausdehnung des Exports, der durch die günstige Entwicklung des Landes befördert werden kann, wächst der wolgadeutsche Import, der nicht zuletzt aus Deutschland befrachtet werden kann.
Die Handelsbilanz ist aktiv, das heißt die Ausfuhr übersteigt nicht unbedeutend die Einfuhr. Die Wirtschaft der Republik der Wolgadeutschen beliebert den Weltmarkt seit jeher mit einer ganzen Reihe von Produkten, deren Erzeugung den Bedarf des Inlandmarktes bedeutend übersteigt. So exportiert die Republik vor allem die folgenden Artikel laufend und in größeren Mengen: Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Sonnenblumensaat, Weizen), Getreide, Obst, Gemüse, Sonnenblumenöl, Sonnenblumen, Dölkchen, Lebens- und Genussmittel (Sonnenblumenöl, frische und getrocknete Früchte, Tabak in Blättern), Rohwolle, Därme, Schweineborsten, Knochenmehl, Geflügelfeder, Rauchwaren (Rüch, Stoppelfische, Hosen, Rindfleisch, Zigaretten, Wurst, Marmelade und Karamelle), dann landwirtschaftliche Gegenstände (Spielzeug) und schließlich Arzneikräuter. Zu erwähnen sind ferner die Produkte der wolgadeutschen Sappinindustrie und der Strich- und Korbflechterei. In Zukunft werden für den Exporthandel noch das Sojabohnenöl und die Produkte der Kiewer Bienenfabrik von Bedeutung werden.
Der Import in die Wolgadeutsche Republik besteht gegenwärtig hauptsächlich in landwirtschaftlichen Maschinen und Ge-

Unsere Arbeit im Rathaus.

Ueber dieses Thema wird Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr in sämtlichen

Abteilungs-Versammlungen

abgehalten werden.
Genossen! Es ist von großer Wichtigkeit, zu hören, was unsere Stadtverordneten geleistet haben. Jeder rüste sich mit diesem Material aus, um unseren Gegnern schlagfertig gegenüber zu treten. Lokale und Redner in morgiger Nummer. Parteimitgliedschaft gilt als Ausweis.

Motorräder, der Schrecken der Landstraße!

Wohl jeden Tag kann man lesen, daß Unfälle auf der Landstraße durch wütend gewordene Motorräder verursacht werden. Es ist leider eine feststehende Tatsache, daß sich Automobile durchaus nicht so gefährlich erweisen wie die Motorräder. Am Sonntagabend auf der Chaussee nach Tinz ein Motorradunfall. Resultat: ein Toter und zwei Schwerverletzte, am Sonntag sofort wieder auf dieser Chaussee ein Unfall hinter Waisen, wieder ein Schwerverletzter. Und es kann gesagt werden, daß der Ansehensverlust ist, daß die Motorradfahrer viel weniger Gewissenhaftigkeit besitzen wie die Führer der Automobile. Solch ein Motorradfahrer ist bestraft, selbst unter Hintertankung aller Vorsicht jedes vor ihm fahrende Gefährt zu überholen. Zugegeben muß werden, daß es auch einige, wenn auch sehr wenige, Motorradfahrer gibt, die sich nicht zum Schrecken der Landstraße hergeben. Wenn man einmal gezwungen ist, an einem Sonntag ein Stück der Chaussee nach Schneidnitz zu gehen, so wird man sicher den Eindruck haben, daß alle die Motorradfahrer ihren Stolz daran setzen, den Weg nach Zobten in 20 Minuten zurückzulegen, gerade so, als wenn alle die, die eine längere Zeit brauchen, schwer bestraft würden. Wollen etwa diese Motorradfahrer dafür sorgen, daß die angeblichen 20 Millionen Einwohner in Deutschland, die zuviel vorhanden sind, auf dem Wege des Totfahrens bestraft werden? Jeder vernünftige Motorradfahrer sollte doch auf seine Sportkollegen einwirken, daß solches unnötige Rennen unterbleibt.

* Goldene Hochzeit feiert heute der Invalide, früherer Schiffsmaschinist Franz Brenner, Jahrgang 10, mit seiner Frau Dorothea, geb. Teidel. Die „Volkswehr“ liebt das Paar noch mit Verwandten, da die eigenen Mittel nicht mehr reichen. Aber früher war man überall dabei, wo die Partei rief, und gern unterhalten sich die alten Leute noch von den ehemaligen Kämpfen und Erlebnissen. Möge ihnen noch ein recht langer, sonniger Lebensabend beschieden sein.

* Hauptgewinne der Großen Wollfahrs-Lotterie. Wie uns die Lotteriebant Arndt, Edhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, fielen bei der Ziehung am 5. Oktober die Hauptgewinne auf folgende Nummern: 1. Hauptgewinn auf Nr. 772 541; 2. Hauptgewinn auf Nr. 749 082; 3. Hauptgewinn auf Nr. 688 373; 4. Hauptgewinn auf Nr. 476 686; 5. Hauptgewinn auf Nr. 756 999; 6. Hauptgewinn auf Nr. 514 950; 7. Hauptgewinn auf Nr. 480 858; 8. Hauptgewinn auf Nr. 449 434.

* Reichsband der Kinderreichen, Bezirk Sandvorstadt. Sonnabend, den 8. Oktober, Gaststätte zum „Vesling“, Adalbertstraße 10: „Dankfest“. Gäste willkommen. Dienstag, den 11. Oktober, 8 Uhr abends: Bezirksversammlung im „Sennig-Ausjahn“, Lehndamm 82. Dienstag, den 18. Oktober, 8 Uhr abends: Versammlung der Frauengruppe, Mittelstandsstraße, Hirschstraße 28.

* Die jahrende Küche. In den Straßen der Stadt erregt seit einigen Tagen ein großes Reklameauto einer Frühgemüse-Konferenzenfabrik aus Pringenhagen in Holland großes Aufsehen. Es ist mit Kochgelegenheit ausgestattet und es werden von fünf jungen Mädchen, in Weiß gekleidet, Kochproben an Kauflustige abgegeben.

* Die jurgische Kunstausstellung am Jos, die kürzlich geschlossen wurde, hat Breslau und Schlessen einen vollen Erfolg gebracht, unter besonderer Berücksichtigung des vor uns liegenden jurgischen Materials Berliner und Dresdener Ausstellungen dieses Jahres. 8000 Besucher zählte die Ausstellung in sieben Wochen, zirka 40 Werke wurden verkauft. Der Minister für Kunst und Wissenschaft unterstützte die ideale Arbeit mit einer einmaligen Unkostenbeihilfe von 1000 Mark, desgleichen die Provinz Schlessen mit 1000 Mark und die Stadt Breslau mit 2000 Mark. Außer den in Privatbesitz übergegangenen Werken kaufte der Staat Arbeiten von D. Kalina, Grete Jahr-Queißer, Th. Myriel. Die Stadt Breslau von A. Buchwald, E. Fuhs, R. Hode, G. Jahr-Queißer, G. Kassel, R. Schöber. Mit einer Reihe von Veröffentlichungen in sehr gelehrten deutschen Zeitschriften und Zeitungen ist diese Ausstellung im ganzen Reiche bekannt gemacht worden.

* Sumboldverein für Volksbildung, E. B. Es sei hierdurch auf die Montag, den 10. Oktober, im Verkehrsbüro Barock, Ring 31/32 (Eingang Schulstraße) beginnende Ausgabe der Teilnehmerkarten für die Vortragsreihen und Lehrgänge der Akademie hingewiesen. Die Eintrittskarten für alle anderen Veranstaltungen sind auch dabei und in der Geschäftsstelle zu haben. Aufnahme neuer Mitglieder werktätig von 10 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle Sadowastraße 47, 1. Stock.
* Gewinner gesucht. Ein Hauptgewinn der Großen Wollfahrs-Lotterie fiel auf die Nr. 756 999 in die Kasse der Lotteriebant Arndt, Breslau, Edhaus Tauentzienplatz 1. Der Gewinner kann sich bei uns melden.

Nur noch heute 5 und 8 Uhr
Gewerkschaftshaus Lichtspielen
der Film
Mensch unter Menschen
Kinder und Jugend hat Zutritt. Uebliche Preise.
Arbeiter-Sport-Karte (E. B.)

* In den städtischen Freibädern, Männerbad Ohltauffen und Freibad Westend, gesundenen Sachen, Badehosen und Trikots, Hemden, Hosen, Handtücher, Mägen, Schwämme, Kämme usw., können in der Hundewahrsstelle des Magistrats, Kriegerstraße 8/10, von den Verkäufern abgeholt werden.

* Der Frauenverein zur Speisung und Bekleidung der Armen in Breslau (Suppen-Anstalten), hält am Dienstag, den 18. Oktober, um 17 Uhr, im Sitzungssaal des Wohlfahrtsamtes, Ritterstraße 1, seine diesjährige Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Vorstandswahlen, Eröffnung einer Kasse und Bejahung über weitere Verbesserungen.

* Breslauer Zentrale für Jugendhilfe. Mittwoch, den 12. Oktober, 20 Uhr, pünktlich, spricht Universitätsprofessor D. Wegner im Schwurgerichtssaal des Landgerichtgebäudes, 1. Stock (Eingang nur Ede Neue Graupenstraße), über „Strafrechtsreform und Schutz der Jugend“. Eintritt auch für Nichtmitglieder frei.

* Töblich verunglücktes Kind. Am Donnerstag nachmittags gegen 17.30 Uhr, wurde vor dem Grundstück Zehnerstraße 13 der fünfjährige Bernhard P. o. h., Zehnerstraße 10, wohnhaft, von einem Lastfuhrwerk überfahren und dabei sofort tot auf der Straße liegen. Der Knabe hatte sich an die Deichsel des Anhängers an dem Fuhrwerk gehängt, ohne daß dies von dem Kutscher bemerkt worden war, und fiel so unglücklich aus dieser hängenden Stellung auf das Pflaster, daß die Räder des Anhängers über ihn hinweggingen. Die Leiche wurde in die Wohnung der Eltern geschafft.

* Einen Selbstmordversuch unternahm am Donnerstag mittags die Hausangestellte M. K. in der Wohnung ihrer Dienherthchaft. Sie wurde bewußlos in der Küche aufgefunden und mit dem Krankenauto der Feuerwehr ins Wenzel-Bad, Krankenhaus geschafft.

* Schaufensterbruch. In der Nacht zum 7. d. Mts. ist ein Schaufenster des Kaufhauses Nothenburg, Lohestraße 36 erbrochen worden. Bisher sind die Feststellungen was bei dem Einbruch geschlohen wurde noch nicht abgeschlossen.

* Ein Wäscheboden wurde im Hause Neuhofstraße 32 erbrochen und daraus eine ganze Anzahl Wäschestücke gestohlen.

* Marktwaren im Werte von 250 Mark wurden in der Nacht zum 6. Oktober durch einen Einbruch aus der Küche der Gastwirtschaft Hermann Glabe, Lohestraße 43, gestohlen.

* Eine Briefkassette mit 100 Mark und Ausweispapieren stahlen unbekannt Täter einem Obstpächter in einem Lokal in der Messergasse, während in einer Lokalität auf der Stadtplan die Uhr in der Westentasche eines Schaufflers unbekanntes Diebhaber fand.

* Ein Fahrrad wurde einem Arbeiter vor dem Arbeitshaus entwendet. — Ein weiterer Raddiebstahl wurde im Hause Wülfersstraße 14 ausgeführt.

* Ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Auto ereignete sich heute Vormittag gegen 11 Uhr an der Ede Hauptstraße und Fränkelplatz. Das Rad wurde unbrauchbar.

* Verunglückter Radler. Heute früh, gegen 9 Uhr, fuhr ein Fuhrwerk aus Kriern auf der Ohlauer Straße in einen Radfahrer hinein. Das Hinterrad des Fahrrades wurde stark beschädigt. Der Besizer mußte erheblich verletzt mit der Straßenbahn keine Wohnung aufsuchen.

* Eine seltene Blume. Im Schaufenster von Singers Nähmaschinenfabrik, Schwenditzer Straße, ist die seltene Blühende Klänge Haemanthus Bulbiume, ausgepflanzt. Besizerin Frau Dabitus, Sobrechtufer.

* Zusammenstoß. Gestern Abend nach 6 Uhr rief auf der Westendstraße ein Radfahrer mit einem Dieserauto zusammen, wobei er zu Falle kam und sich Verletzungen an der Stirn und rechten Hand zuzog. Ebenfalls wurde sein Rad stark beschädigt.

* Einem auswärtigen Viehmarktbesucher sollen in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch aus seiner Briefkassette 150 Mark abhanden gekommen sein, während der Rest, 800 Mark, noch unversehrt drinnen lag.

Wöchentliche Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kriern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).
Die Stationen der 50. Familie ziehen vom Ostwind über Island nach dem Eismeer. Ihre langgestreckten Fronten reichen über Skandinavien bis nach Westeuropa. Sie bringen uns hauptsächlich vorübergehende Bewölkung und unwesentliche Niederschläge. Da wir mit diesen Störungen in den Bereich eines milderer maritimer Luftmassen gelangen, werden die Temperaturen wieder etwas ansteigen.

Wünschten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge: Bei nordwestlichem, nach West drehendem Winde vorübergehend bewölkt und geringe Niederschläge, später zeitweise wieder aufheiternd. Stellenweise Morgennebel, etwas milder.

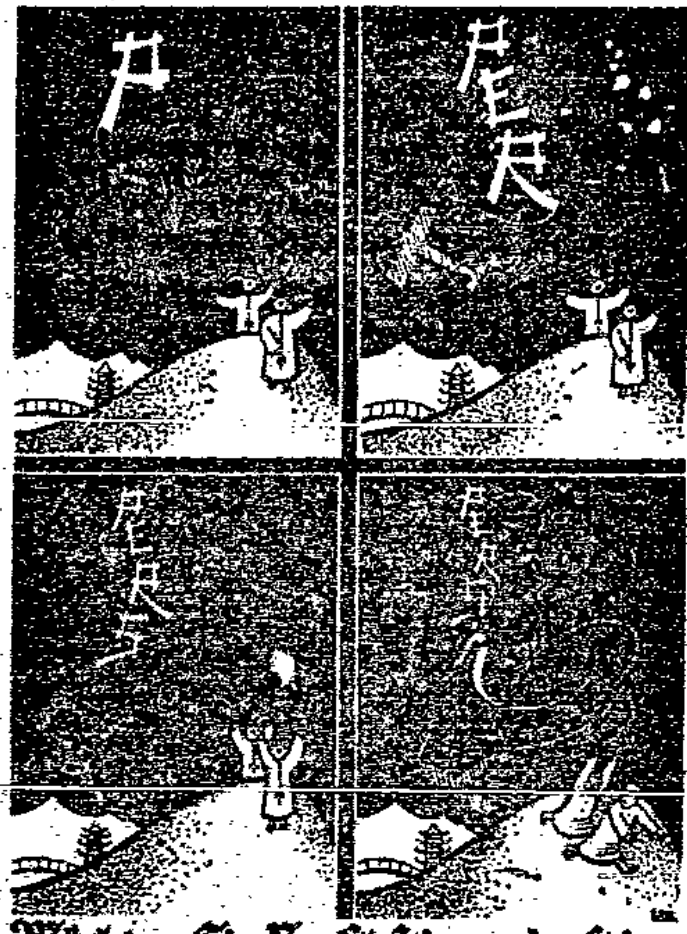
Wünschten für das schlesische Hochgebirge: Bei kaltem nordwestlichen Winde neblig-bewölkt, nur leichte Niederschläge, geringer Temperaturanstieg.

Bereinstalender.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.
Zachgruppe der Fuhrer. Am Sonnabend, den 8. Oktober, 19.30 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, unsere Monatsversammlung statt.

Zachgruppe der Mieseler. Am Sonnabend, den 8. Oktober, findet um 19.30 Uhr im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses unsere Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen.
Die Zachgruppenleiter.

Baugewerkschaft Gewerkschaft. Sonntag, 13. Okt., findet im „Kaufmanns-Casino“ eine Mitgliederversammlung statt. Jedes Mitglied der Baugewerkschaft hat zu erscheinen.
Die Vereinstellung.



Möchten Sie Peril-Mieger in China sein?

So billig

1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.

Eisenhandlung Zentrum Oderstraße Nr. 3

- Genossen!**
 Besucht auch rechtlich heute abend von 8 Uhr an in nachfolgenden Lokalen
 die bez. Abteilungsbesetzung. Je mehr Genossen sich einfinden, desto weniger
 braucht der wägenere Vereinen.
- 1. Scholz, Schillerstraße 23.
 - 2. Holhoff, Oststraße 27.
 - 3. Koster, Bismarckstraße 27.
 - 4. Kofschid, Kufelstraße 15.
 - 5. Drescher, Holtenstraße 16.
 - 6. Glaser, Bergstraße 22.
 - 7. Kilt, Berliner Straße 82.
 - 8. Pufsch, Gunglauer Straße 2.
 - 9. Bräuer, Köpckeplatz 95.
 - 10. Müller, Alsenstraße 62.
 - 11. Gortshaus, Koenigsstraße 27.
 - 12. Bell, Friedrich-Karlstraße 26.
 - 13. Heintze, Kaiserstraße 70.
 - 14. Grotz, Alsenstraße 37.
 - 15. Heintze, Alsenstraße 37.
 - 16. Hartmann, Alsenstraße 43.
 - 17. Heine, Dammstraße 1.
 - 18. Wolf-Muschant, Matthiesstraße 140.
 - 19. Krause, Koenigsstraße 42.
 - 20. Goetz, Enderstraße 11.
 - 21. Krenner, Kreuzstraße 44.
 - 22. Grotzberg, Matthiesstraße 175.
 - 23. Haube, Alsenstraße 26.
 - 24. Wolf, Schwabstraße 15.
 - 25. Kamert, Alsenstraße 16.
 - 26. Grotz, Alsenstraße 13.
 - 27. Jente, Ofener Straße 2.
 - 28. Parteisekretariat.
 - 29. Grotz, Grünstraße 10, Wohnung.
 - 30. Hartmann, Lehmgartenstraße 50.
 - 31. Langner, Auguststraße 106.
 - 32. Jees, Neuborstraße 99.
 - 33. Kierstein, Neuborstraße 15, Wohnung.
 - 34. Kluge, Wappstraße, Kleine Großengasse 11.
 - 35. Kählerhof, Gräbener Straße 181/183.
 - 36. Kausch, Kaiser-Wilhelmstraße 130/141, Wohnung.
 - 37. Gewerkschafts-Restaurant, Gammeler Straße.
 - 38. Kache, Gräbener Straße 123.
 - 39. Wladowitz, Alsenstraße 103.
 - 40. Kersch, Alsenstraße 95.
 - 41. Kersch, Alsenstraße 95.
 - 42. Wöhm, Dittweg 15, Wohnung.
- Kauf, an die Arbeit!**

Partei-Schulungsausschuss. Heute abend fällt der Vortrag aus. Jeder be-
 teiligte sich bestimmt an der Flugblattverteilung. **Vortrag:** Vertragshand-
 lung, den 14. Oktober, pünktlich 19.30 Uhr, in der Aula der Gewerkschule.
Genosse, Professor Kofschid: „Der Antro-Marxismus und die Stellung
 der Österreichischen Sozialdemokratie in der Internationalen.“
Direkt 2. Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Vorbereitung
 beteiligen, treffen sich Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Diskussionsklub, Belfort-
 Straße, Ecke Alsen- und Bismarckstraße.
Direkt 3. Freitag, also heute, abends 7 Uhr, findet nach der Flugblatt-
 verteilung eine sehr wichtige Funktionärsversammlung bei Koster, Bismarckstraße 27, statt.
 Alle Funktionäre und Mitarbeiter sind eingeladen.
Direkt 25. Sonnabend, den 8. Oktober, im großen Saal des Gewer-
 schaftshauses, Nachmittags mit Jubiläumsgesang. Neben der Ansprache des Ge-
 nossen Karl Wache werden der Arbeiter-Gesangverein „Großhörn“ und die
 Jungsozialisten mit. Alle Freunde sind eingeladen.
Direkt 32. Sonnabend, den 8. Oktober, findet bei Jees, Neuborstraße 99,
 eine außerordentliche Direktorenversammlung statt. Alles hat pünktlich 8 Uhr zu
 erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Jugend.
 Seite 2 und 8. Sonntag abend, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13.
 Lichtbildvortrag des Genossen Ohlig über „Kartellaturen aus der Tagespolitik“.
 Seite 5. Die Partei ruft! Genossen, wir treffen uns um 5.30 Uhr bei
 Genossen Wappschalk, Alsenstraße 78.
 Sprecher. Dienstag, Probe. Jeder erscheint.

Breslauer Produktenbörse vom 6. Oktober.

**Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom
 6. Oktober 1927 gehaltenen Preise in Reichsmark bei stetiger Bezahlung (nur
 für Kartoffeln alle der Erzeugerpreise nachstehend Breslau in vollen Waggons-
 ladungen. Tendenz: Getreide: Ruhig. — Kartoffeln (Erzeugerpreise):
 etwas fester. — Mehl: Still.**

Tägliche amliche Notierungen (100 kg.)

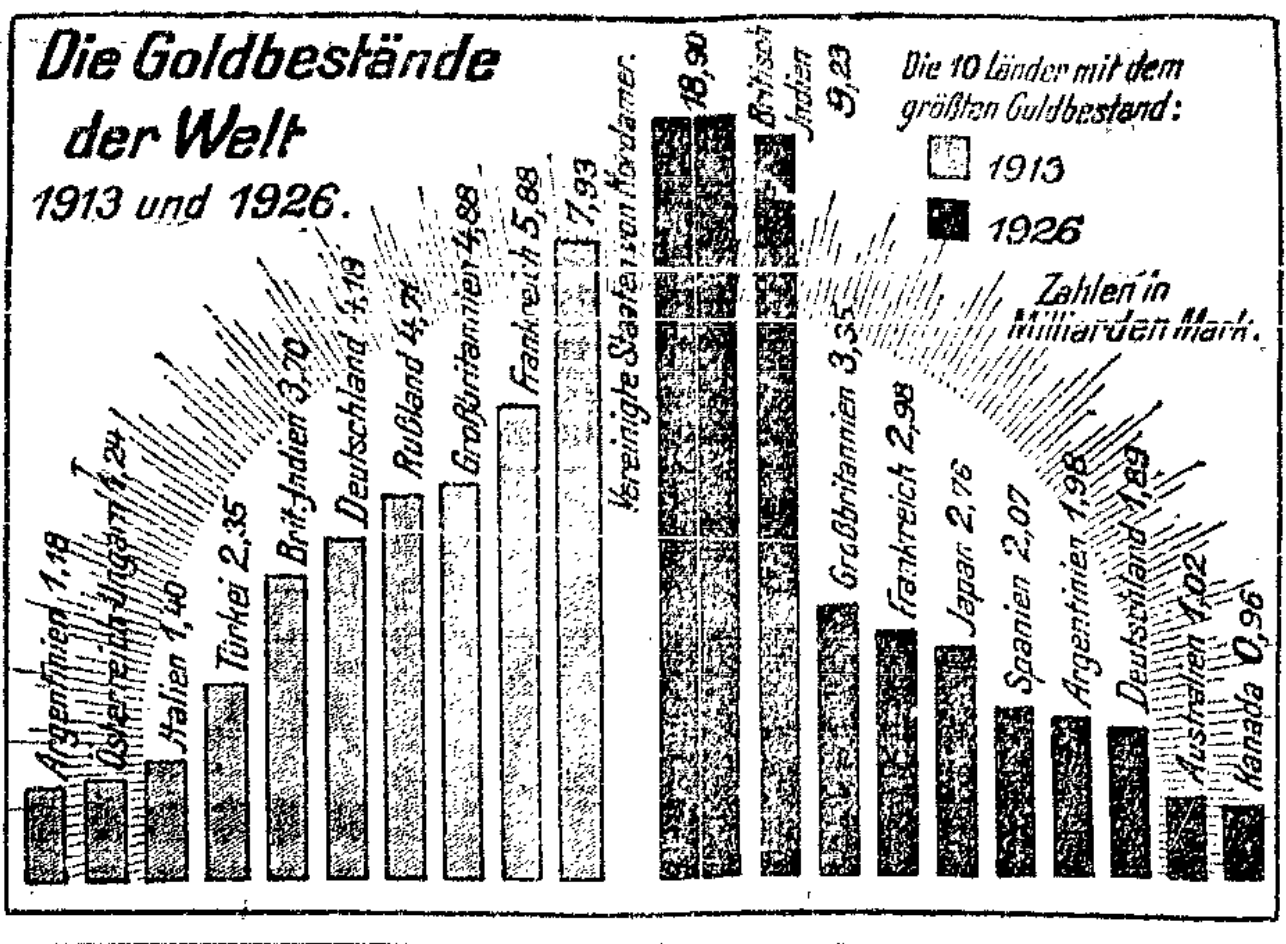
Getreide:	6	5	Maltsorten:	6	5
Weizen 74 kg)	27,00	27,00	Winterweizen	—	30,00
Roggen 71 kg)	26,30	26,30	Weinlagen	—	36,00
Haf	20,20	20,20	Senflagen	—	33,00
Braugerste	25,00	25,00	Hausflagen	—	—
Mittlergerste	22,00	22,00	Blaumohn	—	76,00
Wintergerste	22,00	22,00			

**Speise-Kartoffeln (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau: Rote und weiße
 je 2,80, gelbe 3,10
 Fabrikartoffeln (in W. je nach Stärke-Prozent) 12—12½, je nach Lage
 der Verladung des Erzeugers.**

Amliche Notierung für Mühlenenergie (je 100 kg.)

	6	5	Auszugmehl	6	5
Weizenmehl	38,75	37,75		43,75	43,75
Roggenmehl	37,50	37,50			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Prop.,
 feinerer Sorten werden höher bezahlt.



Die Goldbestände der Welt.
 Während man in ältester Zeit das
 Gold zum Schmuck des menschlichen
 Körpers benutzte, ging man im alten
 Ägypten dazu über, Goldmünzen zu
 prägen und damit ein neues Tausch-
 mittel zu schaffen. Die Rolle, die das
 Gold heute spielt, ist bekannt und am
 meisten bekannt bei der breiten Masse
 des arbeitenden Volkes, die das Gold
 ja nur sehr spärlich erhält. Die Gold-
 bestände der Welt erhöhen sich von
 Jahr zu Jahr; ihre Verteilung auf
 die wichtigsten Staaten hat seit Kriegs-
 beginn eine durchgreifende Veränderung
 erfahren. Nur die Verein. Staaten
 von Nordamerika, das Land, das am
 Kriege am meisten verdiente, hat die
 Spitze unter den zehn Ländern mit
 dem größten Goldbestand zu halten
 vermocht. Alle übrigen Staaten haben,
 wie ein Blick auf unsere Statistik
 zeigt, heute wesentlich andere Gold-
 bestände als im Jahre 1913.

Wirtschaft.

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag unterzeichnet.

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag ist am Donnerstag unterzeichnet worden. Ohne Zweifel wird der Vertrag die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien verbessern. Wie wichtig das für Deutschland ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die schwere Industrie in Deutschland und die deutsche Maschinenindustrie stark an den Neuanlagen in Jugoslawien und an der Umstellung der Landwirtschaft auf den Maschinenbetrieb mit Lieferungen beteiligt sind. Wir bedauern nur, daß wesentliche Handelsgegenstände zwischen den beiden Staaten nicht in den Vertrag einbezogen worden sind. Naturgemäß konzentrierte sich das Interesse Jugoslawiens auf die Einfuhr agrarischer Artikel nach Deutschland. Es sind auch für die wichtigen Objekte, Futtermittel und gebörte Pflanzen, durch Deutschland Handels-ermäßigungen gewährt worden. Für den bedeutendsten Ausfuhrartikel Jugoslawiens, die Schweine, haben die deutschen Unterhändler aber, mit Rücksicht auf die ungerechten deutsch-polnischen Verhältnisse, keinerlei Erleichterungen gewährt. Unter diesen Umständen halten sich auch die jugoslawischen Konzeptionen in immerhin bescheidenen Grenzen. Es zeigt sich immer mehr, daß der deutsch-polnische Zollkrieg nicht nur eine unerträgliche Belastung für die deutsche verarbeitende Industrie, vor allem der Ostgebiete ist, sondern sich auch bei der Regelung der Handelsbeziehungen zu anderen Ländern verhängnisvoll auswirkt.

zahlreichen Unterabteilungen ist eine der Gruppen, deren Aufbau nach der Depression am ersten vollendet war.“
 Ueber die Beteiligung des Auslands an der Messe wird gesagt, daß besonders Oesterreich und Frankreich durch umfangreiche Gruppen vertreten waren. Gegenüber den früheren Messen ist die Auslandsbeteiligung gewachsen.

**Produktions- und Belegschaftsentwicklung in der welt-
 überschleifischen Zink- und Bleierzindustrie.**

Die Produktion der deutsch-österreichischen Zink- und Bleierzgruben sowie der Zinkwalzwerke betrug im August laut Fachblatt „Industrie-Kurier“ in: Galmei 408 Tonnen (321 Tonnen), Zinkblende 19 390 Tonnen (19 018 Tonnen), Bleierzen 1359 Tonnen (1362 Tonnen), Schwefelzink 520 Tonnen (516 Tonnen), Zinkblech 817 Tonnen (805 Tonnen) und in Zinkblei 6 Tonnen (7 Tonnen). Die Produktionssteigerung ist darauf zurückzuführen, daß sich der Zinkblechmarkt im August wider Erwartung außerordentlich belebte, eine Bewegung, die sich bekanntlich im September nicht fortgesetzt hat. Der Belegschaftsstand der Zink- und Bleierzgruben erhöhte sich bis Ende August auf 4002 (3996) Arbeiter, von denen 1822 (1819) unter und 2180 (2187) über Tage beschäftigt waren. Der Belegschaftsstand der Zinkwalzwerke verminderte sich von 174 auf 172 Mann.

Dividendensteigerung in der Zellstoffindustrie.

Der Verein für Zellstoffindustrie A.-G. in Berlin kann seine Dividende von 8 auf 10 Prozent erhöhen. Die Zahlen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zeugen von einem außerst günstig verlaufenen Geschäftsjahr. So steigerte sich der Fabrikationsgewinn von 1,96 Millionen Mark auf 1,938 Millionen Mark, während die Handels- und allgemeinen Unkosten von 821 000 Mark auf 594 000 Mark zurückgingen. Die Abschreibungen wurden von 264 000 Mark auf 268 000 Mark erhöht und der Gewinnvortrag für das nächste Geschäftsjahr von 75 000 Mark auf 86 000 Mark. Trotzdem wuchs der Reingewinn von 340 000 Mark auf 498 000 Mark. Ueberflüssig ist zu sagen, daß das Maschinen- und Grundstückskonto gegenüber dem Vorjahr abermals stark angewachsen ist. Bei dem günstigen Ergebnis des Zellstoffvereins spricht, wie schon die Senkung der Handels- und allgemeinen Unkosten beweist, die Modernisierung der Betriebe mit.

Starke Steigerung des Absatzes in Kali.

Das Deutsche Kalisyndikat teilt mit: „Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats im September 1927 betrug 1 186 290 Doppelzentner Reinkali gegen 825 890 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Der Absatz in den ersten fünf Monaten (Mai bis September) des laufenden Düngejahres beträgt 4 180 227 Doppelzentner Reinkali gegen 3 957 233 Doppelzentner Reinkali in den ersten fünf Monaten des Düngejahres 1926/27. Der Absatz in den ersten neun Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 10 069 953 Doppelzentner Reinkali gegen 8 725 012 Doppelzentner Reinkali in den ersten neun Monaten des Kalenderjahres 1926.“

Erhöhung der Baumwollpreise.

Auf der am Mittwoch abgehaltenen Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart sind, wie uns berichtet wird, die Preise für Baumwollgarne durchweg um 1 Dollarcentis pro Kilogramm in die Höhe gegangen. Dagegen blieb der Preis für Baumwollgarnen unverändert.

Befriedigender Abschluß der Kölner Herbstmesse.

Das Kölner Mesamt verbreitet über das Ergebnis der Kölner Herbstmesse einen abschließenden Bericht, in dem es u. a. folgendes feststellt: „Die günstigen Vorzeichen, unter denen die Herbstmesse eröffnet werden konnte, sind durch den vollen Erfolg der Messe bestätigt worden. Mit der diesmaligen Veranstaltung hat die Kölner Messe ihre endgültige Form gefunden, die ihrer wirtschaftlichen Eigenart angepaßt ist. Die Möbelmesse ist heute bei weitem die größte Möbelmesse Deutschlands, auf der nicht nur die rheinisch-westfälische Industrie vollständig vertreten ist, sondern auch die ersten Firmen der Pfalz und Mitteldeutschlands. Ebenso hat die Textilmesse in der weit-deutschen Textilindustrie eine stark ausgeprägte Eigenart gewonnen. Die Messe des Haus- und Wohnungsbedarfs mit ihren

Billige Heringstage

Mehrere Ladungen Heringe diesjähriger Fang, zart und fett

6 Stück 25 Pf.

gelangen in diesen Tagen in unseren Lebensmittel-Verteilungsstellen zum Verkauf.

Konsumverein „Vorwärts“

Soziales.

Gegen die Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafnarbeit.

Ueber „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafnarbeit und der Arbeit des Seipersonals auf den Schiffen“ wurden auf der 4. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene, die dieser Tage in Hamburg tagte und von mehr als 700 Vertretern in- und ausländischer Organisationen besucht war, eine Reihe instruktiver Vorträge gehalten. Obergewerberat Barlow-Hamburg, der über technische Maßnahmen zur Hygiene und Unfallverhütung in der Werftarbeit sprach, erklärte, es sei das fassbarste, was man tun könne, wenn man an Schutzmaßnahmen für die Arbeiterarbeit sparen wolle. Oberarzt Dr. Kofschid, Hamburg, wies in seinem Vortrag über Unfälle bei Hafn- und Werftarbeit darauf hin, daß rund 15 Prozent der Werft- und Hafnarbeiter von Unfällen betroffen werden. Während die Werftarbeiter meist leichtere Verletzungen davontragen, werden die Hafnarbeiter weit schwerer betroffen. Professor Dr. Schwarz teilte mit, daß das Vordringen der Dampferzeugung der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Maschinenmannschaften sehr zugute gekommen sei, weil beim Heizen der Heizer und der Kohlen-trimmer überflüssig die Temperatur im Maschinenraum erträglich wird.

In der Aussprache, an der sich auch Vertreter der Freien Gewerkschaften, wie Hachuel und Vogl vom Verkehrsverband beteiligten, wurde betont, daß es darauf ankomme, die Unfälle im Hafen überhaupt zu vermindern. Trotz geringerer Ladetonnage gegenüber der Vorkriegszeit und trotz günstigerer Arbeitsverhältnisse wird noch immer eine Steigerung der Hafnunanfälle gemeldet. Das lasse sich nur durch das schnelle Arbeitstempo erklären.

Die Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene brachte eine Fülle von Anregungen, die hoffentlich bei der Neugestaltung des Arbeitergesetzes entsprechende Berücksichtigung finden.

Die kommenden Wahlen zur Angestelltenversicherung.
 Im November werden die Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung nach einer von der neuzeitlichen Entwicklung unberührt gebliebenen Wahlordnung neu gewählt. Die Wahl-schlacht ist bereits im Gange. Schon entfachen die Gegner des Sozialen Fortschrittes gegen die freien Angestelltenverbände des A.V.-Bundes eine heftige Polemik. Die im sogenannten Haupt-ausschuß für die Sozialversicherung der Angestellten vereinigten Gegner einer besseren Wirtschaftlichkeit und sozialen Vernunft in-

der Geschäftsführung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verfahren es nicht, mit den plumpsten und größten Mitteln den Pressefeldzug zu führen, wohl deshalb, weil sachliche Einwände gegen die berechtigte Kritik an dem Angestellten-versicherungs-gesetz und den ausführenden Körperschaften nicht ge-funden werden.

Die Handlungsgehilfen und Büroangestellten wissen genau, um was es bei den Vertrauensmännerwahlen geht. Der Haupt-ausschuß will die Mißverhältnisse in der Angestelltenversicherung weiterhin unterstützen und fördern. Die im A.V.-Bund zusammen-geschlossenen Verbände verlangen von der R.F.A. eine Finanz-politik, die in erster Linie von sozialen Gesichtspunkten getragen ist. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unfug, aus den Beiträgen der Angestellten und Arbeit-geber ein Vermögen von über eine halbe Mil-liarde Reichsmark anzuhäufen, ohne aber ernst-lich den Angestellten mit entsprechenden Lei-stungen zu dienen. Die Rentenseitungen sind unzulänglich, die Ruhegelder sind dürftig und werden erst nach Voll-endung des 65. Lebensjahres gewährt. Die Ge-nehmigung der Heilverfahren zur Erhaltung oder Wieder-herstellung der Arbeitsfähigkeit der Angestellten ist einer Will-kürlichkeit sondergleichen unterworfen. Währ-jährlich erkranken viele Tausende von Angestellten an Folgeerkrankungen des zermürbenden Produktionsprozesses der Wirtschaft. Hier kann und muß die Angestelltenversicherung als Ergänzung der Kranken-versicherung ein hundertprozentiges soziales Werk vollbringen. Menschendünne ist jetzt die dringlichste Forderung im Interesse des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft. Die R.F.A. lehnte im Jahre 1926 über 98 Prozent der durch ärztliche Zeugnisse be-glaubigten Heilverfahrensanträge ab. Und viele der mit Heilver-fahren „beglückten“ Angestellten beschwerten sich bitter über den Zustand und über die Behandlung in den Sanatorien. Den Ver-trauensmännern des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Ver-bandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten um vom Haupt-ausschuß, die in den letzten Jahren in der Angestelltenver-sicherung „gewirkt“ haben, sind die Beschwerden nicht unbekannt geblieben. Trotzdem erfolgte keine Besserung der Mißstände.

Was tut die R.F.A. zur Vorbeugung von sozialen Schäden der Angestellten? Unterstützt sie etwa wesentlich die Bau-tätigkeit der Angestellten? Nein, für eine solche soziale Schutzmaß-nahme von eminenter Wichtigkeit für die Wirtschaft des Volkes hat die R.F.A. fast nichts übrig. Dafür gewährt sie reichlichen Kreditschüssen Kredite. Gegen den Kreditandal hat der A.V.-Bund mit Erfolg gekämpft. Den gewinnbringenden Kredit-vernichtern ist zunächst das Handwerk gelöst worden. Wer also will, daß die Angestelltenversicherung den Aufgaben gerecht wird, die zu erfüllen, der mache sich die Forderungen des A.V.-Bundes zu eigen, die ihr Programm bestimmen: Aufbau und Ausbau!

Stadtheater
Freitag 10.30 bis 22.30
Ab. Wort. Serie II
Don Carlos.
Sonnabend 20 bis gegen 22.15:
Iphigene auf Tauris
Sonntag 20 bis gegen 22.15:
Die Schneider von Schönau.

Lobe-Theater.
Tel. Ring 6774, 1704
Freitag, 20 Uhr:
Zum letzten Male:
„Der Jar“
Tragödie des Orients
von Hanns Goble
Sonnabend, 20 Uhr:
Uraufführung!
Singende Galtenvogel
Drama von Maxon Sincalr.

TON Fürstenstr. 33
Das Meisterwerk
nordischer Filmkunst
Der tanzende Tor
(Der goldene Clown) 10 Akte
mit
Gösta Ekman und Karina Bell.
Großes Lustspielprogramm — Deullig-Woche
Sonntag 3 Uhr: Jugend-Vorstellung.

Warbur Lichtspiele
Nur bis Montag!
Hella Moja und Carl de Vogt
in dem stärksten Marinefilm:
„U 9, Weddigen“
Ein Heldenschauspiel in 6 Akten.
Ferner **Der gewaltige Stillschläger:**
„Die Verdorbenen“
6 Akte.
Deullig-Woche!
Sonntag 3 Uhr: Gr. Kindervorstellung
„U 9, Weddigen“
and Grotteske. 9945

Billiger Fleisch-Verkauf!
Schweinefleisch Pfd. 0.90 und 1.00
Schweinefleisch Pfd. 1.10
Schweinefleisch Pfd. 1.20
Schweinefleisch Pfd. 1.20
Frischer Speck und Lungenfett Pfd. 1.10
Deutscher Räucherpeck Pfd. 1.10
Kindfleisch ohne Knochen Pfd. 1.10—1.30
Suppenfleisch Pfd. 0.80—1.00
Kalbfleisch Pfd. 1.00—1.20, Ohne Knochen Pfd. 1.30—1.50
Rauhfleisch Pfd. 1.20
Pökelfleisch Pfd. 1.00—1.20
Gepökelte Eisbeine Pfd. 1.00
Gulaschfleisch Pfd. 0.90
Gehacktes Pfd. 0.90
Leberwurst und Preßwurst Pfd. 0.20
Mettwurst und Preßkopf Pfd. 0.25
Knoblauchwurst Pfd. 0.70 Polnische Pfd. 0.80
Gekochter und roher Schinken Pfd. 0.85
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
empfehlen zu billigsten Preisen 994

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 20 Uhr:
„Die Königin“
Sonntag 15 1/2 Uhr:
„Drei arme kleine Mädel“

Lieblich
Theater
Tel. Stephan 34646
Täglich 20 Uhr
Der Sensationserfolg
Powers-Riesen-Tanz-Elefanten
Jed. Sonntag auch 13.30 Uhr
Famil.- u. Kind. Vorstellg.
Volles Programm zu ermäßigten Preisen.

Fred Thompson
im Doppelprogramm
„Klettermaxe“ „Der nächtl. Kämpfer“
Kriminalfilm Wild-West
15 Akte
Odeon-Lichtspiele
Taschenstr. 20 an der Lieblichsböge

In der rauhen Jahreszeit ist ein
alterprobtes
Abwehrmittel gegen Erkältung
ein gutes Glas
Glühwein oder Grog.
Zur Bereitung desselben empfehle ich
als ganz besonders gut bekömmlich und
sehr preiswert:
1924er Montagne . . . per Fl. Mk. 1.25
Jamaika-Rum-Verzchnitt
1/4 Fl. Mk. 3.00 3.50 4.50
1/2 Fl. Mk. 1.60 1.85 2.35
Batavia-Arrak-Verzchnitt:
1/4 Fl. Mk. 3.50 4.50
1/2 Fl. Mk. 1.85 2.35
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei, Tee-Import
Waren-Verhandlung u. Weingroßhandlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Jede Kindtaufe
Jede Konfirmation
Jede Verlobung
Jede Hochzeit
Jeder Geburtstag
Jedes Wochenende
Jeder Festtag
Jeder Feiertag
wird erst
zur richtigen Feier
durch
Liköre und Weine
von

Zentral-Theater Westendstr. 50/52.
Freitag — Montag
Arme kleine Sit!
Ein Frauenschicksal in 6 Akten mit
Grete Mosheim, Paul Wegener Frieda Richard
Dazu: **Höhere Gewalt**
und Jimmy's Wege zu Kraft und Schönheit
zwei Grottesken tollsten Humors. 9954
Emeka-Woche.

Kaiser-Lichtspiele:
N. Schweidnitzer Straße 19
Wochentags:
Vormittags-Vorstellung
ab 10 Uhr.

Herzberg & Co.
Höfchenstr. 48
Blücherplatz 17-18
Leuthenstr. 10
Klosterstr. 64
Michaelisstr. 3
Preislisten und Rezepte zur Bowlenbereitung gratis.

Guter und preiswerter Fleisch-Verkauf
Schweinebauch Pfund Mk. 1.00
Schuttel 1.10
Kamm 1.20
Speck und Fett 1.10
Rindfleisch, prima mit Knochen, ohne 1.20
ohne 1.40
Empfehle meine prima Knoblauchwurst
1/4 Pfd. 0.25, Polnische 1/4 Pfd. 0.30
Fläschermeister
Gustav Barisch, Hammerel 16

Kaiser Wilhelm Theater
Gartensstraße 85.
Der waghalsig. Sensations- und Abenteuerfilm:
Der Kapitän von Singapore
In der Hauptrolle:
Lon Chaney,
Der Meister der 1000 Masken.
Ferner:
Der große Liebes- und Kriminal-Roman:
„Die im Schatten leben“
mit **Norma Shearer.**

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Bekanntmachung!

Am 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, eröffne ich allgemeinen Bedürfnissen entsprechend
Matthiasstraße 124, am Weissenburger Platz, ein modernes Geschäft für

Herren- und Knaben-Bekleidung, Herren-Artikel und Wäsche

Durch Verbindung und direkten Bezug mit den ersten Fabriken der Branche bin ich in der Lage, eine

Herren-Bekleidung

zu bringen, die in Bezug auf Verarbeitung und Preisen eine **Spitzenleistung** bedeuten wird.

Jedermann

auch der Minderbemittelte, dürfte nunmehr in der Lage sein, sich selbst bei den bescheidensten Mitteln gut zu kleiden.

Passende Bekleidung für jeden Beruf vorrätig. / Meine Auslagen werden jedem Gelegenheit geben, sich von meinen vorteilhaften Angeboten zu überzeugen.
Jeder Kunde erhält am Eröffnungstage ein Geschenk, beim Einkauf von 50 Mark aufwärts eine Standuhr.

Einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit:

Herren-Anzüge moderne, tragbare Qualitäten von **17.50** an

Stoff-Hosen in lang und Breeches von **3.75** an

Meine Preise und Qualitäten werden eine

Sensation

bilden und dürften bald das

Tagesgespräch

Breslaus sein. Besondere Aufmerksamkeit habe ich dem Artikel

Berufs-Kleidung

gewidmet. Auch hierin bringe ich nur die besten Fabrikate für alle Berufe, bei denen ich weitgehendste Garantie für Haltbarkeit und Farbeständigkeit für alle Berufe übernehme.

Herren-Ulster u. Mäntel von **25.00** an

Oberhemden gestreift und weiß für **3.95**

Zentral-Bekleidungshaus

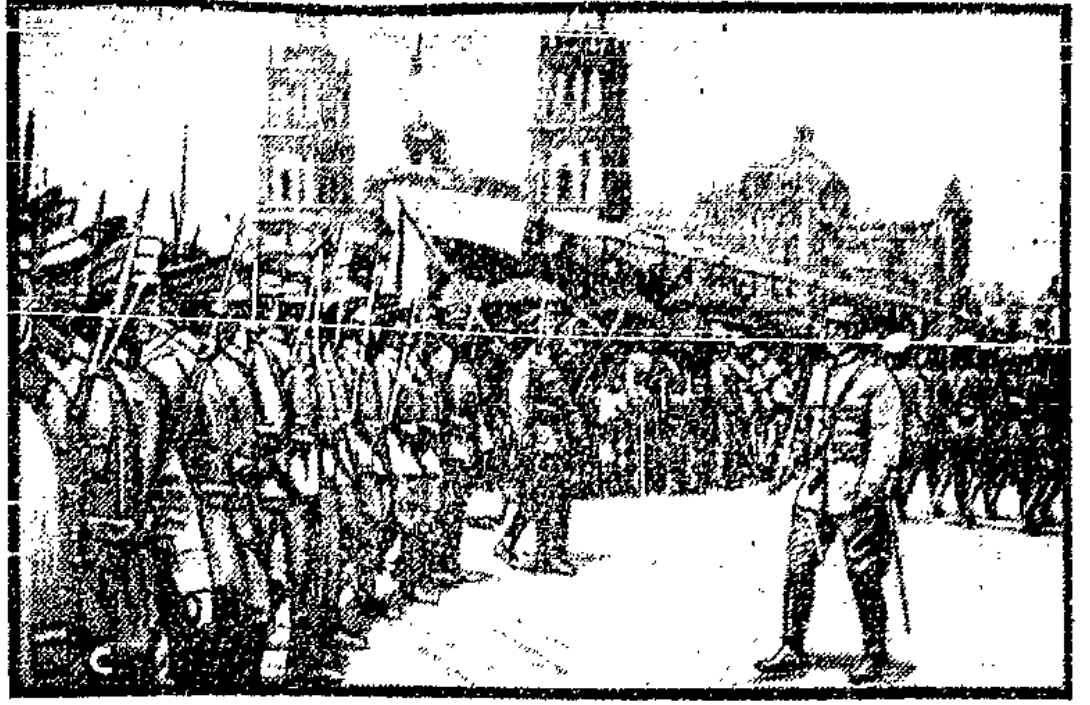
Matthiasstraße 124, am Weissenburger Platz.

Aus aller Welt.



Der Aufstand in Mexiko

scheint von der Regierung Calles niedergeschlagen zu sein. Einer der Führer der meuternden Truppen, General Serrano (im Bilde links) wurde mit 12 seiner Offiziere gefangen und standrechtlich erschossen. General Obregon (im Bilde rechts), der militärische Mitarbeiter des Präsidenten Calles und Präsidentschaftskandidat, hat mit den Regierungstruppen, von denen das rechte Bild einige Truppen zeigt, den Aufstand niedergeschlagen.



D 1230 in Lissabon.

Das Junkers-Flugzeug D 1230 ist bei seinem Versuch der Oceanüberquerung am Donnerstag mittag gegen 2 Uhr Seeflughafen von Lissabon gelandet. Die Notlandung am Mittwochabend auf offener See, etwa eine Seemeile vom Strande von Santa Cruz entfernt, erfolgte wegen dichtem Nebels, in dem der Führer, Pilot Loose, nicht mehr weiter fand. Zur Verstärkung ist am Donnerstag mittag in Lissabon ein Telegramm eingetroffen, das Loose nachts um 1 Uhr mitgegeben hatte: „Landung nur wegen Nebels, Maschine und Besatzung wohl, hoffen am 6. früh Lissabon erreichen zu können.“ Das Flugzeug war bei seiner Landung in die Nähe zahlreicher Klippen gekommen; bei hohem Seegang hätte es leicht zerbrechen können. Die Bevölkerung suchte die Flieger durch Fackeln, Feuer und Schüsse auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Fischerboote sammelten sich um das Flugzeug und zwei von ihnen schleppten die Maschine weiter ab. Loose gab sich dann für einige Zeit an Land.

Verworfenne Revision.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte sich am Donnerstag mit der Revision der Berliner Strafkammer des Landgerichts in Berlin im November vorigen Jahres verurteilt worden waren. Der Strafsenat Weber war wegen Hinterziehung von Branntweinsteuer einmal zu 5 Jahren Gefängnis und zu 100.000 Mark Geldstrafe sowie 20.000 Mark Wertersatz verurteilt worden, der zweite Senat Johann Köding zu 13 Monaten Gefängnis, 100.000 Mark Geldstrafe und 25.000 Mark Wertersatz, und der Ingenieur Leichter, der nur das Opfer dieser großen Schieber geworden ist, erhielt wegen Beihilfe 5000 Mark Geldstrafe. Die beiden acht Angeklagten wurden zu längeren Gefängnis- und Haftstrafen sowie zu hohen Geldstrafen verurteilt. Alle Angeklagten hatten jahrelang die Steuerbehörde auf das schwerste belästigt, indem sie Sprit für gewerbliche Zwecke bezogen, diesen zum größten Teil vergällt oder unvergällt zum vielfachen Male wieder verkauften. Nur ein Drittel haben sie in ihren Vertrieben verbraucht, zwei Drittel wurden verschoben. Das Gericht verwarf bei allen drei Angeklagten die Revision und legte ihnen auch die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf.

Die Unterschlagungen beim Amtsgericht Potsdam.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Potsdam am Donnerstag der Prozess gegen den 36 Jahre alten Justizsekretär Erich Kiehnner vom Amtsgericht Potsdam, der beschuldigt wird, zahlreiche Unterschlagungen begangen zu haben. Die verurteilten Summen belaufen sich auf etwa 9000 Mark. Ferner wird dem Angeklagten die Beileistungsleistung von Urkunden und schwere Urkundenfälschung zur Last gelegt. Der Angeklagte ist vollkommen geständig. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und 1000 Mark Geldstrafe. Sechs Monate wurden als Strafzeit der Untersuchungshaft verbucht.

Die Drohke auf dem Bürgerfest.

Ein aufregender Vorfall spielte sich Donnerstagabend in Berlin am Bahnhof Zoo ab. Eine Kraftdrohke fuhr auf dem Bürgerfest und stieß gegen einen Eisenträger der Bahnüberführung. Dabei ging der Wagen in Trümmer und die beiden Fahrgäste wurden schwer verletzt. Außerdem wurde eine Straßenpassantin überfahren. Auch sie erlitt schwere Verletzungen.

Tödlicher Unfall.

Auf der Offenbacher Landstraße fiel ein 10-jähriger Knabe, der sich an einen Wagen gehängt hatte, herunter und wurde von dem Anhänger überfahren. Der Knabe, dem der Brustkorb eingedrückt wurde, ist bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Zu dem Unfall der „Baden“ vor Leizoes.

Die Hamburg-Amerika-Linie teilt über den Unfall des Dampfers „Baden“ vor Leizoes gegenüber irreführenden ausländischen Meldungen mit: Das Schiff ist vor Leizoes in dichtem Nebel mit dem Heck auf einen Felsen gestoßen, konnte ohne fremde Hilfe wieder flott gemacht werden und ist im Hafen von Leizoes im flachen Wasser vor Anker gegangen. Die Passagiere sind bereits seit dem 5. Oktober auf dem Dampfer „Flandria“ mit ihrem ganzen Gepäck nach Amsterdam unterwegs. Die Ladung ist nur im Unterraum fünf und auch dort nur zum Teil durch Wasser beschädigt. Dieser Raum wird jetzt gelüftet. Nach vorläufiger Ausbesserung des Schiffes wird die „Baden“ die Reise nach Hamburg fortsetzen.

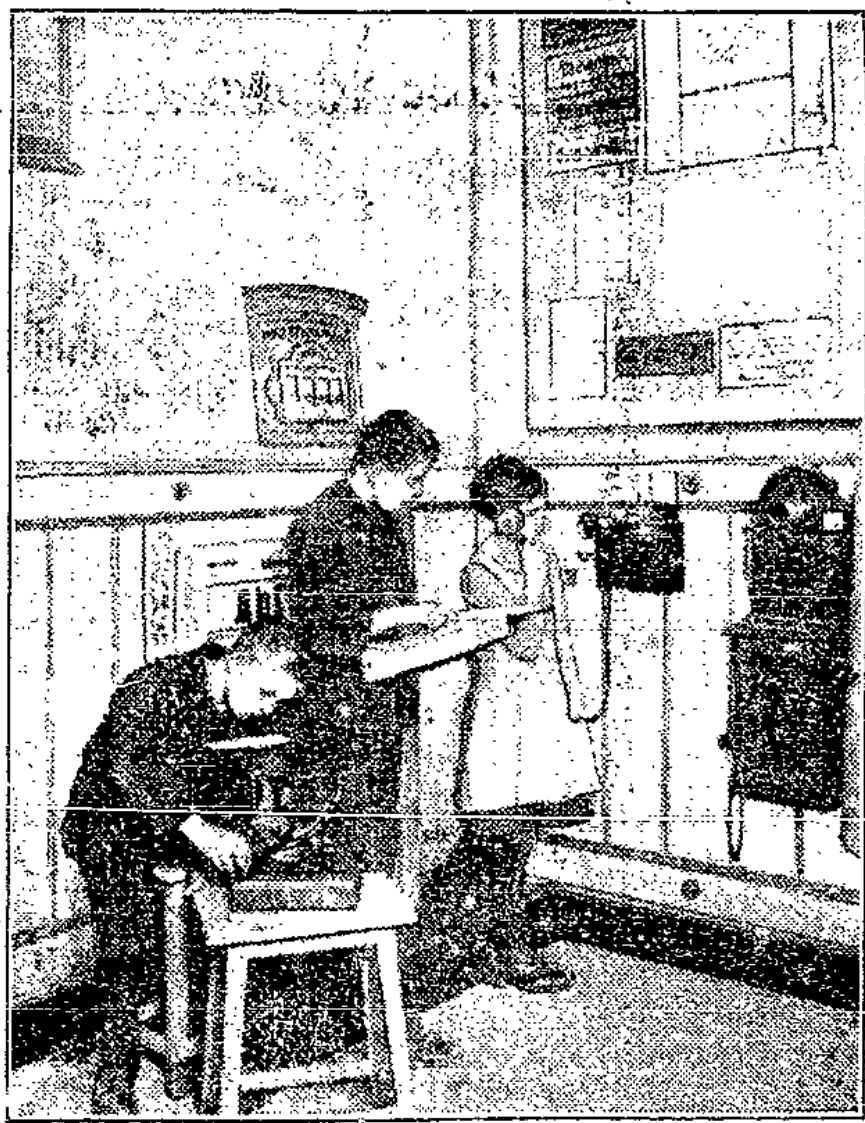
Schnee und Frost im Erzgebirge.

Auf dem Erzgebirgskamm ist in der Nacht zum Mittwoch stellenweise leichter Frost aufgetreten. Vom Fichtelberg werden Donnerstag morgen 2 Grad Kälte gemeldet. Die Niederschläge stiegen Mittwoch als Schnee.

Festnahme eines deutschen Raubmörders in Holland.

Die Amsterdamer Kriminalpolizei hat einen in Amsterdam als Kellner beschäftigten 35-jährigen Deutschen festgenommen, der von der deutschen Justiz wegen eines angeblich im Jahre 1919 in Weener, Provinz Hannover, verübten Raubmordes auf einen Handlungsreisenden verfolgt wird. Das Auslieferungsverfahren ist eingeleitet.

Das erste Musterzimmer für Verkehrsbelehrung in einer Volksschule.



Die Stadt Berlin hat in der 18. Volksschule ein Musterzimmer für Verkehrsbelehrung eingerichtet. Es ist das erste, das die Schulbehörden diesem dringlichen Problem des zeitgenössischen Lebens ihre Aufmerksamkeit in dieser Form widmen.

Autounfall zweier Marineoffiziere.

In der Nacht zum Donnerstag stieß ein Kraftwagen, in dem Fregattenkapitän Matiae und Kapitänleutnant Langsdorff vom Reichsmarinemuseum saßen, in der Tiergartenstraße in Berlin mit einer anderen Autobroschke zusammen. Fregattenkapitän Matiae wurde schwer, Kapitänleutnant Langsdorff leicht verletzt.

Neuer Sender im Rheinland.

Die Rheinlandkommission hat genehmigt, daß in Lachen ein Rundfunksender errichtet wird. Die Stadt Lachen wird einen neuen modernen Sender erhalten, der allen Anforderungen der Technik entspricht. Mit dem Aufbau wird voraussichtlich Anfang November begonnen.

Bestätigtes Todesurteil.

Das Schwurgericht in Lnd hatte den Landwirt Franz Rogowski wegen Anstiftung zum Mord zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Rogowski hatte vor mehreren Jahren seine jetzige Ehefrau angeheiratet, ihren ersten Gatten mit Gift zu töten, um sie heiraten zu können. Sie hatten auch die Tat ausgeführt und Rogowski die Ehefrau geheiratet. Die Tat wurde erst im Jahre 1923 aufgedeckt, indem die Frau ein Geständnis ablegte. Franz Rogowski war in der Zwischenzeit nach Polen geflüchtet. Im Jahre 1926 kam er nach Deutschland zurück. Die von ihm eingeleitete Revision wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Durch ein Flugzeug getötet.

Im Rieker Hafen wurde das Boot eines früheren Deckoffiziers von einem Wasserflugzeug überannt. Trotz sofortiger Rettungsmaßnahmen ertrank der Bootsinsasse.

Großfeuer.

Dienstag brach in Hohenstein bei Aeresheim (Württemberg) in einer Scheune während des Drehsens infolge Kurzschlusses Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß auch zwei benachbarte Scheunen sowie ein Wohn- und Stallgebäude Feuer fingen. Alle diese Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Geschädigten sind versichert.

Zusammenstoß zwischen Auto und Güterzug.

Dienstagabend, kurz nach 8 Uhr, wurde das Personenauto des Kaufmanns Lüttke aus Sedlungshausen bei Dortmund auf dem unbewachten Übergang an der Kreuzung der Straße Gleidorf-Schmalenberg von dem von Schmalenberg kommenden Güterzug 10386 angefahren und etwa 100 Meter mitgeschleift. Die fünf Insassen, Kaufmann Lüttke selbst, seine Frau und drei Kinder, wurden verletzt, davon drei schwer. Die Verletzten wurden mit dem Güterzuge nach Fredeburg in das Krankenhaus überführt. Das Auto ist stark beschädigt. Wie ein Augenzeuge berichtet, hat kurz vor dem Auto ein Pferdewerker den Bahnübergang passiert. Dem Autoführer soll von dem Wagen aus zugewinkt worden sein. Auch wurden von der Lokomotive Signale gegeben. Verschulden eines Dritten liegt danach nicht vor.

Schwerer Arbeitsunfall durch Sprengschuß.

Bei der Niederlegung von Blockhäusern in Pörenchies bei Lilla wurde eine Rote Erdarbeiterin von einem vorzeitig abgehenden Sprengschuß überrollt. Zwei Mann wurden schwer, zwei leicht verletzt. Die beiden Schwerverletzten starben auf dem Transport zum Krankenhaus.

Von Aufsehern auf den Salomon-Inseln ermordet.

Ein Kaufmann, der mit einem Regierungsdampfer von den Salomon-Inseln in Suva (auf den Fidji-Inseln) ankam, berichtete, daß Aufseher den Distrikts-Kommissar, einen zweiten weißen Offizier, 15 eingeborene Polizisten und fast die ganze Besatzung des Regierungsdampfers in Sinarago an der Nordostküste der Insel Malaita ermordet hätten. Der Bootsmann des Schiffes und vier verwundete Polizisten seien die einzigen Überlebenden.

Theater und Musik.

Gastspiel der Mostauer Künstler-Truppe „Die blaue Bluse“.

Die „blauen Blusen“ wollen ein kleiner Spiegel des neuen Weltlands sein. Wie weit sie das wirklich sind, ist ungewiß. Wohl aber ist, daß sie ein Spiegel des hinreißenden, vitalen Willens der U. d. S. S. R., der kommunistischen Partei Rußlands, sind. Mag man die tatsächlichen Erfolge dieses Willens anerkennen, mag man die kommunistische Idee kritisieren und verwerfen, anerkennt man, daß in Rußland, in der U. d. S. S. R., etwas geschieht. Dieses kleine Kabarett „blaue Blusen“ zeigt: In Rußland sind neue Kräfte an einem neuen Werke. Sie fühlen das in Deutschland um so mehr, als wir selber zerfallen, unsicher, müde und reaktionär sind. Selbst das Neue, was erst nach dem Kriege entstand, wird nach alten Prinzipien behandelt. Radio: fertigt einen Salat aus dem Abfall bürgerlicher Kultur, Revue: eine auf Sexuallibido aufgebaute Außerlichkeit, die Langeweile erzeugt. Und so weiter.

Die russischen „blauen Blusen“ übernehmen die Formen der Darbietungen aus Kabarett und Revue. Es gibt tanztartige Puppenbildungen, Kostüme, Gesangsleistungen, akrobatische Vorführungen und auch die wohlbekannten langen Reihen beinertender und armschwingender Tänzer. Akrobatische Leistungen sind sicher bei Weitem besser, Kostüme gewiß in jedem Großstadtkabarett apart und reich, die Einfälle und Intuitionen teilweise des russischen Künstlerkabarets „Mauer Vogel“ un-

vergleichlich genialer und bunter, die Technik exakter. Aber diese Moskauer Sowjetblusen haben etwas vor allen ähnlichen Truppen voraus, das ihnen einen unerreichten Vorsprung sichert: Tendenz, oder, falls das zu Unrecht verpönte Wort falsch aufgefaßt werden könnte: eine Idee. Andere Truppen wollen amüsieren, spielen, Witze machen, bestenfalls Kunst um der Kunst willen treiben. Diese will werden, überzeugen und hinreißen. Endlich einmal schlägt in die bürgerliche Foyerei zwischen flachem Amüsement und düstern Kunstsnobismus ein Wille ein. Das ist kühn und neu und wirkt, selbst auf die Bekämpfer dieses Willens wie eine Erlösung.

Eine Künstlerin in einem lustigen Bauernkleid spielt Ziehharmonika. Nicht um ihrer Virtuosität auf dem Instrument und nicht um ihrer schönen Stimme willen tut sie das, sondern in ihrem Lied beschimpft sie die faulen Männer, die nicht so eifrig für die Partei einstehen wie die Frauen. So geht es mit jeder Vorführung. Akrobatische Uebungen verlinkelnde z. B. einmal den Gang der Drucker-Maschinen der Sowjetpresse. Ein andermal werden durch übertrieben grell-würdige Kostüme und dergleichen die Auffassung des Auslandes über das poetisch-bäuerliche Rußland und zugleich durch sentimentalen, übrigens sehr schönklingenden Chorgesang der Don-Kosaken-Chor parodiert. Danach, bekenntnishaft und schlagend, singen und tanzen die Arbeiterinnen des wirklichen Rußlands, und ihr Refrain ist eine Willensäußerung. So geht es fort, in unerhörtem Tempo, geladen mit Lebenskraft schließt sich Bild an Bild. Die unverständliche russische Sprache wirkt dabei teils verpöhlend, — denn wie Gesicht, Gebärde und Rhythmus hilft sie das Wesen

der Aufführung gestalten und vertiefen — teils hemmend, denn es entstehen durch lange, unverständliche Reden oder Wiederholungen natürlich gelegentlich Leeren. Doch trotzdem diese Truppe so stark wirkt wie keine ähnliche, ist ein Beweis für die Kraft ihres Antriebes.

Breslauer Handpuppenspiele.

Ede Schostinsky hat auf dem Podium des Schiedmagerjaales sein Puppentheater aufgestellt. Es spielt jeden Donnerstag nachmittags.

Die Wirkung solcher scheinlebendiger Puppen ist heute wie vor Jahrhunderten faszinierend-erheitend und fast magisch zugleich. Schostinsky's Technik der Sprachunterscheidung und Puppenbewegung ist gut. Seine Art, den Kasperl häufig mit dem Publikum sprechen zu lassen, belebend. Nur gegen dieses erste Stück erheben sich Einwände. Es handelt von einer Frau, die zur Strafe für ihre Keuglerie in die Hölle kommt. Ihr Mann, der Kasperl, überlistet den Tod und den Teufel und holt sie wieder aus der Hölle heraus. Obwohl dies alles munter geschieht, und zum Siege des Verständigen über die Hölle kommt, scheint es doch fragwürdig, ob man Kinder von heute belasten soll und darf mit den jahrtausendalten Kasten der Furcht und des Grauens, die abzuschütteln unsere erste Pflicht ist. Im Programm kommt das Wort „volkstümlich“ vor. Wenn „volkstümlich“ bedeutet soll, daß die allen furchterregenden Gespenster aus der Phantasia des geängsteten Volkes wieder auflieben sollen, so würden wir mehr wünschen, moderne Puppenkunst zu sehen.

Streng vertraulich! Geheim halten!

„Vertrauensvolles“ Zusammenarbeiten des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes mit der christlich-deutschen nationalen Landarbeitergewerkschaft bei den Krankentafelwahlen.

Mit der Vertraulichkeit ist es immer so eine Sache. Zu dieser Meinung wird auch der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband kommen, wenn er sieht, daß wir uns im Besitze eines vertraulichen Handschreibens über die Durchführung der sozialen Maßnahmen befinden. Es gibt eben Landarbeiter, die dieses Vertrauen ihrer sogenannten Herren nicht zu schätzen verstehen. Was wir durchaus begreiflich finden. Also: Dem land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband hängt vor den nächsten Krankentafelwahlen und er fürchtet den Einfluß des Deutschen Landarbeiterverbandes. Ihn zu brechen, will man sich der Hilfe des mit dem Gelde von „nationalen Großgrundbesitzer aufgekoppelten „christlichen Landarbeiterverbandes“ (auch Zentralverband genannt) bedienen.

Und denkt sich das so:
Wichtig ist:
Land- und forstw. Arbeitgeberverband
für die Provinz Schlesien o. V.
Tgl. Nr. 312/27 St.
Breslau, den 24. 3., 1927.
Eichendorffstr. Nr. 39.

An sämtliche Kreisarbeitgeberverbände,
den Herren Vorstandsmitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme.
Streng vertraulich!
Betrifft soziale Wahlen.

Aus den uns in den letzten Tagen zugegangenen Mitteilungen der christlichen Gewerkschaften (Gutsbeamtenverband und Zentralverband der Landarbeiter) haben wir den Eindruck gewonnen, daß die vom Provinzialverband gegebenen Richtlinien bezüglich der Durchführung der Krankentafelwahlen zum Teil nicht ganz richtig aufgefaßt worden sind. So ist uns berichtet worden, daß bei den mit den Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen über die Verteilung der Arbeitnehmeranteile zu den Ausschüssen und Vorständen der Krankentafelvereine einzelne Kreisverbände bezw. Krankentafelvereine in Gegenwart des D.L.B. offen mit der Forderung um Berücksichtigung der unorganisierten hervorgetreten sind und für diese die Mehrzahl der Sitze in Anspruch genommen haben. Eine solche Stellungnahme, durch die sich auch die christlichen Gewerkschaften vor den Kopf geschlagen fühlen müssen, liegt nicht im Sinne des Provinzialverbandes. Wir gestatten uns daher, nochmals auf folgendes hinzuweisen:

Bei den kommenden Krankentafelwahlen, die für alle übrigen Wahlen von maßgebender Bedeutung sind, muß unser ganzes Bestreben darauf gerichtet sein, zu verhindern, daß der D.L.B. in den Organisationen der Landkrankenvereine überwiegenen Einfluß erhält. Dieses Ziel kann u. E. nur durch engstes vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften erreicht werden. Alle Bedenken, die auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften in anderen Fragen, insbesondere des Zentralverb. bei den diesjährigen Tarifverhandlungen zurückzuführen sind, müssen im Interesse der Sache zurückgestellt werden, da es sich hierbei im Gegensatz zu den Tarifverhandlungen nicht um reine Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerinteressen, sondern um die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses handelt.

Wir empfehlen daher den Kreisverbänden, sofern nicht schon eine Einigung in der Verteilung der Arbeitnehmeranteile erfolgt ist, alsbald mit den christl. Gewerkschaften in Vor-

besprechungen einzutreten und sie zu veranlassen, die überwiegende Zahl der zu verteilenden Sitze für sich in Anspruch zu nehmen und die ihnen vom Arbeitgeberverband bezw. vom Landkrankenvereine vorzuziehenden Arbeitnehmer mit auf ihre Liste zu setzen. Hierzu haben sich die christlichen Gewerkschaften und gegenüber ohne weiteres bereit erklärt, nur dürfen natürlich keine überflüssigen Forderungen gestellt werden. Bei den von den Landkrankenvereinen anzuberaumenden offiziellen Verhandlungen mit allen an den Wahlen interessierten Verbänden über die Aufstellung einer Einheitsliste werden sich die Kreisverbände einer Parisnahme für die unorganisierten Vertriebenen zweckmäßig zu enthalten und die Auseinandersetzung mit dem D.L.B. den christl. Gewerkschaften zu überlassen haben. Kommt, was bei Beachtung des vorerwähnten Verfahrens mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, keine Einigung zustande, so ist mit den christl. Gewerkschaften alle weiteren Maßnahmen betreffs Durchführung der Wahl zu vereinbaren.

Aber auch im Fall einer Einigung aller Beteiligten auf eine Einheitsliste ist die Bereithaltung einer besonderen Liste (Kampfliste) mit den christl. Gewerkschaften zu besprechen und Vorzüge dafür zu treffen, daß diese Liste von den nicht-organisierten gewählt wird.

Zum Schluß gestatten wir uns, den Kreisverbänden noch das Ergebnis der mit den christlichen Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen über die Wahl zur Krankentafel des Kreises Breslau-Vand mitzuteilen.

In den Ausschuss der Landkrankenvereine Breslau sind insgesamt 30 Ausschussmitglieder zu wählen, wovon auf die Arbeitnehmer 20 entfallen. Die Verteilung dieser 20 Sitze ist so vereinbart, daß der 3.R. 12, der Gutsbeamtenverband 3, der deutsche Gärtnerverband, die Vereinigung der Berufsangehörigen und die Jagdgruppe der Gutsbauernvereine zusammen 2 Sitze erhalten, so daß auf den D.L.B. nur 3 Sitze kommen. Von den 12 dem Zentralverband zugewiesenen Sitzen werden 9 vom Arbeitgeberverband und 3 vom Stahlheim präsenziert. Mit einem derartigen Ergebnis kann man voll und ganz zufrieden sein. Die christl. Gewerkschaften sind durchaus bereit, auch in den anderen Kreisen mit den Arbeitgeberverbänden Hand in Hand zu arbeiten.

Wir bitten daher, den vorstehenden Anweisungen entsprechend zu verfahren und uns über das Ergebnis der Verhandlungen, auch dort, wo eine Einigung bereits erzielt ist, zu berichten. Sollten sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, so bitten wir um Mitteilung, damit wir vermittelnd eingreifen können.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf die genaue Beachtung der Wahlordnung und der Krankentafelwahlordnung, besonders in formeller Hinsicht, damit Beanstandungen aus diesen Gründen vermieden werden.

Hochachtungsvoll
gez. Burckard
Für die Richtigkeit:
Schmidt.

Recht nett eingeleitet ist diese Sache. Nur schade, daß sie auf diesem Wege vorzeitig zum Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt. Und wesentlich ist obendrein, daß man den deutsch-nationalen Zentralverband wieder einmal für eine Erbärmlichkeit handlungsbereit findet, die nicht leicht ein Beispiel findet. Die freiwirtschaftlich organisierten Landarbeiter aber werden dafür zu sorgen haben, daß dieser laubenen Gesellschaft die Trauben unerreichbar hoch hängen bleiben.

Die Metallarbeiterverbände gegen die Bestrebungen der Stahlindustriellen zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Aus Essen wird gemeldet:
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband (D.M.A.V.) der Gewerkschaften der Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) veröffentlicht folgende Kundgebung:
„Die Eisen- und Stahlindustriellen der nordwestlichen Gruppe haben der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung wiederholt Forderungen ihrer arbeitgeberfeindlichen Einstellung gegeben und neben dem ständigen Drängen auf Verlängerung der Arbeitszeit unter Ausnutzung der größten Not der Arbeiterklasse während der Inflationszeit sowie trotz der Leistungen der Verdienste der Arbeiterklasse durch rigorose Kürzungen der Löhne und Prämien erheblich vermindert.“
Vom Reichsarbeitsminister am 20. Januar 1925 herausgegebenen Verordnung über die Unterstellung eines Teiles der Hoch- und Kokerarbeiter unter den § 7 der Arbeitszeitverordnung wurde von der Nordwestgruppe mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln bekämpft. Als im Jahre 1925 eine Zehnjährige Lohnerhöhung durch Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches festgelegt wurde, wurde dieser Spruch von den Arbeitgebern der Nordwestgruppe durch einen Beschluß vom 21. 12. 1925 sabotiert. In diesem Beschluß wurde den Arbeitgeberverbänden unter Androhung einer Vertragsstrafe auferlegt, bis zum 15. August 1925 6 Prozent der Belegschaft zu entlassen. Es kommt ein neuer Vorstoß hinzu.

Um die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Juli 1927, die die Stahl- und Walzwerkearbeiter ab 1. Januar 1928 ebenfalls dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt, sowie die durch Schiedspruch vom 20. 12. 1925 festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit für die Weiterverarbeiteten zu verhindern, hat die Nordwestgruppe eine Streikliste angelegt, um bei künftigen unvermeidlichen Kämpfen kleine und mittlere Werke im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterklasse zu unterstützen. Die Schlichtungsmittlungen und das Reichsarbeitsministerium sollen beiseite werden. Die Gewerkschaften haben in Verfolg dieser Frage einen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats angefordert, um die fehlenden Hochofenarbeiter ebenfalls dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen. Die Gewerkschaften werden weiterhin durch die Maßnahmen der Arbeitgeber diese Politik weiter verfolgen und die Interessen der Arbeiterklasse rücksichtslos wahrnehmen. Sie betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, die Arbeiterklasse vor jeder Unternehmungswilligkeit zu schützen.

Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie, lernt aus dieser Vorgeschichte der Arbeitgeber und stellt ihnen eine geschlossene Front gegenüber!

Die Berufsfeuerwehr zur Besoldungsreform.

Auf der Reichstagung der Berufsfeuerwehren wurde in Halle im Anschluß an den Vortrag des zweiten Verbandsvorsitzenden Henn-Berlin über die Neuorganisation der Berufsfeuerwehren folgende Forderung zur Eingruppierung des Feuerwehrpersonals bei der kommenden Besoldungsreform aufgestellt: Feuerwehrmänner während der Probezeit in Gehaltsgruppe VI, Feuerwehrmänner nach Ablauf der Probezeit in Gehaltsgruppe Vb, Brandmeister nach den Richtlinien des D.V.B., geprüfte Oberfeuerwehrmänner in Gehaltsgruppe IVb, desgleichen Feuerwehrmänner und Oberfeuerwehrmänner, die nach abgelegter Prüfung nach 20 Dienstjahren keine etatsmäßige höhere Stellung erhalten können! Oberbrandmeister in die Gehaltsgruppe IVa. — Weilmeyer-Berlin sprach über Besoldungsanwärter im Feuerwehrberuf.

Ultimatum der tschechischen Eisenbahner an ihre Regierung.

Die Vertreter der tschechischen Eisenbahnerorganisationen haben, wie uns aus Prag gemeldet wird, ihrer Regierung am Donnerstag ein Ultimatum gestellt, das am 12. Oktober abläuft und bestimmte Forderungen hinsichtlich der Dienstordnung enthält. Falls die Regierung diesen Forderungen nicht entsprechen sollte, beabsichtigen die Organisationen, sofort überall mit entsprechenden Reaktionen einzusetzen.

Ergebnislose Tarifverhandlungen in der Margarineindustrie. Die Tarifverhandlungen wegen Erhöhung der Gehälter in der Margarineindustrie in Cleve und Goch wurden ergebnislos abgeschlossen. Von Seiten der Arbeitnehmer ist beschlossen worden, den staatlichen Schlichtungsausschuss anzurufen, um die Streitigkeiten in der Gehaltsfrage möglichst bald zu beenden.

Essen bekommt ein Landesarbeitsamt. Das Preussische Staatsministerium hat, wie amtlich gemeldet wird, bei dem Reichsarbeitsamt für Arbeitslosenversicherung die Bildung eines besonderen Landesarbeitsamts im Bezirk Essen (Ruhr) zu beantragen.

Ausgesteuerte bei öffentlichen Notstandsarbeiten nicht mehr zugelassen.

Die Beschäftigung Ausgesteuerter bei öffentlichen Notstandsarbeiten ist nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministers nicht erwünscht. Der Minister ist nicht damit einverstanden, daß auch künftig noch Ausgesteuerte gegen Erstattung der Grundförderung aus Mitteln der Wohlfahrtspflege, aber unter Anrechnung bei der etwaigen verbleibenden Förderung nach den Bestimmungen vom 30. April 1925 zu Notstandsarbeiten zugelassen werden. Die produktive Erwerbsloshilfe soll vor allem den Abbau der Erwerbslosen, bzw. Krisenfürsorge fördern, und nach § 6 des Krisenfürsorgegesetzes sind die Krisenunterstützungsempfänger bevorzugt bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Solange aber die zusätzliche Arbeitslosigkeit, die durch öffentliche Notstandsarbeiten geschaffen wird, selbst für die unterstützten Erwerbslosen und die Krisenunterstützungsempfänger bei weitem nicht ausreicht, hält es der Minister nicht für möglich, auch ausgesteuerte Erwerbslose zu den Arbeiten zuzulassen, für die das Bedürfnis zur Aufnahme in die Krisenfürsorge nicht anerkannt werden konnte.

Der Lohnstreit bei der Berliner Hochbahn.

Berlin, 7. Oktober. (Eigener Funkbericht.)
Berlin, 6. Oktober. Im Anschluß an die Verhandlungen zwischen der Hochbahndirektion und den Gewerkschaften fand eine Versammlung der Hochbahner statt. Die Versammlung verlief erregt, da die Kommunisten einen streikbefehl verlangten. Dieser Antrag wurde abgelehnt und die Versammlung beschloß, am Sonnabend eine Abstimmung über den Streik durchzuführen.

Fortführung der Verhandlungen im Berliner Brauereiarbeiterstreit.

Am Donnerstag fanden zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Berliner Brauereindustrie Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss statt. Die Aussprache führte zu einer Vereinbarung, die als Grundlage für weitere Verhandlungen dient. Die Besprechungen werden heute nachmittags fortgesetzt.

Holzarbeiterstreit in Berlin?

Die Angehörigen der Holzindustrie von den Funktionären abgelehnt.

Die Funktionäre der Berliner Holzindustrie besaßen sich am Donnerstagabend mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen, die bisher mit den Berliner Holzindustriellen geführt wurden. Die Funktionäre hatten eine Forderung von 15 Pfennige pro Stunde gefordert. Die Unternehmer boten jedoch lediglich 6 Pfennige pro Stunde und erklärten sich zu einer weiteren Zulage von 2 Pfennige ab 1. November bereit. Trotzdem die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer mit ihrer Lohnforderung schließlich bis auf 13 Pfennige zurückgegangen war, wurde auch diese Forderung von den Unternehmern als völlig undiskutabel abgelehnt. Die Verhandlungen wurden deshalb von den Unternehmern des Holzarbeiterverbandes auf der ganzen Linie als gescheitert betrachtet. Dieser Auffassung schloßen sich die Funktionäre am Donnerstag an, indem sie das Angebot der Unternehmer einmütig ablehnten und in Anbetracht der herausgehobenen Situation einen Kampf für unvermeidlich betrachteten. Die Funktionäre befürworteten deshalb, die aufgestellten Forderungen durch den Streik durchzuführen, über den im Laufe des heutigen Tages eine Abstimmung in den einzelnen Betrieben erfolgen soll.

Gegenseitige Krisenfürsorge in Deutschland, Oesterreich und Polen.

Deutschen Erwerbslosen wird im Ausland eine Fürsorge, die der deutschen Krisenunterstützung gleichwertig ist, gewährt in Polen und in Oesterreich, soweit die Erwerbslosen vor dem 1. Januar 1923 nach Oesterreich gekommen sind. Gemäß § 101 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erhalten daher, wie der Reichsarbeitsminister mitteilt, mit Wirkung vom 1. Oktober ab, österreichische Bundesbürger, wenn sie ihren Wohnsitz schon vor dem 1. Januar 1922 in Deutschland gehabt haben, und — ohne diese Einschränkung — polnische Staatsangehörige die Krisenunterstützung, soweit eine solche auf Grund des § 101 Absatz 1 im Deutschen Reich angefragt ist, unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie deutsche Reichsangehörige.

Die Bestimmungen über die Förderung des Banens von Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiven Erwerbsloshilfe fürsorge werden über den 1. Oktober 1927 hinaus in Kraft

Kredite für die Großen.

Das Institut für Konjunkturforschung hat vor einigen Tagen die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft für den Stichtag des 30. Juni 1927 mit 4.929,32-Millionen Mark angegeben. Von dieser Summe entfällt die Hälfte auf Hypothekarkredite und je ein Viertel auf dauernde und vorübergehend in der Landwirtschaft bleibende Personalkredite. In den letzten 1 1/2 Jahren haben sich die erfassten Agrarkredite um 1,8 Millionen vermehrt, doch dürfte ein erheblicher Teil dieser Zunahme nur auf eine bessere Erfassung der Kredite zurückzuführen sein. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Hypothekarkredite an den gesamten Krediten sehr stark zugenommen hat. Die Konsolidierung der kurzfristigen Schulden hat also wesentliche Fortschritte gemacht. Neben diesen erfassten Krediten lagert das Institut die nicht erfassten sogenannten Schwimmkredite auf ca. 1,8 Milliarden Mark. Leider fehlt jede Angabe über die Methode, wie man zu diesen reichlich hoch erscheinenden Schätzungen gekommen ist. Das Institut hätte besser getan, da es nähere Angaben über die bei den Schätzungen angewandte Methode nicht veröffentlicht und damit jede Kritik unmöglich macht, auch die Schätzungen zu unterlassen.

Die Veröffentlichungen des Konjunkturinstituts geben aber wichtige Fingerzeige über die Verteilung der Kredite, besonders der Rentenkauflkredite. Schon lange sprach man davon, daß die Großgrundbesitzer bei der Verteilung dieser Kredite auf Kosten ihrer kleineren Berufsgenossen bevorzugt worden sind. Diese Vermutungen wurden auch durch Erklärungen des Präsesen Schwarz vor dem Enquete-Ausschuss bestätigt. Das Konjunkturinstitut schreibt über die Verteilung der ersten Amerika-Anleihe in Höhe von 100 Millionen Mark wörtlich: „In zahlreichsten sind die Darlehen zwischen 100 und 3.000 Mark, die 31 v. H. aller aus der Amerikaanleihe und den zugehörigen eigenen Mitteln der Rentenbank-Kreditanstalt gewährten Kredite ausmachten. Der größte Teil, nämlich 54 v. H. dieser Darlehen entfällt auf die Betriebsgrößenklassen bis zu 20 Hektar und zwar vor allem auf die mittelbäuerlichen Betriebe.“ Aus diesen Ausführungen muß der unterfangene Leser deutlich die starke Kreditgewährung an die kleineren Betriebe herauslesen. Bei genauer Prüfung zeigt sich aber, daß bei den obigen Zahlen nicht die Kreditsumme, sondern die Stückzahl der gewährten Kredite gemeint ist. Nach der Verteilungstabelle des Konjunkturinstituts ergibt sich über die Verteilung der Kredite folgendes Bild:

Anleihe-Betrag in Reichsmark:	Stück:	v. H.
1— 1.000	405	5,5
1.001— 3.000	2.518	34,1
3.001— 5.000	1.397	19,0
5.001— 10.000	1.410	19,1
10.001— 25.000	909	12,3
25.001— 100.000	545	7,4
100.001— 200.000	128	1,7
über 200.000	66	0,9

Demgegenüber verteilen sich die Kreditsummen nach den Angaben vor dem Enquete-Ausschuss und nach unseren Berechnungen ungefähr folgendermaßen:

Betrag eines Kredits in Mark:	Betrag der gesamten Kredite i. Mill. Mk.:	v. H. der Gesamtsumme:
1— 1.000	0,1—0,3	0,1—0,3
1.001— 3.000	4— 6	4— 6
3.001— 5.000	4— 6	4— 6
5.001— 10.000	8— 10	7— 9
10.001— 25.000	12— 16	11— 15
25.001— 100.000	25— 28	24— 27
100.001— 200.000	19	17
über 200.000	27	25

Die Aufstellungen des Konjunkturinstituts versuchen den Anschein zu erwecken, als hätten die Großbetriebe (Kredite vornehmlich als 25.000 Mark) fast ausnahmslos an Großbetriebe verteilt worden) 10 Prozent der Kredite erhalten. Nach der obigen Berechnung macht aber an die Großbetriebe gegebene Kredit aber ungefähr 60 bis 70 Prozent aus. Ebenso steht es um die Verteilung der Goldbankkredite anleihen. Das Konjunkturinstitut stellt fest, daß 6 Prozent der Kredite in Beträgen über 25.000 Mark ausgegeben worden sind. Die Kreditsummen, die die großen Betriebe aber erhalten haben, machen ebenfalls wie bei den Rentenbankkrediten ungefähr 60 Prozent aus. 80 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche wird aber von Betrieben in Größe von weniger als 100 Hektar bewirtschaftet.

Die Verzerrung, die der Rentenbankkreditanstalt wegen der ungleichen Verteilung der Kredite (auch vor dem Enquete-Ausschuss) gemacht wurden, hat dem Konjunkturinstitut bekannt und begreiflich ist es, daß dieses Institut, das größten Wert auf Objektivität legen sollte, einst so offen zu Tage liegende und klärungsbedürftigen Frage ausweicht!

Auf, zur Arbeit!

Sozialdemokraten heraus!

Die deutschnationale Volkspartei hat den Wahlkampf mit einer schwarz-weiß-roten Werbewoche eröffnet. Der Hindenburg-Kammel sollte der Luftstakt sein. Man glaubt, im Scham der Feststimmung die betrogenen Wähler dieser Partei am besten aufs neue überdöpseln zu können.

Der schamlose Betrug,

der von dieser Partei an ihren Anhängern und Wählern verübt wurde und weiter betrieben wird, schädigt aber nicht nur diese, sondern das ganze arbeitende Volk hat schwer darunter zu leiden. Während der Großgrundbesitz, die Schwerindustrie und die Wärfenbörse, dank der Zoll- und Steuerpolitik des deutschnationalen Bürgerblods, immer größere Reichtümer aufspeichern, immer verschwenderischer und luxuriöser leben und prassen können, leidet das arbeitende Volk schwer Not.

Die Lebensmittelpreise sind seit 1924 gewaltig gestiegen. Die Mieten gehen in fast unerträgliche Höhe, nur um den Geldsack der Hausbesitzer und Bodenspekulanten zu füllen. Während man die kleinen Sparer und Kleinrentner um ihre gerechten Forderungen betrog, die Kriegsooper und Sozialrentner schwer schädigte, und die Beamten bisher an der Nase herumgeführt, gab man den Großpensionären, wie Trippl, Ludendorff, Wittich und Konforten Riesenpensionen, die mehr als hundert Millionen Mark betragen; kündete den Besitzenden große Steuerbeträge,

gab der Schwerindustrie im Ruhrgebiet Geschenke bis zu 715 Millionen Mark aus den erarbeiteten und erhungernten direkten und indirekten Steuern des arbeitenden Volkes.

Mit dieser volksfeindlichen Politik

hat abzurechnen zu können, das ist der heftigste Wunsch von Millionen deutscher Frauen und Männer. Weitere Millionen von Volksgenossen, die Not leiden, die mit ihren Kindern darben, die trotz schwerer Arbeit nicht vorwärts kommen, suchen nach Rettung. Sie aufzurütteln, aufzuklären, ihnen die Ursachen und die ganz allein Schuldigen zu zeigen, das ist jetzt die

Aufgabe und Pflicht jedes Sozialdemokraten.

Parteienossen, Parteigenossen! Jung und Alt, Frau und Mann in Stadt und Land! Ihr habt jetzt die große Aufgabe, die Abrechnung vorzubereiten. Das soll und muß mit größter Energie in der jetzt beginnenden Werbewoche geschehen. Sorgt dafür, daß es eine wirkliche

Rote Woche

werde, durch Gewinnung Tausender neuer Mitkämpfer in der sozialdemokratischen Partei und durch weiteste Verbreitung der sozialdemokratischen Presse.

Auf zum Kampf! Auf, an die Arbeit!

Der Bezirksvorstand.

Tagung des Volksbundes für Geistesfreiheit

Glauben und nicht denken, so predigen die Kirchen und ziehen damit dem geistigen Aufstieg der Menschheit den Saft über die Ohren. Und um das Maß voll zu machen, versuchen sie durch ein Reichsschulgesetz die geistige Entwicklung der Kinder wieder in ihre Bahn zu lenken. Der berechnete Sturm der Entrüstung, der durch das Land hauste und in vielen tausenden von Protestunterschriften zum Ausdruck kam, ist ein Zeichen, daß man namentlich in sozialistischen Arbeiterkreisen das Ausruhen auf dem Glauben herzlich satt hat und den von den Freidenkerorganisationen, an deren Spitze der Volksbund für Geistesfreiheit steht, erlassenen Protestaufruf willig Gehorsam leistete.

Aber außer dem Reichsschulgesetz sind noch andere Wetterwolken vorhanden, die auf die Entwicklung und Menschheitsentwicklung zum logischen Denken hemmend einwirken. Um nun gegen alle diese Hindernisse in gemeinsamer Beratung zu Felde zu ziehen, kamen am Sonntag in Schweidnitz die Delegierten der dem Volksbund für Geistesfreiheit angeschlossenen freireligiösen Gemeinden aus zahlreichen Orten Schlesiens zusammen. Genosse Niederlich (Liegnitz), der Vorsitzende des Bezirks, gab in seinen Begrüßungsworten der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft der größte Hemmschuh, die geistige Trägheit, ein überwindlicher Standpunkt sein möge. Dr. Kramer (Breslau) übermittelte namens des Bundesvorstandes der Versammlung herzliche Grüße. In seinem Referat über „Reichsschulgesetz und freigeistiger Jugendunterricht“ empfahl Genosse Pietsch (Breslau) den einzelnen Gemeinden, die Erwerbung einer Körperlichkeit des öffentlichen Rechts zu beantragen. Die Zweckmäßigkeit dieser Anträge eine möglichst einheitliche Form zu geben, wurde ein dementsprechendes Formular verteilt. Kramer jun. (Breslau) sprach über „Weltliche Feiern“. Er legt Wert auf weniger individuell ausgestattete Feiern; sie müßten mehr Kampfscharakter und weniger Gefühlssoufflet tragen. Genosse Nielsen (Liegnitz) hielt ein Referat über „Mittel und Wege zur Festigung des Gemeinlebens“. Bekanntlich ist ein festes Gemeinleben das Fundament der ganzen Entwicklung. Darum waren die Rückschlüsse des Genossen Nielsen besonders beachtenswert. Ein Schmerzpunkt der gesamten freigeistigen Bewegung ist die Friedhofsangelegenheit. Wie häufig kommt es vor, daß in Orten, in denen nur konfessionelle Friedhöfe bestehen, den Vertretern freigeistiger Verbände verboten wird, auf dem Friedhof dem verstorbenen Genußgenossen einige Abschiedsworte zu widmen. Die Klausurierung des diesbezüglichen Gesetzes mutet grotesk an. Das Sprechen auf dem Friedhof kann kein geistlicher Verbot sein; aber sie können mißliebigen Personen das Betreten des Friedhofes unterlagen. Tut es der freigeistige Redner — denn um solche handelt es sich jaumeist — dennoch, so erhält er eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs. Aus diesen unheimlichen Verhältnissen heraus ist natürlich die Schaffung von Kommunalfriedhöfen eine Notwendigkeit. Genosse Heinrich (Breslau) hielt über diese Angelegenheit einen erlauternden Vortrag.

Die sich an die einzelnen Vorträge anschließende Diskussion war getragen von dem Bewußtsein des höchsten Zieles des Volksbundes für Geistesfreiheit: Höherentwicklung der Menschheit zur klaren Anschauung und damit auch zum Sozialismus. Ein Volk, das noch im Bann des Kirchendogmas steht, kann sich nicht selbst befreien; es wird immer am Boden liegen bleiben. Wenn das nur recht bald alle Arbeiter einsehen möchten. Nachdem Dr. Kramer noch empfahl, auf allen Zeitungsanhängungen von Gemeindeveranstaltungen usw. die Firma „Volksbund für Geistesfreiheit“ zu setzen konnte Genosse Niederlich die Versammlung schließen. Als nächster Tagungsort wurde Haynau gewählt.

Neue Bauden im Culengebirge.

Die Bauden im Culengebirge rühren sich mächtig, um den immer weiter steigenden Erfordernissen des Touristenverkehrs gerecht zu werden, namentlich, da auch der Winterportverkehr sich im Culengebirge in ungeahnter Maße entfaltet hat. Der auf der Culenbaude vorgenommene Erweiterungsbau, der die Restaurationsstätte fast verdreifacht, ist soweit gefördert worden, daß in den nächsten Tagen bereits das Hebestel geieiert werden kann. Die Baude erhielt einen großen Anbau in Gestalt einer Veranda, die sich mit den anderen Wirtschaftsräumen als ein einheitliches Ganzes anschließt und unter welcher auch eine Pferdestallung eingerichtet werden konnte, ebenso wie eine Abkühlstätte für Winterportgerät. Damit in Verbindung steht die längs der Baude geschaffene Allee, die ebenfalls zahlreichen Gästen Unterhalt bietet und hinter der Baude wird unter Verwendung der bei diesen Neuanlagen abgetragenen Erdmassen eine Terrasse hergestellt. Ebenso wurde die unweit der Culenbaude gelegene Müller-Marg-Baude bedeutend vergrößert und mit einer Anzahl weiterer Zimmer versehen. Auch die Baude „Sieben Ruzfürken“ hat einen großen Anbau mit Veranda geschaffen und nunmehr erfolgt auch auf der Zimmermannsbaude eine bedeutende Betriebsvermehrung. Der ursprüngliche Plan, an der Zimmermannsbaude ein großes Bergkloster zu bauen, mußte wegen der hohen Kosten fallen gelassen werden.

Ansiedlung

der Rattowitzer Stadtverordnetenversammlung.

Wie die „Polonia“ erzählt, wird die Ansiedlung der Stadtverordnetenversammlung von Rattowitz in den nächsten Tagen erfolgen. Das Anschließungsdekret ist bereits unterzeichnet. Es wird ein Regierungsamtskloster eingerichtet werden, als dessen Vorsitzender der sozialistische Abgeordnete Binikiewicz genannt wird.

Schweidnitz. Feuer in einem Arbeiter-Wohngebäude. Am Dienstag abend brach in einem mehrstöckigen Arbeiterwohnhaus des Dominikus-Ludwigsdorf Feuer aus. Eine Arbeiterfrau, die mit einem offenen Licht nach der Bodenkammer gegangen war, verursachte durch Unvorsichtigkeit den Brand. Da Gefahr für die angrenzenden Gebäude bestand, wurde außer den schon herbeigeeilten Feuerwehren der umliegenden Ortschaften auch noch die Motorpöhrle aus Schweidnitz herbeigerufen. Es konnte nur ein kleiner Teil der Habe der Inwohner gerettet werden. Der größte Teil der meist nicht versicherten Sachen wurde ein Raub der Flammen.

Schweidnitz. Kinderlähmung. Bekanntlich grassiert zurzeit in Sachen die spinale Kinderlähmung. Jetzt ist auch bei zwei Kindern in der Stadt Schweidnitz und bei einem Kinde in dem Dorfe Esdorf diese Krankheit festgestellt worden. Nach Ansicht der Ärzte ist eine weitere Verbreitung dieser Seuche nicht anzunehmen.

Ludwigsdorf, Kreis Schweidnitz. Ein Wohnhaus niedergebrannt. Auf dem Westlichen Dominikum geriet das mehrstöckige Wohnhaus in Brand. Das Feuer griff sehr schnell an sich und wurden die Wände sowie das übrige Hausgerät der in dem Haus untergebrachten zahlreichen Arbeiterfamilien fast restlos ein Raub der Flammen. Die Schweidnitzer Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Nachbargebäude vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Der Brand soll auf leichtfertiges Umgehen mit offenem Licht in der Bodenkammer zurückzuführen sein.

Slag. Vermißt wird der Stellmachergeselle Franz Polmer. Er hatte am 25. September seine Mutter in Wersdorf besucht und ist seitdem weder an seine Arbeit zurückgekehrt, noch sonstwo gesehen worden.

Neurode. Das vorbereitete Schweinschlachten. In der Kolonie Wenzelschänke verübten nachts Einbrecher die Tür zu den Ställen des Bergmannes Friedel zu sprengen und die darin stehenden zwei schlachtreifen Schweine zu stehlen. Die vorzeitige Explosion des Sprengkörpers kostete jedoch Hausbewohner herbei. Die Diebe nahmen schnell Reißaus und mußten den „fetten Braten“ zurücklassen.

Neurode. Einbrecher mit Sprengstoffen. Einen dreifachen Einbruch unternahm nachts unbekannte Täter im Anwesen des Bergmannes Friedel in Kolonie Wenzelschänke bei Hausdorf. Sie verjagten die beiden Schweine aus dem Stalle zu holen, wurden aber verfehlt. Am nächsten Morgen fand man an der betreffenden Stallung die von den Einbrechern getroffene Vorrichtung, den Stall nach vollbrachter Tat in die Luft zu sprengen. Die dabei angelegte Patrone mit Zündschnur lag noch am Tatort und wurde der Polizei übergeben.

Waldburg. 10 Jahre Zuchthaus. Der Schreden des Waldburger Berglandes, der die in den letzten Jahren in der Gegend von Salzbrunn und Waldburg verübten schweren Ueberfälle, Sittlichkeitsverbrechen und Straßeraube beugte, ist nunmehr für lange Jahre unschädlich gemacht worden. Er stand in der Person des vor einigen Wochen verhafteten Bergarbeiters Padel nun vor dem Großen Schöffengericht und es wurden ihm eine ganze Reihe von Untaten nachgewiesen, namentlich Sittlichkeitsverbrechen, die er mit größter Brutalität beging, wobei er wiederholt seine mit dem Tode bedrohten Opfer auch noch verbrauchte. Namentlich schwer war ein im März verübter Ueberfall auf ein erst 17-jähriges Mädchen, das er im Stadtpark ergriff, in den Wald schleppte und dort trotz ihrer inständigsten Bitten schmerzlos vergewaltigte. Genau so erging es eines Tages im Mai einem 16-jährigen Mädchen, das der Unhold bei der Verübung des Verbrechens blutig schlug, da sich das Mädchen zur Wehr setzte. Ebenso bedrohte er ein im Juni in der Nähe des Sprottelbaches überfallenes Mädchen mit sofortigem Todschatz, wenn sie ihm nicht zu Willen sei und er vergewaltigte auch diese Ueberfallene in vielfacher Weise. In nicht weniger als vier Fällen wurden ihm Verurteilungen nachgewiesen, wobei er allein gehenden Frauen und Mädchen die Handtaschen entließ und entfloß. Der gefährliche Bandit und Wegezäuner wurde zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch verfügte das Gericht die Stellung unter Polizeiaufsicht.

Reichenbach. Schwere Straßeneinfälle beim Jahrmarkt. Der Reichenbach, der sich schon am Sonntag zum Auftakt des großen Herbstjahrmarktes in Reichenbach, dem größten Unternehmern dieser Art in der ganzen Provinz, entwickelte, brachte in den von dichten Menschenmassen gefüllten Straßen wiederum eine ganze Anzahl von Unglücksfällen, namentlich durch Autos und Motorradler, wobei auch wiederum sehr schwere Fälle zu verzeichnen sind. So dürfte ein Unglück, das sich auf dem Ringe zutrug, wieder ein Menschenleben fordern. Dort wurde der in der Quergasse wohnende Arbeiter Rudolf Schwarzer vor einem Lastauto erfasst und überfahren, jedoch er schwer verletzt liegen blieb. Ein Rad war ihm über die Brust gegangen und er hätte auch schwere Kopfverletzungen davongetragen. Der Verunglückte wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Striegau. Wegen Brandstiftung verhaftet wurde der Stellenbesitzer Gorb aus Delle. Er steht unter dem Verdacht, seine Scheune, die in der Nacht zum Montag niedergebrannte, in Brand gesteckt zu haben, nachdem er kurz zuvor die Feuerversicherung von 3000 auf 150 000 Mark erhöht hat.

Balkenhain. Steleinfälle in der Kirche. Einen eigenartigen Fund machten Bauarbeiter, die mit Dacharbeiten an der katholischen Kirche beschäftigt waren. Sie fanden auf dem Dachboden eine größere Anzahl Menschenknochen und Schädel. Man nimmt an, daß die Knochenreste aus Gräbern stammen, die früher die Kirche umgaben. Wie sie aber auf den Dachboden gelangt sind, ist zurzeit noch ein Rätsel.

Sielesberg. Ingenieur Hausmann das Opfer eines Unglücksfalls? In der Wozelstraße eingetreten. Die Frau des ermordeten Ingenieurs, welche des Gattenmordes dringend verdächtig verhaftet worden war und bisher die Tat leugnete, hat jetzt zugegeben, daß sie in der Wozelstraße, als H. nach Hause kam, einen heftigen Wortwechsel mit ihm gehabt hat. Dabei sei er auf sie mit dem Revolver eingedrungen, sie habe ihm die Waffe aus den Händen versucht, wobei ein Schuß losging und H. tödlich verletzete.

Sielesberg. Im Zaden den 1.00 gründen. Einem Unglücksfall ist der Expedient der „Volkszeitung“ für das Riesengebirge, Paul Flakel, zum Opfer gefallen. In der Nähe der Langermühle in Ruzersdorf wurde er als Leiche aus dem Zaden gezogen. Flakel zählte trotz seines hohen Alters zu den wenigsten, die unter Hintansetzung ihrer Person sich stets in den Dienst der Arbeiterbewegung stellten.

Reiße. 75 Jahre Stadttheater. Mit Beginn dieser Winterpielzeit konnte das Stadttheater in Reiße, das jetzt zur schönsten Kulturstätte dieser Art von ganz Oberschlesien geworden ist, die Jubelfeier seines 75-jährigen Bestehens begehen. Das Reißer Stadttheater hatte als Vorgänger schon lange zuvor berühmte reisende Theatergruppen in der alten Festungsstadt aufzuweisen, die dort vorübergehend gastierten. Aus Anlaß der Jubelfeier ist das Stadttheater in der letzten Zeit umfassender Ausgestaltungsarbeiten unterzogen worden, die noch fortgesetzt werden und sich sowohl auf die Zuschauerräume und die Bühne, insbesondere aber auf die Appartements des Bühnenhauses erstrecken. Es ist zu einem Theaterbau ersten Ranges geworden und wird jetzt mit Recht als das schönste Theater Oberschlesiens bezeichnet.

Reiße. Vom Auto getötet. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich vormittags auf der Neuländer Straße in der Nähe der Fabrik von Koppilow in Neuland. Der bei der Firma Haasel als Lehrling beschäftigte Sohn des Dominalaufsehers Scholz aus Blumenhof kam mit seinem Rade von der Mälzergasse in die Neuländer Straße eingebogen und fuhr hier mit voller Wucht gegen ein die Straße entlang kommendes Auto eines Stuttgarter Geschäftsmannes, der in Reiße Geschäfte erledigt hatte. Der Lehrling wurde mit solcher Wucht zu Boden geschleudert, daß er benunmsungslos liegen blieb und mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Krankenhaus überführt werden mußte, in welchem er in der folgenden Nacht verstarb. Er hat das Unglück durch seine Unachtsamkeit selbst verschuldet.

Rattowitz. Der „Volkswille“ beschlagnahmt. Wegen teilweiser Wiedergabe des Artikels „Polonia“ über den Besuch des Staatspräsidenten in Oberschlesien ist die Rattowitzer sozialistische Zeitung „Der Volkswille“ beschlagnahmt worden.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. Versammlungskalender.

Cawallen. Unsere Versammlung am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal Rulche statt, nicht Wasauer. Redner: Rektor Pietsch.

Carlowitz-Schottwitz. Aus der Partei. Unsere fällige Mitgliederversammlung kann am Sonnabend, den 8. Oktober, wegen anderweitiger Belegung unseres Lokales nicht stattfinden. Die Ortsgruppenleitung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Bezirksleitung Breslau-Land (Neumarkt).

Veranstaltungen in der Woche vom 7. Oktober bis 16. Oktober:

- Freitag, den 7. Oktober:
- Ortsverein Deutsch-Billa, abends 19.30 Uhr, bei Konrad, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Tschelnitz, abends 19.30 Uhr, bei Scholz, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Brodan, abends 19.30 Uhr, bei Gregor, Monatsversammlung.
- Sonnabend, den 8. Oktober:
- Ortsverein Groß-Maghern, abends 19.30 Uhr, bei Schuler, Monatsversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.
 - Ortsverein Herrmannsdorf, abends 19.30 Uhr, bei Gabriel, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Herrnspreß, abends 20 Uhr, bei Maslos, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Klein-Schlegwitz, abends 19.30 Uhr, bei Seidel, in Radwanitz, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Zimpel, abends 19.30 Uhr, bei Wittke, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Kojenshof, abends 19.30 Uhr, „Zur scharfen Ede“, Monatsversammlung.
 - Ortsverein Steine, abends 20 Uhr, bei Grachoff, Monatsversammlung.
- Sonnabend, den 15. Oktober:
- Ortsverein Schmalz, abends 19.30 Uhr, bei Kabis, Monatsversammlung.
- Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den von ihren Ortsvereinen festgesetzten Monatsversammlungen pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Hartlieb. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, Mannschafts-Strassenrennen. Rund um Oltaschin, Start und Ziel Oltaschin. — Sonnabend, den 15. Oktober, 24. Stiftungsfest. Die umliegenden Ortsgruppen werden hiermit eingeladen. — Sonnabend, den 22. Oktober, Generalversammlung.

Oltaschin. Baron von Richtigshofen-Boguslawitz bezieht die Oltaschiner Arbeiter und Arbeitslosen des Diebstahls an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Eine Unverfrorenheit sondergleichen. Der feudale Junker vom Landbund soll dafür Rede und Antwort stehen. Wir haben deshalb Herrn von Richtigshofen-Boguslawitz zu der öffentlichen Versammlung, die am Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schaitmann in Oltaschin stattfindet, eingeladen. Auch öffentlich wiederholen wir das hiermit. Einen Platz und sicheres Geleit gewährleisten wir ebenfalls, Arbeiter und Angestellte, Beamte, erscheint zu dieser Versammlung, in der Rechtsanwalt Dr. Castein referieren wird.

Friedewalde und Ungegend. Sonnabend, den 8. Oktober, 7½ Uhr abends, in „Sängerslust“ Mitgliederversammlung des U.N.B. „Solidarität“. Pflicht aller Genossen und Genossinnen ist es, zu erscheinen.

Deutsch-Billa. Die Arbeiter-Samariterkolonne besteht am morgigen Tage ein Jahr. Von vielen Gegnern der Arbeiter-Samariterbewegung wurde der Kolonne ein baldiges Ende geweissagt. Aber wohl gerade deswegen hat sich die Kolonne gut entwickelt und denkt noch in diesem Monat mit einem Ausbildungskursus zu beginnen. Zur Feier des einjährigen Bestehens veranstaltet die Kolonne morgen, Sonnabend, bei Biffel eine kleine, intime Feier, zu der auch die Öänner und Freunde der Arbeiter-Samariterbewegung willkommen sind.

Deutsch-Billa. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Freitag, den 7. Oktober, pünktlich 20 Uhr, im Lokal von Kumb, Breslauer Straße. Zugerordentliche Mitglieder-Versammlung. Die sehr wichtige Tagesordnung und der Vortrag des Gausekretärs, Kamerad Steiner-Breslau, verpflichten jeden Kameraden, an der Versammlung teilzunehmen. Die Kapelle ist mit familiären Instrumenten zur Stelle.

Neumarkt. Ortsausflug (ADGB). Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern (Wies)“ wichtige Ortsausflug-Schau. Gauleiter Kollege Wronberger (Breslau), J. d. A., wird das aktuelle Thema behandeln. Was ist die Aufgabe der Arbeiter-Samariter? Kein Funktionär sollte dazukommen, teilzunehmen und es nicht unterlassen, die umliegenden Kollegen auf den Vortrag hinzuweisen. Unter dem Vortrag steht eine reichhaltige Tagesordnung, zur Erhellung. Keine dem Ortsausflug angeschlossene Gewerkschaft darf unterlassen sein.

